

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 15. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Bauernruhen in den Ostsee- provinzen.

Riga, im September. (Fig. Ber.)

Die baltischen Ostseeprovinzen gehören kulturell nächst Finnland zu einem der vorgeschrittensten Teile des Jarenreiches; denn die beiden kleinen Kulturvölker, die diese Provinzen bewohnen, Esten und Letten, sind alle ohne Ausnahme des Lesens und Schreibens kundig und nehmen regen Anteil an ihren volkstümlichen literarischen Erzeugnissen. Dagegen stehen sie wirtschaftlich und sozial in vieler Hinsicht weit hinter anderen russischen Provinzen zurück.

Um von den baltischen Zuständen einen richtigen Begriff zu erhalten, ist es erforderlich, einen flüchtigen Blick auf ihre sozialwirtschaftliche Lage zu werfen. Obwohl die beiden kleinen Völkern, die Esten und Letten, diese Provinzen bewohnen, sind sie doch nicht die wirklichen Besitzer ihres Landes, sie sind nicht einmal gleichberechtigt mit den anderen Bewohnern des Landes, sondern sie sind bis zum heutigen Tage die Sklaven der deutschen Junker, der deutschen Bourgeoisie und der russischen Bürokratie geblieben, die gemeinschaftlich die Ausbeutung der beiden Völker betreiben und mit denen Hand in Hand die Regierung des Jaren das Ausbeutungswerk der deutschen Junker und Bourgeoisie begünstigt; erst in der allerletzten Zeit haben die Russen, d. h. die russischen Beamten und Pfaffen angefangen, die Obermacht an sich zu reißen. Die Esten und Letten waren bis jetzt durchweg ein Proletariat, gegen das die deutsche Bourgeoisie und der deutsche Adel sowie die russische Bürokratie kämpften.

Auf flachem Lande gehören die fruchtbarsten Felder und die schönsten Wälder dem deutschen Junkertum. Die Bauern mußten für ihre Gehöfte ungeheurer hohe Pacht den Junkern zahlen und wenn sie nicht instande waren, diesen Forderungen nachzukommen, wurden sie „von Rechts wegen“ ihres beweglichen Vermögens unter dem Vorwande des Schadenersatzes beraubt. Und die unglücklichen Familien waren gezwungen, als Tagelöhner nach Rußland oder Sibirien auszuwandern. Ferner mußten die Bauern außer der Pacht die Wege bauen und in Ordnung halten, Post und Polizei erhalten, Landesabgaben zahlen, den Pastoren oder Pfaffen alle möglichen Abgaben in Naturalien liefern und schließlich sogar Schulen für die Kinder der Junkerherrscher, das heißt für die Kinder der Hofleute errichten und dotieren. Die Landesverwaltung war völlig in den Händen des deutschen Adels konzentriert, und um die mit Blut und Schweiß verdienten Ersparnisse des armen Volkes bis auf den letzten Groschen an sich zu reißen, errichtete der Adel in jedem Dorfe Schankwirtschaften, Krüge, die ihnen gewaltige Verdienste einbrachten, so daß auf diese Weise dem Volke alles erpreßt wurde.

Dasselbe Bild tritt in dem Leben der baltischen Städte hervor. Hier regiert unbeschränkt eine kleine Minderheit über die Mehrheit. Obwohl die meisten Einwohner der baltischen Städte Esten oder Letten sind, liegt dennoch die Verwaltungsmacht in den Händen der deutschen Bürger, die sich in jeder Hinsicht als die loyalsten Anhänger des Jarenismus bekennen und bei jeder Auslieferung gegen die Jarenmacht in Ohnmacht fallen.

Noch schlimmer als die estnischen und lettischen Bauern, Kleinbürger und Handwerker sind die estnischen und lettischen Landarbeiter, Tagelöhner oder die sogenannten Kostreider, die irgendwo auf einem Landhügel ihre Hütten gebaut haben und von der Tagelöhneri existieren. Diese Klasse macht in den baltischen Provinzen 60 Prozent der Bevölkerung aus. Sie gelten in vieler Hinsicht als rechtlose Sklaven der Junker oder anderer Kapitalisten. Die Arbeitszeit ist gewöhnlich 16 Stunden täglich und der Lohn beträgt 30 Kopfen (60 Pf.). Der Zustand dieser Leute ist bejammernswert und spottet jeder Beschreibung. Obwohl diese Leute fast nichts verdienen, fürchtbar arbeiten, in Lumpen gehen und tagelang hungrig, erhebt man noch von jeder männlichen Person im Alter von mehr als 14 Jahren eine gewisse Kopfsteuer, durchschnittlich 10 Mark alljährlich. Wir haben Hunderte von Fällen mit eigenen Augen erlebt, wo den armen Leuten ihre letzte Kuh, ihr letztes Werkzeug von den Behörden weggenommen ist und zur Bestreitung der Kopfsteuer verkauft wurde. Weinend und jammernd haben Frau und Kinder auf den Knien, ihnen ihre letzten Habseligkeiten nicht zu rauben, aber weder die Junker noch die zarische Bürokratie kümmerten sich im mindesten um die Tränen und die Qual anderer. Die herrschenden Klassen in den Ostseeprovinzen gehen noch völlig in ihrem Herrenstolz auf und sehen daher auf das Würdesein ihrer Witmenschen als auf etwas selbstverständliches herab und mitleidlos herab.

Wie konnten trotz solchen erschöpfenden Druckes diese Völker dennoch eine allgemeine Bildung erlangen? Die deutschen Junker und Pastoren werden nicht müde, sich das Verdienst an diesem Vorzug zuzuschreiben. In Wahrheit haben das Verdienst an dieser kulturellen Entwicklung neben dem Volksscholarer gewisse Volksaufklärer, denen allerdings manche human geneigte deutsche Gelehrten den ersten Anstoß zu ihrer Propaganda gaben.

Bis in die letzte Zeit waren die einzigen volkstümlichen Einrichtungen, an denen die estnischen und lettischen Bauern und Arbeiter ein gewisses Recht hatten, die sogenannten Bauerngemeinden. Die Aufgaben der Bauerngemeinden waren lokal administrativer und polizeilicher Natur. Sie unterhielten die Volksschulen, brachten die Kopfsteuer auf und führten die Verordnungen der russischen Behörden, der deutschen Junker und Pastoren aus. Diese Bauerngemeinden hatten im Verlaufe von vielen Jahren nicht unbedeutliche Summen in ihren Kommunalabgaben aufgehäuft, die aus allen möglichen Nebeneinkünften erspart waren. Schätungsweise betragen diese Gelder in Kurland, Livland und Estland insgesamt 9 Millionen Rubel. Die Gemeinden verfügten bisher frei nach ihrem Ermessen über diese Gelder. Da aber die zarische Regierung in den letzten Zeiten in Geldverlegenheit geraten ist, so legten sie ihre Hand auf

dieses mit Blut und harter Arbeit von einem armen Volke erpartes Vermögen und schickten die sogenannten Bauernkommissare zu den Gemeinden, die das Geld in Beschlag nahmen und dafür nur Schuldscheine den Gemeinden juridisch liehen. Als das Volk nach den letzten Mähernten in die größte Verlegenheit gesetzt war und von ihrem Kommunalvermögen Unterstützungen herleihen wollten, weigerte die zarische Regierung die Verwendung dieser Gelder. Als schließlich die Verwundeten aus der Randschurei als Bettler heimkehrten und von der Krone keine Unterstützung erhielten, fühlten die Bauerngemeinden aus Mitleid sich verpflichtet, den unglücklichen Opfern der zarischen Raube eine gewisse Unterstützung zu bieten, und sie wollten wiederum das konfiszierte Kommunalvermögen dazu benutzen. Abermals dieselbe Erscheinung: die Regierung gab dem Gesuch der Bauerngemeinden kein Gehör.

Dazu kam ein Epithubenzug der deutschen Junker, der darin bestand, daß sie die Löhne ihrer Arbeiter noch herabsetzten und durch ihre Landräte und Adelsmarschälle von den Gouverneuren eine Verordnung durchsetzten, wonach ihre Arbeiter eigenmächtig die Arbeit nicht verlassen und die Bauern nicht mehr zu Beratungen zusammen kommen konnten. Die Bauern und Arbeiter blieben nach den neuen Verordnungen der baltischen Gouverneure nur noch das Spielzeug der Willkür des Landadels und der Bürokratie.

Als die Bauern und Arbeiter auf einigen Gütern mit ihren Herren und Machthabern die elende Lage ihrer Existenz in verächtlichem Sinn zu erörtern versuchten, erwiderten diese mit Stacheln und brutalen Regeleien. Der Verfasser dieser Zeilen ist persönlich Augenzeuge von zwei entsetzlichen Bluttaten auf den baltischen Gütern gewesen, die sich auf einem Gute des Barons Kollens und auf dem des Herrn v. Sievers abspielten. Auf dem ersten Gut versammelten die Bauern und Arbeiter sich friedlich in feierlicher Stimmung, um von dem Gutsherrn eine Lohnerhöhung von 5 Kopfen (10 Pf.) täglich und Pachtminderung zu erbitten. Der genannte Baron hatte einen Tag vorher die Nachricht von dieser Absicht erhalten. Er bestellte sich einen Trupp Soldaten aus der Stadt, die im Garten hinter Gebüsch mit geladenen Flinten versteckt wurden. Als das Volk in einer Anzahl von 120 Menschen auf dem Gute vor dem Herrenhause erschien, wurde den im Hinterhalt befindlichen Soldaten der Befehl erteilt, auf die Leute zu schießen. Als die erste Salve krachte, fielen von der erschienenen Menge 13 Personen verwundet und 3 tot zu Boden. Zwei weitere Salven folgten, welche die Flüchtlinge im Wald leicht verwundeten. Auf ähnliche Weise kam es zu unzähligen Katastrophen auf anderen Gütern und die Empörung des Volkes wurde aufs äußerste gesteigert.

Man begann seine rechtlose Lage einzusehen und versuchte Hilfe oder wenigstens Trost zu finden. Das Volk kam allmählich zu der Ueberzeugung, daß der Adel mit der Polizei und der Regierung zusammenwirke und gemeinschaftlich es ausbeute. Die Streiks und Unruhen in den Städten und in anderen Teilen des Reiches erhöhten die Empörung der Masse noch mehr. Die ersten Akte der Empörung waren die Brandstiftungen auf den Gütern und in den Kornbranntweinbuden. Besonders leidenschaftlich erregt war Kurland, weil diese Provinz enger und den industriellen Städten wie Riga, Liebau und Dwinsk verbunden ist, von wo die Keime des Aufstandes sich schneller verbreiteten und die Masse einen größeren Ansporn zu aktiver Tätigkeit erhielt.

Es wurden in den Kirchen Proklamationen verbreitet und begeisternde Freiheitsreden gehalten, bis die Obrigkeit die Kirchen schloß. Nach der Schließung der Kirchen überfiel das Volk die Pastorate, holte die Bücher heraus und verbrannte sie, um dadurch die Einberufung der Rekruten zu verhindern. Es wurden auch die Jarenbilder aus den Gemeindegäusern und Schulen geraubt und zerrissen. Jedes öffentliche Kronengebäude wurde zerstört, die Telephon- und Telegraphenverbindungen wurden zerschnitten und das ganze Land trägt jetzt den Charakter des Stillstandes und der Verwüstung. Auf den Gütern sind Soldaten einquartiert und zwischen den Dörfern und auf den Landstrichen bewegen sich Kosakenpatrouillen. Es vergeht kaum eine Nacht, wo man am Himmel den roten Schein von Feuerbränden als Folge von Brandstiftungen sieht. Die Landarbeit stockt und das ganze Leben ist wie ausgestorben.

Merkwürdig ist nur, daß in den letzten Zeiten sich das Militär in manchen Orten mit den aufständischen vereinigten und gemeinschaftlich die Polizeibeamten und die Gutsherrn verpragelten. In vielen Fällen ist es dagegen zwischen dem Militär und dem Volk zu wahren Schlächtern gekommen. Auf einem Gute, dem des Herrn Baron von Medenz, setzten die Arbeiter und die zarischen und junkerlichen Truppen zogen sich vor den „Feinden“ mit beträchtlichen Verlusten zurück.

Der neue kurländische Gouverneur hat an die Polizei und die Gutsherrn das Recht erteilt, jeden verdächtigen Arbeiter oder Bauer ohne weiteres niederzuknallen. Mitte August ereignete sich am weit Riga auf dem Friedhofe in Widrich eine blutige Szene. Auf dem erwähnten Friedhofe wurde an dem Tage ein sogenanntes Lotenfest gefeiert, welches mindestens von 4-5000 Personen besucht war. Das Fest hatte begonnen, es waren einige Choräle gesungen und der Pastor hatte die Festpredigt im Sinne des Jarenismus und der Adelsinteressen gepredigt, als ein Redner vom Volke das Katheder betrat und dem Volke in begeisterten Worten das große Unrecht, das ihm von seiten der Obrigkeit und des Adels zugefügt wird, schilderte und alle aufforderte, sich zu einem gemeinschaftlichen Kampfe gegen diese beiden Mächte zusammenzuschließen. Der Kirchenvorsteher Baron Maydell rief die anwesenden Schulleute zu sich und befahl, den Redner zu verhaften. Die Schulleute weigerten sich, dem Befehle des Barons Folge zu leisten und so ging der Baron selbst zu dem Redner, zog seinen Revolver hervor und erschoss auf der Stelle den „Anführer“. Die Wut des Volkes wurde durch die Mordtat derart entsefelt, daß es mit Steinen und Ägeln den Mörder tötete und die ihm zu

Hilfe eilenden Junker Rosenplanzer und Hoffmann schwer verwundete. Das zu Hilfe gerufene Militär fand keine Person mehr auf dem Friedhofe vor.

Derartige Szenen wurden alltägliche Erscheinungen und die Empörung des Volkes ward noch durch die Nahrungsmittelnot vergrößert. In allen Fällen sind die willkürlich schaltenden Polizeibeamten und die deutschen Junker selbst die provozierenden Aufseher der Bevölkerung. Sie mißhandeln und berauben das schutz- und rechtlose Volk und geraten nur in Erstaunen oder blafen Alarm, wenn das Volk auch nur anfängt, sich gegen seine Unterdrücker zu verteidigen. Sie nennen seinen Selbstschutz „verbrecherische Aufstände“. Es ist aber leicht ersichtlich, auf welcher Seite das Verbrechen im wahren moralischen Sinne zu finden ist. Die verfluchten und ausgeplünderten Waffen wehren sich nun dagegen, den letzten Blutstropfen aus sich ausaugen zu lassen und die Ausbeuter schreien: Ihr Verbrecher!

Die Regeleien und Bluttaten in Kurland haben auf die Bevölkerung in Livland und Estland doch ein wenig im warmenden und mahnenden Sinne gewirkt. Am ruhigsten liegen die Dinge scheinbar noch in Estland, obwohl der estländische Gouverneur, ein Vansenfreund des seligen Plehwe, Herr Luppshin, 180 Spigel über das ganze Gouvernement verbreitete, um die Empörungseime schon im Entstehen zu ersticken. Die Spigel wurden in den meisten Fällen vom Volke erkannt und teils durchgeprägt, teils getötet, so daß der Plan des Gouverneurs vereitelt wurde. Jetzt verwendet er die Spigel zur Ueberwachung seines persönlichen Lebens und berichtet seinem Vertrauten Trepoto, daß die Bevölkerung im geheimen sich zu größeren Aufständen rüste, und bittet um Sendung frischer Truppen nach Reval. Man merkt überall in diesen Provinzen die Vorbereitung der zarischen Polizei zu irgendwelchen kommenden Ereignissen. Die Truppen sind verstärkt, die Kasernen überall einquartiert, die Munition angehäuft. Keuchlich rüstet sich der Jarenismus in Finnland, obwohl der „Feind“ bisher noch nirgends zu merken ist. Das Volk soht diese Rüstungen so auf, daß der Jar beabsichtigt, es wegen seiner Ausflüchtigkeit und seiner Pietätlosigkeit (im orthodoxen Sinne) hinrichten zu lassen, wie dies bereits Johann der Schreckliche tat. Es spricht nur noch vom Nikolaus dem Wahnsinnigen und Schrecklichen.

Die blutige geschichtliche Tragödie der Bevölkerung der baltischen Ostseeprovinzen hat begonnen. Hier ist der Freiheitskampf doppelt schwer, denn dem Volke steht nicht nur eine einseitliche Regierungsmacht im Jarenismus entgegen, wie das in anderen Teilen des Jarenreiches der Fall ist, hier verbündet sich mit der Macht des Jarenismus auch die Gewalt des deutschen Junkertums der städtischen deutschen Bourgeoisie. Der Freiheitskampf dieser kleinen proletarisierten Völker ist doppelt schwer, aber niemand zweifelt an dem endlichen Sieg. Der soziale Geist und das politische Bewußtsein der Bevölkerung in den Ostseeprovinzen ist demnach entwickelt, daß sie in ihrem gemeinschaftlichen Vorgehen an die markigen Stützen des Jarenismus die Art legt und in der ersten Reihe der russischen Freiheitskämpfer erscheinen wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. September.

Polizei-Arbeit gegen die Sozialdemokratie.

Einen interessanten Einblick in die politische Sperrtätigkeit der Polizei gewähren die Geheimakten, welche unser Parteiorgan in Elberfeld, die „Freie Presse“ soeben veröffentlicht.

Da ist zunächst die Terminaleingabe, dem Stand der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung betreffend. Diese ist von allen unteren Polizeibehörden in regelmäßigen Zwischenräumen an die Landräte zu machen, die sie dann zusammengefaßt an die Regierungspräsidenten weitergeben. Eine solche „Terminal-eingabe“ besteht aus der Beantwortung folgender Fragen:

1. Fortschritt oder Rückschritt der sozialdemokratischen Bewegung?
2. Verhaftungen und Gesetzesübertretungen, welche mit der sozialdemokratischen Bewegung im Zusammenhang stehen?
3. Presse?
4. Ausdehnung der Koalitionsfreiheit auf ländliche Arbeiter?
5. Versammlungen?
6. Arbeitseinstellungen?
7. Beziehungen der Sozialdemokratie zu den freien Hilfs-laffen?
8. Beziehungen der Demokratie und Fortschrittspartei zur Sozialdemokratie?
9. Anarchisten?
10. Gemeinnützige Einrichtungen?

Der 2. Teil der Terminal-eingabe erstreckt sich auf „Nachweisung der Zu- und Abgänge bei den Führern und Agitatoren der sozialdemokratischen Partei“ (Verfassung vom 11. März 1891 Nr. 2. 1268); sie zerfällt in folgende Rubriken:

1. Name des Führers bzw. Agitators?
2. Zeitiger und früherer Wohnort?
3. Stand?
4. Führer oder Agitator?
5. Alter?
6. Konfession?
7. Familienverhältnisse?
8. Verurteilungen?
9. Wird ein Hausiergewerbe betrieben, zutreffendenfalls mit welchen Gegenständen, und von welcher Behörde ist der Wandauf-schein erteilt?
10. Charakter?

Die „Freie Presse“ ist zugleich in der Lage nachzuweisen, daß die Angaben in der Terminal-eingabe, die ihr vorliegt und die vom 6. August 1903 datiert, vielfach einseitig arbeitserföndlich — so unter der Frage nach den Arbeitseinstellungen —, vielfach irrtümlich sind. Ein weiteres Aktenstück aus dem Jahre 1899 zeigt, daß für „Sozialdemokraten äußerster Richtung“ noch besondere Listen angelegt worden sind. Dies Aktenstück lautet:

Der Regierungspräsident

P. P.

Arnsberg, den 30. Oktober 1896.

Geheim!

Unter Bezugnahme auf meine Kundbefugung vom 15. März 1895 P. P. 329 veranlasse ich Sie, den seit dem 1. Oktober d. J. im hiesigen und Düsseldorf Regierungsbereich angeordneten königlichen Polizeibezirks-Kommissionen:

- 1. Vornhardt zu Bochum,
2. Reher zu Dortmund,
3. Krohn zu Gelsenkirchen,
4. Kammerhof zu Elberfeld, Hülberstr. 13
5. Kaufstetter zu Essen, Gutfenstr. 9,
6. Koch zu Düsseldorf, Bismarckstr. 92

Je ein Verzeichnis der in der dortigen Stadt wohnhaften Anarchisten und Sozialdemokraten äußerster Richtung zuzustellen und die im Laufe der Zeit eintretenden Veränderungen regelmäßig mitzuteilen.

An die Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister zu Bochum, Dortmund, Hagen, Gelsenkirchen, Witten. Abschrift zur Nachricht unter Bezugnahme auf meine Kundbefugung vom 15. März d. J. P. P. 329.

An sämtliche Landräte des Bezirks.

Eigenhändig.

Die Landräte haben die Weitergabe dieser Verfügung an die Ihnen unterstellten Polizeibehörden noch extra mit dem Signum „Vertraulich“ versehen.

Welche Aufmerksamkeit ferner die Polizei den in Deutschland lebenden Ausländern, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, für diese und die Gewerkschaften agieren, zuzuwenden, besagt dieses Aktenstück.

Der Regierungspräsident. P. P. 2105.

Arnsberg, 10. November 1902.

Geheim!

Nach einer Mitteilung des Herrn Polizeipräsidenten zu Berlin agitiert der italienische Agitator Giovanni Lerda, angeblich 1859 zu Senefflo geboren, auf der Reise durch Süddeutschland unter italienischen Arbeitern zum Anschluß an die internationale Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsorganisation; er wird voraussichtlich auch Preußen besuchen.

Ich ersuche, auf den Genannten zu fahnden und im Vernehmungsfalle gegen ihn gemäß dem Runderlasse des Herrn Ministers des Innern vom 8. August 1900 - O. G. - mitgeteilt durch Kundbefugung vom 14. August 1900 - P. P. - zu verfahren.

Im Ermittlungsfalle ist mir und dem Herrn Polizeipräsidenten zu Berlin sofort telegraphische Anzeige zu erstatten. Nebenabdrücke für die Polizeibehörde liegen bei.

An

die Herren Landräte in Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Hattingen, Hörde, Altena, Iserlohn, Schwelm, den Herren Ersten Oberbürgermeister in Bochum, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm und an den Herrn Bürgermeister zu Witten.

Eigenhändig!

Nicht minder interessant und besonders beachtenswert ist das weitere Aktenstück aus dem „Geheimfach“ des Berliner Polizeipräsidenten:

Berlin, den 9. Oktober 1908.

Der Polizeipräsident. VII. A. 4005.

Geheim!

Die Ursache, daß eine Anzahl von in Deutschland lebenden Reichsausländern, z. B. Kautsky, Adolf Braun, Helphand (Parvus) u. a. die deutsche sozialdemokratische Bewegung durch Wort und Schrift in hervorragender Weise unterstützen, ist neuerdings wieder während der Verhandlungen des diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag in die Erscheinung getreten. Es ist von großem Interesse, sämtliche in Deutschland lebenden Reichsausländer kennen zu lernen, welche derzeit in der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands eine irgendwie nennenswerte Rolle spielen.

Ich erlaube mir daher die ergebenste Bitte auszusprechen, gefälligst mir eine Nachweisung der in wohlbestimmten Verwaltungsbezirken ansässigen derartigen Personen zugehen zu lassen und die Notizen über dieselben soweit als möglich nach folgendem Muster anordnen lassen zu wollen.

Derzeitiger Aufenthaltsort in Deutschland. Kurze Darstellung der bisherigen und gegenwärtigen politischen Tätigkeit.

Familiennamen, Vorname, Geburtsort (nähere Bezeichnung nach Bezirk und Staat), Geburtsdatum, Beruf, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Heimatsort, Unterschrift (Unleserlich).

An den Herrn Regierungs-Präsidenten in Arnsberg. Es ist ein wahrhaft grotesker Eifer, den die Polizei zur Nachspürung der Sozialdemokratie aufwendet. Man arbeitet mit zahllosen Geheimakten gegen eine Partei, deren ganze Tätigkeit unter der Kontrolle der Öffentlichkeit steht.

Die Einberufung der Parlamente dürfte, wie eine parlamentarische Korrespondenz mittelst, vor Mitte November kaum erfolgen; bindende Beschlüsse liegen nicht vor. Den Reichstag früher zusammenzurufen, liege kein Grund vor, da die Expeditionen nach Südwestafrika und Ostafrika nach Ansicht der verbündeten Regierungen bisher die etatsmäßigen Rahmen nicht überschritten haben.

Die hauptsächlichsten Arbeiten, mit denen sich außerdem der Reichstag beschäftigen soll, sind in erster Linie die Militärpensionsgesetze und die Reichsanzeigerreform. Die Einberufung des Landtages soll etwas später erfolgen, doch aber noch vor Weihnachten. Man geht mit dem Gedanken um, auch hier den Etat schon vor Weihnachten vorzulegen, um die rechtzeitige Fertigstellung bis Ende März zu ermöglichen.

Stets der erste Schritt. Wenn die Tabaksteuervorlage des Reichsschatzamt in der Tat nur eine höhere Besteuerung der

Zigaretten vorzieht, so bedeutet, wie die Rhein. Westf. Zig. ausführt, der Gesetzentwurf lediglich einen ersten Schritt, dem weitere nachfolgen sollen. Wird die Vandalensteuer auf Zigaretten genehmigt, so wird nach einigen Jahren das Reichsschatzamt wahrscheinlich mit dem Vorschlag kommen, auf alle Tabakfabrikate eine Vandalensteuer einzuführen. Da dieser Vorschlag heute keine Aussicht auf Erfolg hätte, so geht man etappenweise vor und sucht zunächst nur einen Teil zu erreichen; den großen Rest behält man sich für später vor. Denn es ist klar, daß nach Einführung einer Zigaretten-Vandalensteuer und nach Erhöhung des Zigarettenzolles - man spricht von einer Vervierfachung des bestehenden Satzes - die deutsche Tabakbesteuerung eine bedenkliche Ungleichheit aufweisen würde. Die Zigaretten wären im Verhältnis zu ihrem Werte viel höher besteuert als die übrigen Tabakfabrikate, namentlich als die feinen Zigaretten-Importen. Und diese Ungleichmäßigkeit müßte doch sehr lang oder lang beseitigt werden, natürlich durch Höherbesteuerung auch der übrigen Tabakfabrikate. Dann würde das Reichsschatzamt erst diejenige Mehreinnahme aus dem Tabak erzielen, nach der es so lange schon strebt. Die Zigarettenbesteuerung kann nur wenige Millionen einbringen, denn der Konsum wird sich von der Zigarette abwenden und zur Zigarette zurückkehren, die ja vorläufig von keiner Vandalensteuer bedroht ist. Der Hauptzweck der angelegten Vorlage scheint demnach weniger in der Erzielung einer bescheidenen Mehreinnahme zu bestehen als vielmehr darin, den ersten Schritt auf dem Wege zur Höherbesteuerung des gesamten Tabakverbrauchs zu tun; und diesem ersten Schritt glaubt man einen gewissen Erfolg zu sichern, dadurch, daß man die geplante Steuer als Luxussteuer bezeichnet.

Zur Fleischnot in Württemberg.

Stuttgart, 13. Sept. 1905. (Fig. Ver.)

Auch die württembergische Regierung hat nunmehr auf die vielfach an sie ergangenen Wünsche, für Linderung der Fleischnot tätig zu sein, eine Antwort gegeben. Der Minister des Innern, v. Bischof, hat am Montag dem Obermeister der Stuttgarter Fleischer-Innung, Bürgerauschmittglied Häuhermann, der ihm die Wünsche und Beschwerden der Metzger vortrug, folgendes erklärt: Die Notlage liege ja offenkundig zutage und eine Besserung sei sehr erwünscht. Er sei gern bereit, alles zu tun, um eine Erleichterung hinsichtlich der Viehtierhaltung, soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich sei, herbeizuführen. Eine Öffnung der Grenzen gegenüber Italien sei ausgeschlossen, weil in Italien der Vieh- und Schweinebestand vermindert sei. Oesterreich, Ungarn verzeichne gegenwärtig ebenso hohe Preise wie wir und sei gleichfalls nicht freizugehen. Dagegen kämen Dänemark, Holland und Frankreich für die Öffnung der Grenzen in Betracht; jedoch sei dafür der Bundesrat zuständig.

Wenn Herr v. Bischof so gern bereit ist, zur Linderung der Fleischnot beizutragen, warum veranlaßt er nicht, daß der zuständige Bundesrat zu der von dem württembergischen Ministerium für möglich gehaltenen Öffnung der drei Länder Stellung nimmt? Das läge doch zweifellos in seiner Macht! Ober will er mit der Bemerkung, daß er zur Linderung beitragen wolle, „soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich“, vielleicht auf die Majoritätsverhältnisse im Bundesrat hindeuten und damit sagen, daß eine Abstimmung über seinen Vorschlag ausfallslos wäre? Wir sind ja nicht in der Lage, ihn hierin zu widersprechen; immerhin läme es aber auf einen Versuch an. Auch wäre es in diesem Falle nützlich gewesen, wenn Herr v. Bischof sich nicht mit der dunklen Andeutung begnügt, sondern, schon um sich und seiner eigenen Regierung dadurch den Rücken zu decken, offen gesagt hätte, wo der Widerstand gegen die Linderung der Fleischnot zu suchen wäre.

Im Laufe der Audienz soll noch gesagt worden sein, daß zu der Viehtierhaltung wesentlich das viele Geshrei in der Presse und in Versammlungen beigetragen habe. Sollte Herr v. Bischof diese Reue wirklich gemacht haben, so hätte er damit eine volkswirtschaftliche Oberflächlichkeit an den Tag gelegt, die wir ihm kaum zutrauen haben. Das „Geshrei“ der Presse usw. setzte doch erst ein, als das mangelnde Angebot auf den Viehmärkten zur Steigerung der Preise führte, und selbst das ärgste „Geshrei“ hätte keine Preissteigerung zeitigen können, wenn die Nachfrage nach Vieh nicht eben wesentlich das vorhandene Angebot überstiegen hätte. Es ist merkwürdig, wie verschlossen oft Geheimräte für die ersten Grundwahrheiten sind, die der Schüler irgend eines volkswirtschaftlichen Seminars als Frucht der ersten Studientage heimzubringen pflegt.

Die Berliner Fleischerrinnung hat, um nicht ganz ins Hintertreffen zu gelangen, ebenfalls in einer gestern abgehaltenen Versammlung eine Eingabe an den Reichskanzler beschlossen. Sie fordert:

- 1. Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh nach allen öffentlichen Schlachthöfen mit direkter Bahnverbindung.
2. Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Magervieh für die dafür in Betracht kommenden Gegenden.
3. Die Einfuhrerleichterungen, wie Quarantänestationen, Tuberkulinsimpfungen sind in weitestgehender Weise zu mildern.
4. In Rücksicht auf die Notlage, in welcher sich die Bevölkerung in Bezug auf Fleischnahrung in ganz Deutschland befindet, eine zeitliche Aufhebung aller Viehölle anzuordnen.
5. In Rücksicht auf die jetzt herrschende, in absehbarer Zeit nicht zu beseitigende Notlage in Bezug auf Fleischsteuerung - eine Revision des mit dem 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarifs, soweit derselbe die Einfuhr von Schlachtvieh verteuert, herbeizuführen.

Anzuerkennen ist immerhin, daß die Fleischerrinnung sich nicht auf die bloße Forderung einer zeitweiligen Öffnung der Grenzen beschränkt - nur die Revision des Fleischbeschaugesetzes von 1900 hat sie natürlich vergessen. Gegen freie Vieheinfuhr hat sie nichts einzuwenden, wohl aber gegen eine Erleichterung der Fleisch-einfuhr.

Pöbdiels Enquete. Der Landwirtschaftsminister hat sich endlich zu einer sogenannten Erhebung über die Ursachen und den Umfang der Fleischnot entschlossen. Um das gewünschte Resultat zu erzielen, wird in dem an die Vertrauensmänner der Landwirtschaftskammern gerichteten Zirkular folgende Anweisung erteilt: „Es muß der maßlosen Agitation in den großen Städten sowie in den Händler- und Schlächterkreisen von landwirtschaftlicher Seite mehr entgegengetreten werden und dazu bedarf es vor allem einwandfreien Materials aus landwirtschaftlichen Betrieben. Es darf kein Landwirt im Zweifel sein, daß die Lage der Deutschen und damit unserer brandenburgischen Rucht und Rast jetzt außerordentlich gefährdet ist und daß alle die Pflicht haben, die jegliche Unruhe sofort zu erlebigen, zumal wir das gesamte Material noch in diesem Monat gesichtet abzugeben haben.“

Der Abg. Richter soll, wie verlautet, sich entschlossen haben, mit Beginn der neuen Parlamentskampagne sein Mandat insofern seiner schweren Augenkrankung, die wenig Hoffnung auf Genesung bietet, niederzulegen.

Aus dem Essener Wahlkampfe. Herr Joh. Effert, Sekretär des Christlichen Bergarbeiterverbandes, erucht um Aufnahme der folgenden Mitteilung:

„In der Nr. 21 des „Vorwärts“ vom 9. September 05 wird in einem Artikel, betitelt „Aus dem Essener Wahlkampfe“ geschrieben, ich habe in einer Wahlrede die christlichen Gewerksvereine aufgefordert, den Zentrumskandidaten zu wählen. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Die katholischen Mitglieder des Gewerksvereins habe ich aufgefordert für Giesberts zu stimmen. Den evangelischen Mitgliedern habe ich in der Wahlrede gesagt, sie möchten wählen wem sie wollten, da ich ihnen nicht zimmern würde, Giesberts bzw. Zentrum zu wählen.“

Herr Effert berichtet etwas, was wir überhaupt nicht behandeln haben und was, hätten wir es gesagt ganz nebensächlich wäre.

Wir haben ausführlich die Mobilmachung der christlichen Gewerksvereine für das Zentrum gekennzeichnet, welche im Widerspruch steht zu der Haltung dieser Vereine gegenüber der Bergarbeiterbewegung sowie zu ihrer Erklärung, daß sie „politisch neutral“ seien. Herr Effert bestätigt das wesentlichste, daß er die katholischen Gewerksvereine dem Zentrum zutreiben will, welches die Bergarbeiterforderungen schmächtig verraten hat.

Landtagwahl in Württemberg. Stuttgart, 13. September.

(Fig. Ver.) Die gestrige Landtags-Stichwahl im Oberamt Regentheim brachte wider Erwarten der volksparteilich-nationalliberalen Koalition den Sieg gegenüber der bauerbündlerisch-kerischen Vereinigung. Regierungsrat Häffner wurde mit 2817 Stimmen gewählt, während auf den Bauerbündler Mösler nur 2400 Stimmen entfielen. Der letztere nahm in der Stichwahl um circa 400, der erstere dagegen um circa 1000 Stimmen zu. Die Wahlbeteiligung betrug bei der Stichwahl 84 Proz., während sie bei der Hauptwahl nur 67 Proz. betragen hatte. Man kann diesen Stimmungsumschlag bei den Wählern nur so erklären, daß das Eintreten des Zentrums für den Bauerbündler den letzteren arg kompromittiert hat. Das Zentrum ist in Württemberg in allen politischen Fragen, insbesondere in der aktuellen Frage der Verfassungsrevision, die reaktionärste, un-demokratischste Partei. Es wäre darum sehr erfreulich, wenn man diesen Wahlausgang als Vorzeichen für die nächstjährigen allgemeinen Landtagswahlen gelten lassen und die Hoffnung aussprechen könnte, daß bei diesen dem Zentrum erhebliche Verluste beigebracht werden. An einer wirklichen Agitation zur Erreichung dieses Zweckes wird es die Sozialdemokratie nicht fehlen lassen.

Weitere Ausdehnung des ostafrikanischen Aufstandes.

Die Nachricht, daß der ostafrikanische Aufstand sich nach dem Kassagebiet hin durch die Erhebung der Wangoni ausdehnt, wird durch eine Depesche, welche bei der Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden zu Berlin von ihrem Superintendenten Schüler in Nakaleli eingegangen ist, bestätigt. Den Wangoni haben sich die am Nordostufer des Njassa wohnenden Wapangwa, unter welchen der Berliner Mission vor kurzem die Station Nilow angelegt hatte, welche aber kurze Zeit von einem weißen Missionar nicht besetzt war, angeschlossen. Infolgedessen hat Missionar Reuber, welcher, soeben von Deutschland zurückkehrend, sich nach Nilow begeben wollte, seine Reise unterbrochen und ist zunächst in Sidugala geblieben. Die Stämme der Rondo-, Kinga-, Vena- und Geheneger, unter welchen die Berliner Mission schon länger arbeitet, verhalten sich bisher ruhig; doch wird dies Gebiet vom Njassa bis nach Ubehe von aufständischen Wangoni und Wapangwa durchzogen.

Internationale kriminalistische Vereinigung.

Am Donnerstag sprach Professor v. Liszt über das bedeutsame Thema: „Die Behandlung der vermindert Zurechnungsfähigen“. Er wies einleitend darauf hin, daß diese Frage die kriminalistische Vereinigung schon seit langem beschäftigt und bis jetzt noch manche Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Gruppen, besonders zwischen der deutschen und der französischen Gruppe vorhanden seien. Es handele sich aber jetzt darum, über den Grundgedanken eine Einigung zu erzielen. Die Frage, wer vermindert zurechnungsfähig sei, sei ja sehr schwierig zu lösen. Dazu rechne man die Schwachsinnigen, die Epileptiker, die Hysterischen, gewisse Neuraseniker, und von solchen, die nicht direkt unzurechnungsfähig sind, rechnen dazu die Anfangsstadien einer frühzeitig eintretenden Senilität und dann das große Gebiet der Sexuellen. Das alles sind Leute, bei denen die Zurechnungsfähigkeit infolge ihrer angeborenen oder erworbenen Eigenarten wesentlich herabgemindert ist, und die noch nicht als krank im Sinne des Gesetzes gelten. Der Gesetzgeber habe bisher nur an die Geisteskranken gedacht, aber diese Leute vergessen. Die Gesellschaft brauche aber auch diesen gegenüber stehende Maßregeln, die aber verschiedener Art sein können. Bei einer Dame aus besserem Stande z. B., die an Kleptomanie leide, würde oft ausreichen, wenn eine Ueberwachung in der eigenen Familie eintritt. Ebenso wird es ausreichen, wenn ein Mann, der senil wird und sich mit Kindern einläßt, auf das Land in die frische Luft geschickt und dort genügend auf ihn aufgepaßt wird. Bei anderen vermindert Zurechnungsfähigen werden strengere Maßregeln notwendig sein, und da kommen in erster Linie Anstalten in Betracht, in welchen die Gefährlichen von ihnen interniert werden. Diese Leute können nicht dem Strafrichter vollständig entzogen werden. Es muß aber verlangt werden, daß neben die Strafe die Sicherungsmaßregel tritt. Da es aber auch nicht bestraft vermindert Zurechnungsfähige gibt, so sollte die Entscheidung über den Eintritt der Sicherungsmaßregeln für alle vermindert Zurechnungsfähigen nicht dem Strafrichter, sondern dem bürgerlichen Richter vorbehalten bleiben. Der Strafrichter müsse aber die Möglichkeit haben, sofort besondere Maßregeln zu ergreifen, wenn das erforderlich ist. Redner hofft, daß die Legislative sich bald mit dieser Materie beschäftigen und zu entsprechenden Gesetzesvorschlägen kommen wird. Das würde ein großer Fortschritt auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge sein. (Vorbatter Weisall.)

Redner empfiehlt dann einige Leitsätze zur Annahme, deren Sinn im wesentlichen der ist: Für die vermindert Zurechnungsfähigen, ob bestraft oder unbestraft, die gefährlich für sich, für ihre Umgebung oder für die Gesellschaft sind, muß der Gesetzgeber Sicherungsmaßregeln anordnen. Für die vermindert zurechnungsfähigen Verbrecher, ob sie gefährlich sind oder nicht, ist eine mildere Strafe vorzuschreiben.

In der Diskussion wird besonders dieser letzte Satz erörtert. Der bekannte Pfadfinder Professor Kischaffensberg-Köln meint: Entweder ist jemand für die Strafe zugänglich, dann muß man für geistig Minderwertige eine besondere Art der Strafe anwenden, oder es handelt sich um Leute, bei denen die Fürsorge auf lange Zeit eintreten muß. Bei diesen ist die Strafe eine Komödie und zwecklos nicht zum Besten des Täters und der Justiz.

Redizinalrat Dr. Leppmann-Berlin tritt für die Annahme der Leitsätze ein. Man müsse sich hüten, Geisteskranken erster und zweiter Klasse zu schaffen. Wenn wir die Leitsätze annehmen, schließen wir ein Kompromiß mit der öffentlichen Meinung, mit der Vergeltungstheorie. Geben wir aber zu weit, so erreichen wir gar nichts. Wir müssen mit den Weinen auf der Erde bleiben.

Staatsanwalt Feisenberger-Vodum bemerkt: Bei der Beurteilung der Straftat kann der Jurist nur fragen, ob der Täter verantwortlich ist oder nicht. Erst bei der Bemessung der Strafe betrachten wir ihn als Menschen und da muß für den geistig Minderwertigen eine besondere Strafe geschaffen werden, da hier unser heutiges Strafrecht nicht ausreicht. Wie diese Strafe ausgestaltet werden soll, ist Sache der Zukunft; heute sollen nur Anregungen gegeben werden. Wir brauchen keine mildere, sondern nur eine eigenartige Strafe für die geistig Minderwertigen.

Nach weiterer Diskussion wird der Leitsatz einstimmig angenommen, wonach für die vermindert Zurechnungsfähigen, ob bestraft oder unbestraft, die gefährlich für sich, ihre Umgebung oder die Gesellschaft sind, der Gesetzgeber Sicherungsmaßregeln anordnen soll.

Der zweite Leitsatz, daß für die vermindert zurechnungsfähigen Verbrecher, ob sie gefährlich sind oder nicht, eine mildere Strafe vorzuschreiben ist, wird mit der Forderung angenommen, daß für „mildere Strafe“ gesagt wird: „eine spezielle Strafe“ oder „eine spezielle Verbanlung“.

Husland.

Zur Ablehnung der ungarischen Wahlreform

schreibt die Wiener „Arbeiter-Ztg.“:

„Der ungarische König hat es verboten, daß im Reichstage ein Gesetz eingebracht werde, durch das den ungarischen Arbeitern das politische Recht verliehen worden wäre.“

Es gibt in Ungarn 4,3 Millionen erwachsener Männer, von denen eine Million das Wahlrecht hat, von denen 3,3 Millionen rechtlos sind. Der ungarische König will, daß dieser Zustand aufrecht bleibt, und er entläßt das Ministerium, das diesen Zustand ändern wollte.“

Welches war das Argument, durch das der ungarische König am stärksten beeinflusst wurde? Das die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes die „Gefahr“ hervorrufe, daß auch den Arbeitern in Oesterreich das gleiche Recht werden müßte. In Oesterreich wählen 5431 Großgrundbesitzer 85 Abgeordnete, 5 018 217 Menschen 72 Abgeordnete. Der österreichische Kaiser erachtet dieses Verhältnis als vollkommen gerecht, ist der Ueberzeugung, daß die Volksmassen damit soviel an Recht erhalten, als ihnen gebührt.

Der ungarische König hatte die Wahl, die Erfüllung entweder seines Majestätsrechtes auf die 98 deutschen Kommandoworte, oder die Erfüllung des Rechtes des Volkes, des Wahlrechtes für die 8,8 Millionen Rechtlosen, zu erlangen. Er hat es vorgezogen, die Wahlreform fallen zu lassen und dafür den Verzicht auf die Forderung nach der magyarischen Kommandosprache zu erhalten.

Die Entscheidung, daß den ungarischen Arbeitern kein Recht werden soll, ist die Entscheidung des Königs selbst. Seine verantwortliche Regierung hat ihm dringend geraten, den Arbeitern ihr Recht zu geben, er aber hat den Rat verworfen. Wenn die drei Millionen erwachsenen Männer weiter rechtlos bleiben, so wissen sie, daß es so ist, weil es so ihr König will.

Daß den österreichischen Arbeitern nie mehr an Recht gegeben werden soll, als sie jetzt haben, daß sie also immer Staatsbürger fünfter Klasse bleiben, nie ihr volles Recht erhalten sollen, ist Wille und Beschluß des Kaisers. Die Entscheidung des Monarchen ist eine so wichtige Sache, daß es unziemlich wäre, ihrer zu verfehlen.

Also sei auch ganz unzweifelhaft festgestellt: Die Arbeiter werden sich die Entscheidung merken. Die ungarischen Arbeiter und die Arbeiter in Oesterreich.

Budapest, 14. September. Der Minister des Innern Kristoffy ist im Wahlbezirk Vogsan einstimmig zum Reichstags-Abgeordneten gewählt worden.

Budapest, 14. September. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht eine Mitteilung, daß der König die Demission des Kabinetts angenommen und angeordnet hat, daß die Minister bis auf weitere Verfügung ihre amtliche Tätigkeit fortsetzen sollen.

Schweden - Norwegen.

Zu den Einigungsverhandlungen

meldet „Aftenposten“ aus Karlskrona: Man sieht jetzt vor einer endgültigen Entscheidung. Die schwedischen Delegierten halten unerschütterlich an den von außerordentlichen Reichstag beschlossenen Bedingungen fest, und wie verlautet, soll ihr Verhalten zur Schiedsgerichtsfrage deuten, daß beide Parteien nur schwierig zusammenarbeiten können. Inzwischen ist die Lage nicht ganz hoffnungslos. Auch von verschiedenen Seiten in Schweden wird hervorgehoben, daß ein Abbruch der Verhandlungen noch nicht Krieg zu bedeuten brauche. Die norwegische Delegation hat in der gestrigen Nachmittags-Sitzung das schwedische Verhandlungsprogramm in der vorliegenden Form nicht angenommen. Die endgültige Entscheidung soll in der heutigen Vormittags-Sitzung getroffen werden.

Der fünfte Sozialdemokrat des neuen Reichstags ist am Dienstag in Hjad gewählt worden. Hier handelt es sich um eine Wiederwahl. H. W. Thorsson, der Verwalter des Volksparks in Hjad wurde bei der vorigen Reichstagswahl mit 497 gegen 449 Stimmen gewählt, diesmal erhielt er jedoch 671 Stimmen, während auf seinen Gegenkandidaten Regimentsarzt Risson nur 472 abgegeben wurden. Thorsson ist der erste von den vier bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern, der zur Wahl stand.

Die Unruhen in Japan.

„Standard“ meldet aus Yokohama: Nach einer Antifriedensversammlung am 12. d. M. verbrannte und zerstörte das Volk 14 Polizeistationen und verletzte einen Polizei-Inspektor und 38 Schulkinder. Von Tokio wurden zwei Kompanien Infanterie hingeschickt, die die fremden Konsulate und die hauptsächlichsten fremden Stadtteile bewachten. Die Lage ist ruhiger geworden.

Ueber die in der Nacht vom 12. auf den 13. d. M. in Yokohama stattgefundenen Unruhen werden folgende Einzelheiten gemeldet: Kurz nach Mitternacht brannte der Pöbel, meist Rulis, Bootsleute und Obdachlose, acht Polizeiwachen und drei Polizeistationen, mehrere Beamtenhäuser und große Handelsniederlagen nieder. Kurz vor Tagesanbruch wurden von Tokio vierhundert Mann Militär geschickt, welche jetzt die Konsulate, die Barenhäuser und die angrenzenden feuergefährlichen Petroleumtanks bewachen. Der Gouverneur und der Bürgermeister erließen einen Aufruf, in dem sie die Bevölkerung ermahnen, zu den Behörden Vertrauen zu haben. Sechshundert in den Hotels unter den besonderen Schutz der Polizei gestellte Russen aus Sachalin verteidigten sich mit gezogenem Säbel gegen die Menge, die mit Pistolen und Stoddegen bewaffnet war. Die Verluste der Polizei betragen drei Schwere- und 37 Leichtverwundete. Die Reuterer warfen, um die Polizeiwachen in Brand zu setzen, brennende in Del getränkte Hüte hinein. Die Ruhe ist anscheinend jetzt wieder hergestellt.

Tokio, 13. September. Nach Angaben der Polizei von Tokio sind bei den jüngsten Unruhen 388 Polizeibeamte, 16 Feuerwehrlente und 2 Soldaten verwundet worden, während auf Seiten der Ruhestörer und des nicht aktiv beteiligten Publikums 9 Personen getötet und 387 verwundet worden sind.

Tokio, 14. September. (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) Die Zeitung „Mainichi“ spricht ihren Unwillen über das Regierungsbüro „Kokumin“ aus, das das Verbrennen von Kirchen in Tokio mit der Handlungsweise der chinesischen Vögel auf die gleiche Stufe stellt und sagt ferner, daß selbst in den entlegensten Winkeln des Reiches keine Spur von fremden- oder christenfeindlichen Gefühlen, wie sie die Vögel befehlen, vorhanden sei.

Die Regierung ordnete die Unterdrückung von drei in Kofu, Miligata und Djaru erscheinenden Zeitungen an.

Die Erregung gegen den Friedensvertrag hält in den Hauptstädten noch immer unvermindert an.

Reuternde Truppen?

London, 14. September. Dem „Daily Express“ wird aus Tokio ein Bericht telegraphiert, daß in der japanischen Armee und Marine Unzufriedenheit über die Friedensbedingungen herrscht. Mehrere Infanterieregimenter in Otsa hätten gemuntert. Die Mannschaften sollen eine Protestversammlung abgehalten haben, worauf mehrere Anführer verhaftet wurden. Danach hätten eine große Zahl Soldaten an einer Massenversammlung in der Stadt teilgenommen, wobei gegen die Regierung gerichtete Resolutionen angenommen wurden. Die Militärbehörden hätten strenge Maßregeln ergriffen. — Die Zerstörung der „Mikasa“ soll durch Brandstiftung in derselben aufrührerischen Absicht erfolgt sein. Jede Veräuflichung dieser als ungläubig bezeichneten Gerüchte fehlt indessen.

Aus der Partei.

Ueber die Aufgaben der sozialdemokratischen Tagespresse schreibt das „Hamburger Echo“ in einem Leitartikel über „historischen Materialismus und Ethik“:

„Gewiß ist es eine höchwichtige Aufgabe unserer Agitation, besonders unserer Presse, den proletarischen Massen das Verständnis der politischen und sozialen Zustände, Prozesse, Vorgänge, Bestrebungen und Kämpfe im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus zu erschließen. Aber um der vielen willen, die dem reinen Intellektualismus nicht so leicht zugänglich sind, und namentlich mit Rücksicht auf die zahlreichen bürgerlichen Existenzen, die zwischen den beiden Hauptklassen hin und her pendeln, die wir gewinnen wollen und denen die proletarisch-sozialistische Wissenschaft einzuwirken noch über den Horizont geht, ist es nützlich und geboten, in Rede und Presse sich nicht auf didaktische (lehrsätze) Auseinandersetzungen zu beschränken, sondern diese mit ethischen Tönen zu akkompagnieren, was ja auch von den Begründern unserer Wissenschaft geschehen ist.

Ja, die Tagespresse, die in weitesten Kreisen agitatorisch zu wirken bestimmt ist, wird sich nicht allzuweit in lebhaften Details über Tagesereignisse unter- und nebensünder Bedeutung verlieren dürfen, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, sondern das den wissenschaftlichen Partei-Organen überlassen müssen; was freilich nicht ausschließt, daß sie nebenher auch solchen Artikeln ihre Spalten öffnen soll, wenn sie Raum dafür hat. Auch hier hilft das Prinzip der Arbeitsteilung. Im allgemeinen nur darf sie nicht verfehlen, bei jeder passenden Gelegenheit auf die ökonomisch-historischen Ursachen der Zustände und Ereignisse hinzuweisen und die Notwendigkeit, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen unaußergelassen zu fördern und Befreiung des Proletariats und Begründung der sozialen Gesellschaft durch den Klassenkampf, eindrucksvoll und überzeugend zu betonen. Und so viel wir sehen, hat das unsere Tagespresse schon bisher nicht veräußt.“

Anti-Alkohol-Ausstellung in Jena. Wie uns vom „Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bund“ (Vorstand August Neumann, Hamburg 26) mitgeteilt wird, veranstaltet derselbe während der Dauer des Parteitagess in Jena eine Ausstellung, die den Delegierten und Besuchern des Parteitagess die Wichtigkeit der Alkoholfrage vor Augen führen soll. Es werden ausgestellt eine Anzahl von Tabellen und Tafeln, die den Umfang und die Schädigungen des Alkoholgenußes darstellen, den Einfluß desselben auf die Kriminalität, Volkswirtschaft, Sterblichkeit usw. und eine reichhaltige Sammlung von Broschüren, Zeit- und Flugschriften. Da auch dieser Parteitag sich wieder mit Anträgen, aus einer großen Zahl von Orten gestellt, zu beschäftigen hat, die die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagess zu setzen vorschlagen, wird dieser Ausstellung von den Delegierten gewiß ein reges Interesse entgegengebracht werden. — Als Ausstellungsraum ist dem Arbeiter-Abstinenten-Bund der Pflanzliche Hörsaal (neben dem Volkshaus) zur Verfügung gestellt worden.

Einen erfreulichen Mitgliederzuwachs hat der sozialdemokratische Wahlverein in Brandenburg in jüngster Zeit gehabt. Es wurden in der letzten Versammlung 347 neue Mitglieder aufgenommen. Der Verein zählt jetzt 1628 Mitglieder. Dieser starke Zuwachs ist der Erfolg der in letzter Zeit sehr lebhaft betriebenen Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Ueber die Parteiverhältnisse in Schwarzburg-Sondershausen schreibt man uns:

Während unter Nachbar- und Bruderstaat Schwarzburg-Rudolstadt zurecht insolge des glänzenden Wahlergebnisses unserer dortigen Genossen sich in freudiger Erinnerung bringt, konnte von der Parteibewegung unseres Landes leider fast das Gegenteil berichtet werden. Das liegt nun zunächst allerdings an den ganz anders gestalteten Verhältnissen. So würde z. B. das Landtagswahlgesetz von Schwarzburg-Sondershausen selbst einer eventuell besten Parteibewegung nicht einen ähnlichen Erfolg gestatten, wie wir ihn in Schwarzburg-Rudolstadt bewundern. Auch sonst ist nur unter den denkbar größten Schwierigkeiten eine Parteibewegung im Lande zu propagieren. Im überaus größten Teile des Landes steht uns kein Saal zur Verfügung zur Verfügung, so in der ganzen Unterherrschaft, wo es bei der letzten Reichstagswahl unsern Kandidaten nicht einmal möglich war zu übernachten, da man sich in den Gasthöfen fürchtete, ihm Logis zu gewähren. Eine vorläufige Sabbatordnung gestattet nicht das Verbreiten der Flugblätter am Sonntag, so daß jede Flugblattverbreitung, die stets von Arnstadt aus besorgt werden muß, stets mit großen finanziellen Opfern verbunden ist. Aber alle diese Gründe rechtfertigen nicht allein den Stillstand, der seit Jahren in der Parteibewegung des Landes und speziell in Arnstadt eingetreten ist. Wir ringen im Kreise seit einer Reihe von Reichstagswahlen in der Stille bereits um das Mandat. Seit zehn Jahren schon waren wir gewohnt, bei den Gemeinderatswahlen den Sieg zu erringen. Seit einigen Jahren ist das anders geworden. Bei den letzten Gemeinderatswahlen sind wir unterlegen; die im letzten Herbst stattgefundenen Landtagswahlen boten für uns kein erfreuliches Bild und die in wenigen Wochen stattfindenden Gemeinderatswahlen versprechen nicht viel mehr Ausblicke.

Mit all diesen Erfolgeinheiten befaßte sich die letzte Versammlung des Wahlvereins, die erfreulicherweise einen Besuch aufzuweisen hatte wie seit Jahren nicht. Es kam die Ansicht allgemein zum Ausdruck, daß in erster Linie das Fehlen einer inneren Parteitätigkeit, die mangelhafte Bildung und Erziehung der Arbeiter in den Prinzipien des Sozialismus, die gelegentlich sogar Stegmüllereien im Gemeinderat verurliche, die Schuld an dem Stillstand der Bewegung trage. Die Versammlung führte zu dem erfreulichen Resultat, in gemeinsamer Tätigkeit von neuem einzusetzen, um die Schranken der letzten Jahre auszuweichen und endete mit der einstimmigen Annahme folgenden Antrages:

„In Anbetracht der Notwendigkeit, alle Kräfte der Arbeiterbewegung in Arnstadt zusammenzufassen, um eine Reubelegung des hiesigen Partei- und Gewerkschaftslebens herbeizuführen, beschließt die heutige Versammlung nach stattgefundenem diesbezüglicher Aussprache die Errichtung von Bildungskursen für Arbeiter. Es wird zunächst ein Kursus für Rede- und Stilübung arrangiert. Die Errichtung weiterer Spezialkurse wird stattfinden, sobald Interesse und Bedürfnis seitens der Arbeiter hiernach geäußert wird. Diese Kurse sind für die Teilnehmer völlig unentgeltlich. Es ergeht an das Gewerkschaftsamt die Einladung, diesem Beschlusse beizutreten.“

In jeden nach geistiger Vervollkommenung strebenden organisierten Arbeiter richtet die Versammlung das dringende Ersuchen, die ihm gebotene Gelegenheit wahrzunehmen und Energie zu zeigen in dem Bestreben, durch Stärkung der Kräfte und Schulung in der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung mehr zu werden als nur einer unter vielen.“

Schweizerische Nationalratswahlen. Unsere Genossen im Zürcher Wahlkreis, der neun Vertreter zu wählen hat, beschlossen in einer Vertrauensmänner-Versammlung die Auffstellung von drei sozialdemokratischen Kandidaten, während sie gegenwärtig nur zwei Sitze haben. Ihren Anspruch stützen sie darauf, daß im Jahre 1902 die sozialdemokratischen Kandidaten 7305 bis 9259 und die bürgerlichen 10 449 bis 11 854 Stimmen erhielten. Diese nahmen dann sieben Sitze in Anspruch und überließen großzügig der sozialdemokratischen Partei zwei, während ihr zum mindesten drei gehört hätten. Bemerkenswert ist der einstimmige Beschluß, den Stadtrat Vogel-sänger nicht mehr als sozialdemokratischen Kandidaten aufzustellen, da er sich im Laufe der Jahre immer mehr von dem Denken und Fühlen der Arbeiterklasse entfernt hat. Da er auch nicht mehr dem Kantonsrat angehört, wird ihn dieser Beschluß kaum überrascht haben.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons St. Gallen ist nun definitiv konstituiert und die reinliche Scheidung von den bürgerlichen Demokraten durchgeführt. Auf dem am letzten Sonntag in Wil abgehaltenen Parteitag gab sich die neue Partei Statuten und ein provisorisches Aktionsprogramm, das später noch gesichtet und ergänzt werden soll. Beschlossen wurde ferner, der Aktion der Demokraten und Katholiken (Konserwativen) auf Einführung der Proportionalwahl des Großen Rates sich anzuschließen und bei den Nationalratswahlen außer den beiden Genossen Scherrer und Brandt auch den Demokraten Scherrer-Füllmann zu unterstützen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Zu 600 M. Geldstrafe wurde Genosse Reus verurteilt, weil er den Magistrat in Aken beleidigt haben soll. Der Magistrat zu Aken, aus vier Personen bestehend, unter ihnen der geweihte Reichstagsabgeordnete Plade, hatte am 8. November 1904 einen Beschluß vom 28. Oktober 1904 veröffentlicht, in welchem er gegenüber einer Petition von mehr als 1100 Akenen Bürgern die Behauptung aufstellte,

der Bau der genossenschaftlichen Seifenfabrik verlege das Staatswohl und das Gemeinwohl, die Fabrik bedrohe einen großen Teil des sogenannten Mittelstandes mit Untergang und verlege somit das Staatswohl und das Bestreben der Regierung, den Mittelstand, insbesondere den Handwerkerstand zu schützen.

Damit aber nicht genug, erklärte er, diese Erwägungen seien für den Magistrat mitbestimmend gewesen, die ihm nach der Gewerbe-Ordnung zustehenden Einspruchsmittel nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

Nach § 16 der Gewerbe-Ordnung kann eine Seifenfabrik nur dann verboten werden, wenn durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder die Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeigeführt werden können.

Darauf hatte Reus seine Kritik aufgebaut. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt, die Behörde, welche Einspruch erhebe, sei an die Gründe des § 16 G.-O. nicht gebunden, der gelte nur für das Gericht, das über den Einspruch zu entscheiden habe.

Wegen Beleidigung eines nationalliberalen Redakteurs hatte sich Genosse Dr. Adolf Braun in Rürnberg vor dem Bayerischen Schöffengericht zu verantworten. Im Juni dieses Jahres waren in Bayreuth verschiedene Lohnbewegungen, über die das „Bayreuther Tageblatt“ in der gehässigen Weise schrieb. Gegen das nordbayerische Parteiblatt, die „Frankische Volkstribüne“, wurden wiederholt heftige Angriffe gerichtet, u. a. wurden der Redaktion „fremde, schmutzige Verleumdung, Lüge, Frechheit“ usw. zum Vorwurf gemacht. In der Erwiderung auf eine solche Kotiz schrieb die „Tribüne“, es sei der Redaktion bekannt, daß in Würzburg seinerzeit ein recht flatter Windbeutel lebte, der trotz seines guten Einkommens niemals gut bei Kasse gewesen und eines schönen Tages spurlos von dort verschwunden sei, ohne von seinen Geschäfts-freunden Abschied zu nehmen. Der Redakteur des nationalliberalen Blattes, ein Herr Kunkel, bezog diese Kotiz auf sich und erhob gegen Genossen Braun, der damals die „Tribüne“ verantwortlich zeichnete, Klage. In der Verhandlung behauptete der Bankier Schwab, der Geschäftsführer des Vereins Kreditreform, daß Kunkel auf Veranlassung einer unterfränkischen Weinfirma, der er 308 M. schuldete, auf die schwarze Liste des Vereins als böswilliger Zahler gesetzt worden sei. Kunkel hat auch den Offenbarungseid geleistet. Braun wurde wegen formaler Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, den 14. September, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit der Bekanntgabe des Ergebnisses der sieben von den Abteilungen vollzogenen Auswahlgängen. In den Ausschüssen zur Vorbereitung der Neuwahl eines Rammereers sind unter anderem auch die sozialdemokratischen Mitglieder Vörgmann, Pfann-luch und Singer gewählt; der gemischten Deputation für die Erörterung der Fleischnotfrage gehören die Stadtv. Singer und Dr. Arons, derjenigen für die Verhandlung darüber, ob die Anstalts- oder die Familienpflege für die häßlichen Waisenkinder den Vorzug verdient, auch die Stadtv. Dr. Bernstein und Stadthagen an.

Der Stadtv. Antrix (Soz.) hat die Mitgliedschaft in der Grundeigentumsdeputation aufgegeben; die Ersatzwahl ist auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Der Stadtv. Kleinert (Soz.) hat das Mandat niedergelegt; für ihn ist ein Ersatzmann in die Brennmaterialdeputation zu wählen. Auf Vorschlag Singers werden die Stadtv. Basner und Wengels gewählt.

Die Wahlperiode des befohlenen Stadtrats Ramsau läuft am 1. Januar 1906 ab. Die Frage der Neuwahl wird auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Es läuft ein dringlicher Antrag Wallach und Genossen ein, für die Opfer des Erdbebens in Süditalien eine Unterstützung von 10 000 M. zu bewilligen. Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen und der Antrag einem sofort zu ernennenden Ausschuss überwiesen.

Der Prozeß der Gemeinde Neu-Weißensee (seht mit Weißensee unter dem letzteren Namen vereinigt) gegen Berlin wegen Leistung von Zuschüssen zu den Kosten des öffentlichen Volksschulwesens auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes hat insoweit für die Klägerin einen siegreichen Ausgang genommen, als das Urteil des Potsdamer Bezirksauschusses, monach Berlin für 1897 13 700 M., für 1898 12 720 M. an Neu-Weißensee zu zahlen hat (die ursprüngliche Forderung belief sich auf je 85 000 M.), vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden ist.

Stadtv. Wallach (N.) befragt den Magistrat über den Antrag: „Den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation darüber zu beraten, welche Mittel und Wege geeignet sind, die Forderungen der Vororte abzuweisen und in ihren sekundären Folgen für Berlin unschädlich zu machen.“ Die erlangenen Urteile wimmeln von juristischen Epithetensätzen. Was wären die Vororte ohne Berlin? Berlin sei die Nährmutter der Vororte, jetzt aber fingen die Kinder an, die Mutter zu läheln und zu säheln. (Weiterkeit.) Berlin habe sich das lange genug gefallen lassen, endlich einmal müsse aber seine Geduld reizen. Woher stamme die Steuerkraft der Vororte? Zum Teil davon, daß so viele Berliner städtische Beamte in den Vororten wohnen. Was fingen die letzteren an, wenn Berlin beschlösse, keinen Arbeiter mehr zu beschäftigen, der nicht in Berlin auswohnt? Berlin habe sehr viel Mittel in der Hand, wenn es Repressalien üben wolle. Der Fall Weißensee sei ja nicht der einzige; bald werde die ganze Reute nachkommen. Redner bittet um Annahme seines Antrages.

Stadtv. Singer (Soz.): Wenn der Antrag Wallach einen anderen Wortlaut hätte, würden wir nichts gegen ihn haben, obwohl wir zu ganz anderen Konsequenzen in dieser Frage kommen. Wir müssen bedauern, daß eine Frage von so großer wirtschaftlicher Bedeutung von so kleinlichen Gesichtspunkten aus behandelt wird (Anrede). Herr Wallach geht von total falschen Voraussetzungen aus, wenn er den Vororten zumutet, sie sollen der Stadt Berlin dankbar und demütig zu Füßen liegen. Diese sentimentale Art der Auffassung teilen wir nicht. In den beiden Urteilen der Verwaltungsgerichte zeigt sich die Verteiltheit unserer bisherigen kommunalpolitisch. Daß die kleinen und armen Gemeinden im Osten Berlins nicht die großen Schul-, Armen- und Krankenlasten tragen können, welche ihnen entstehen, liegt auf der Hand, und ich frage meinerseits: Was wäre die Berliner Industrie ohne die Vororte, was wäre die Stadt Berlin mit ihren Betrieben und Anstalten ohne das umliegende Terrain? (Widerspruch und Unruhe.) Herr Wallach stellt es als eine Grobthat dar, wenn Berlin für die dortigen Anstalten usw. Grundsteuer bezahlt. Sollen sich die Vororte dafür auch noch bedanken? Die Vorlage müssen wir annehmen, denn gegen die Erkenntnis ist nichts zu machen. Es muß hier aber auf die falsche Eingemeindungspolitik Berlins erneut hingewiesen werden. Wir bilden mit den Vororten eine Wirtschaftseinheit; es geht nicht an, daß wir uns von der Vororte gar nicht kümmern. Um die erwähnte Schädigung für Berlin nicht eintreten zu lassen, dafür wäre eine im richtigen Moment vorgenommene Eingemeindung das wirksame Abwehrmittel gewesen. Der passende Augenblick ist aber leider verpaßt. Als die Regierung der Sache geneigt war, wollte der Magistrat nicht; jetzt, wo die Stadt müde, will die Regierung nicht; der Plan der Eingemeindung hat auf absehbare Zeit keine Aussicht. Der Magistrat sollte uns auch Auskunft geben, wie es denn mit den

Wiederholten Anregungen aus der Versammlung steht auf Errichtung von Verbänden Berlins mit den Vororten, um Verkehrs-, Armen-, Kranken- u. s. w. Angelegenheiten gemeinsam zu erledigen und auf dieser Grundlage wenigstens teilweise die schwebenden Fragen in befriedigendem Sinne zu lösen. So wie bisher darf nicht weiter gewartet werden. Monate- und jahrelang hören wir über die Wirkung dieser Anregungen nichts. Die Frage der Schaffung eines Groß-Berlin kann nicht mehr beiseite geschoben werden. Wenn die Dinge wie jetzt sich weiter entwickeln, kommen wir ja unwillkürlich dazu, unsere hygienischen Anstalten speziell bloß für Berlin zu reservieren, und das können wir nicht tun, ohne einen großen Teil der Bevölkerung, welcher zwar nicht in Berlin wohnt, aber den Wohlstand Berlins mit schaffen hilft, in manchen Richtungen der sozialen Fürsorge in schlimmer Weise zu vernachlässigen. Wir wünschen daher dringend, daß der Magistrat hier in beschleunigtem Tempo arbeitet. Den Antrag Wallach können wir nicht annehmen, weil er ein ganz natürliches Verlangen der Vororte abweicht.

Stadt. Dr. Preuß (Soz.-Fortf.) : Unangenehm wird ja der Vorgang nach allen Seiten berühren; aber den Vorwurf deswegen muß man nicht an die Adresse der armen Vororte, sondern an diejenigen richten, die die Gelegenheit zur Eingemeindung versäumen lassen, an die Regierung und an die Freunde ihrer ablehnenden Haltung seit 1895. Damals, vor zehn Jahren, habe ich im Eingemeindungsausschuß die Möglichkeit vorausgesetzt, daß man die reichen westlichen Vororte nicht mehr kriegen, die armen östlichen aber nehmen müsse. Ein Anfang dazu liegt hier vor. Der Ausweg, den Herr Wallach mit seinen Repräsentanten betritt, hat prinzipielle Bedenken; aber der Haltung der Regierung gegenüber wäre er vielleicht das beste Mittel, durch den Krieg aller gegen alle die bisherige Politik abzusichern zu führen. Es besteht doch zwischen Berlin und den Vororten auch eine Interessengemeinschaft; die sollte von Berlin dem Interessengegensatz vorgezogen werden, und auf diesem Wege siehe sich vielleicht ein freiwilliger Verband erreichen, der auf zahlreichen Gebieten zeitweilig eine befriedigende Ordnung schaffen würde.

Stadt. Cassel (A. L.) : Wir stimmen sämtlich dem Antrag Wallach zu. Die Behauptung, daß die städtischen Behörden den Eingemeindungsmoment verpaßt hätten, ist eine Legende, der immer wieder entgegengetreten werden muß. 1895 haben wir eine betrübliche Eingemeindung beschlossen; aber der Minister Herrfurth ging ab, und daran scheiterte die Sache. (Stadt. Singer : Und die ablehnende Haltung des Magistrats?) Weiter variiert Redner die Ausführungen Wallachs.

Stadt. Haberland (A. L.) steht in der Eingemeindungsfrage ganz auf dem Standpunkte von Singer und Preuß, stimmt aber gerade deswegen dem Antrag freudig zu und hofft von den Beratungen der gemischten Deputation einen kräftigen Schritt auf dem Wege zum richtigen Ausgleich der Interessen.

Stadt. Singer : Gegenüber den Ausführungen des Kollegen Cassel bekenne ich, daß ich nicht von der Versammlung, sondern von der Stellungnahme des Magistrats in der Eingemeindungsfrage gesprochen habe. Es ist tatsächlich sehr nützlich, Vorentscheidungen vorzubeugen, und gerade aus diesem Grunde verweise ich auf den Verwaltungsbericht des Magistrats von 1895/96, den damals der Oberbürgermeister Jelle ganz in kommunal-fiskalischem Sinne vertreten hat. In einem Schreiben an den Oberpräsidenten heißt es ausdrücklich, daß der Magistrat entgegen den Wünschen der Regierung u n d d e r B e r g a m m l u n g sich nicht für eine g r ö ß e r e Eingemeindung habe entschließen können. . . . Gegen eine Eingemeindung der vier nördlichen Vororte, wie sie die Versammlung wünschte, möchten wir ausdrücklich Widerspruch erheben. (Hört! Hört!) Der Magistrat wollte damals also zwar die Rosinen aus dem Kuchen, aber nicht das übrige Backwerk. Hiernach wird Herr Cassel wohl nicht mehr behaupten, daß das Scheitern an der Regierung und nicht am Magistrat gelegen hat. (Stadt. Cassel : Doch werde ich es sagen! Heiterkeit.) Es ist kein Ruhm für den Magistrat, die Eingemeindung in dieser Weise verhindert zu haben. Einen Antrag, der an der Seite die Erklärung trägt: „Krieg den Vororten!“ kann man nicht dadurch mündgerecht machen, daß man sagt, es könnten in der Deputation auch noch andere Dinge besprochen werden. Ist uns ein Unrecht getan worden mit der Aufhebung dieser Schul- und Armenlasten, die notwendig werden durch Leute, welche in Berlin arbeiten, aber in Weihenstephan wohnen? In diesem Punkte gehen die Auffassungen diametral auseinander. Berlin hat hier tatsächlich Verpflichtungen nicht bloß aus dem noblesse oblige heraus. Die Krankenhausbewirtschaftung ist nicht bloß eine Armenlast, sondern eine hygienische Einrichtung von eminenter Bedeutung. Würde auf dem Gebiete der Verkehrsfragen die gegenwärtige Mißere mit der Großen Straßenbahn-Gesellschaft denkbar sein, wenn die Stadt gemeinsam mit den Vororten operieren könnte? Es muß etwas geschehen, um wenigstens aus dem größten Übel herauszukommen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Richter : Die vom Herrn Singer vorlesene Stelle beweist nur, daß 1895 über den U m f a n g der Eingemeindung Differenzen bestanden. An diesen Differenzen hat es nicht gelegen, daß keine Eingemeindung zustande kam, sondern dieselbe Regierung, die zuerst die Eingemeindung wollte, hat sie später ruhen lassen und verhindert. Mit der Eingemeindung einzelner Gemeinden sind wir vor zwei bis drei Jahren vorgegangen; das war der richtige Weg. Die Gemeinden waren auch bereit, die Aufschlagsbehörde hat sie aber an der Fortsetzung der Verhandlungen verhindert. (Hört!) Wichtig ist, daß die Sache in dem Schoße der städtischen Verwaltung so lange hingezogen wurde, bis ein Ministerwechsel eintretet und die Gelegenheit verpaßt wurde (Lebhaftes Sehr richtig!) — aber aus der gründlichen Prüfung solcher weittragender Probleme wird niemand den städtischen Kollegien einen Vorwurf machen. Die Anregungen, von denen Herr Singer sprach, sind von der Versammlung nicht an uns gelangt, sondern mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Groß-Berlin aber ist bereits einfach eine Tatsache, und das Ende wird eine Eingemeindung in größerem Stile sein müssen. Der Minister des Innern hatte vor Jahresfrist eine Informationsreise nach England gemacht, von deren Ergebnissen bisher nichts bekanntete; inzwischen scheinen der jetzige Minister und der Oberpräsident sich ernstlich mit der Lösung der Frage zu beschäftigen. Bei Errichtung von Zweiverbänden würde Berlins Belastung noch ungleich größer werden.

Stadt. Rommelen (Fr. Fr.) bestreitet, daß etwas Wesentliches veräumt sei dadurch, daß man damals nicht sofort zugestimmt habe. Dem Antrag in seinem Wortlaute könnten seine Freunde nicht beitreten, sie würden aber im Sinne der Ausführungen des Stadt. Cassel für ihn stimmen.

Stadt. Cassel bleibt dabei, daß den damaligen Magistrat für seine Haltung kein Vorwurf treffe; die Durchführung der Eingemeindung hätte auch der Minister Herrfurth nicht erlebt, wenn er im Amte geblieben wäre.

Die Vorlage wird darauf mit dem Antrag Wallach angenommen.

In den Ausschüß für den Antrag wegen Bewilligung der 10 000 M. für S u d i a t e n hat der Vorstand auch die Stadt. Singer und Hine delegiert. Den Antrag selbst empfiehlt Stadt. Madler (A. L.) kurz zur Annahme, worauf der Ausschüß sofort zur Beratung zusammentritt. Die Versammlung erledigt inzwischen einige kleinere Vorlagen. Stadt. Cassel empfiehlt dann namens des Ausschüßes den Antrag, der darauf einstimmig angenommen wird.

Die Vorlage betr. Festsetzung einer Verkaufsliste für die Südseite der Wallenweberstraße und zur Aufnahme einer Uferstraße in der Verlängerung des Widinger- und Hansa-Ufers wird ohne Debatte angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Thyssen'sche Kartellierungsversuche. Herr August Thyssen, Besitzer und Mitinhaber einer langen Reihe von Bergwerken und Eisenwerken Rheinland-Westfalens, bemüht sich beständig seit Langem unter den Werken des Stahlverbandes eine Stahlvereinigung zustande zu

bringen. Neben diesem Versuch geht, wie die „Allg. Ztg.“ hört, das Bestreben her, in Köln, Düsseldorf und anderen Städten die Eisenhändler zu geschlossenen Vereinigungen unter Führung Thyssen'schen Einflusses zusammen zu bringen. Die von diesen Vereinigungen zu errichtenden Geschäftsstellen sollen Kauf und Verkauf von Stabeisen wie von anderem Eisen völlig selbständig in die Hand nehmen. In den einzelnen Städten sollen größere Eisenlager errichtet werden, von denen aus die verschiedenen Bezirke zu versorgen sind. Für Köln sind beispielsweise die mit Bahnanchluss zu versehenen Grundstücke des früheren Ehrenfelder Walzwerks für die Errichtung eines Eisenlagers in Aussicht genommen.

Der Zweck der Thyssen'schen Bemühungen ist natürlich, die Möglichkeit einer weiteren Erhöhung der Stabeisenpreise.

„Gemischte“ und „reine“ Eisenwerke. Die Ueberlegenheit der gemischten Werke in der Konstanindustrie drängt die reinen Hochöfen oder Walzwerke mehr und mehr zurück. Neuerdings haben sich wieder zwei reine Walzwerke in Westdeutschland mit einem Gußstahlwerk verschmolzen, das auch im Besitz von Gruben ist. Der Konzentrationstendenz zieht unaufhaltsam seine Bahn.

Die große Streitfrage ist, ob die missliche Lage der „reinen“ Werke lediglich eine Folge der wirtschaftlichen Ueberlegenheit der „gemischten“ Werke ist, oder ob sie teilweise auch durch die Preis- und Absatzpolitik der großen Koh- und Halbhoftartelle mitverschuldet wird. Tatsächlich ist letzteres der Fall, da durch die künstliche Hochhaltung der Koh- und Holzpreispreise sich die Preisdifferenz, die Spannung zwischen diesen und dem Fertigprodukt vermindert hat. Deutlich ergibt sich die Richtigkeit der Kartellpolitik an dem Niedergang der reinen Werke, wenn man in Betracht zieht, daß eine ganze Anzahl der gemischten Werke schon bestanden hat, als über die Lage der reinen Werke noch wenig oder gar nicht geklagt wurde. Der Racher Hütten-Altien-Verein besitzt z. B. eigene Erzgruben seit 1892; Hoersch-Dortmund fördert selbst Kohlen seit 1908, die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ (Thyssen) seit 1878; die Gutehoffnungshütte Oberhausen fördert Eisenerze seit 1810 und Kohlen seit 1857; der Söbder Verein war schon 1852 im Besitz von Erz- und 1859 von Kohlengruben; die Union-Dortmund verbraucht eigene Kohlen und Erz seit 1855/57; die Burbacher Hütte war schon 1858 im Besitz eigener Erzgruben; die Siummischen Werke schon im 18. Jahrhundert; die Bendel gehören ab 1797 Erzgruben und seit 1856 Kohlengruben; seit 1828 fördern die Dillinger Hütten selbst Erz; der Bochumer Verein erwarb 1888 Erz- und 1870 Kohlengruben; seit 1859 besitzt die Georg-Marienhütte in Osnaabrück eigene Erz- und Kohlengruben, die Königs- und Laurahütte sogar schon seit 1802. Die Firma Krupp bedt seit 1865/68 ihre Kohlen- und Erzbedarfe wesentlich selbst. Die Kattowitzer Hütten-Gesellschaft fördert seit Jahrhunderten aus eigenen Erzgruben und befaßt sich schon 1789 Kohlenzenden.

Die Klagen treten aber erst innerhalb des letzten Jahrzehnts an die Öffentlichkeit, in eben demselben Zeitraum, wo die Kartellierungs- und Syndikationsbestrebungen der gemischten Werke von Erfolg gekrönt wurden. Auch die Herstellung des billigen Bessmer- und Thomasstahls durch die großen Werke reicht zurück bis in die 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Selbstverständlich gibt ihre bedeutend größere Kapitalkraft den großen gemischten Werken die Möglichkeit, ihre Produktionsmittel rascher zu verbessern. 1870 belief sich die Durchschnittsproduktion eines Hochofens in Deutschland auf 6400 Tonnen. Durch Erbauung größerer Oefen und ihre rationellere Ausnutzung ist die Jahresproduktion eines Hochofens bis auf 41 000 Tonnen (1903) gesteigert worden. Aber auch diese Expansion vollzieht sich seit Jahrzehnten. Sie ist nicht sprunghaft eingetreten. Die Erörterungen über die preläre Lage der reinen Walzwerke beginnen aber erst nach dem erfolgten Zusammenschluß der großen Stahlbetriebe zwecks gemeinsamen Verkaufs ihres Hochofens und Halbwegs.

Zur Erläuterung der wirtschaftlichen Wirkung der Kartellpolitik ist diese Tatsache recht interessant. Sonst hat die Arbeiterklasse keinen Anlaß, das Verschwinden der reinen Werke zu beklagen, denn zweifellos sind die großen gemischten Betriebe leistungsfähiger, und außerdem bildet die gewaltige Konzentration, die sich in diesem Teil der Eisenindustrie vollzieht, die Voraussetzung der späteren Verstaatlichung dieser Industrie.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Wäschefabrik von Gebr. Vorchardt ist ein Konflikt ausgebrochen, der allem Anschein nach zu einem Streik führt. Die Angelegenheit wurde am Mittwoch in einer ungewöhnlich hart besuchten Versammlung der Wäscharbeiter und Arbeiterinnen behandelt. Die Rührerinnen der Firma Gebr. Vorchardt haben eine Reihe von Forderungen gestellt, die sich zum Teil auf die Verringerung hygienischer Mängel in den Arbeitsräumen beziehen. Außerdem wird verlangt: Geregelte Arbeitszeit, Fortfall der Strafgehd, Vergütung bei Betriebsstörungen, Einführung der gegläubten Lohnbücher, freie Lieferung von Garn und Nadeln. — Ueber die Forderungen hat sich die Firma bereits mit den Arbeiterinnen geeinigt, nur die Lieferung von Garn und Nadeln verweigert sie. Auf die Bewilligung dieser Forderung legen die Rührerinnen aber ein großes Gewicht, denn bei ihrem meist sehr geringen Lohn bedeutet die Bezahlung von Garn und Nadeln eine erhebliche Schmälerung des Verdienstes, während die Lieferung dieses Materials durch den Arbeitgeber die Herstellungskosten der Ware nur um einen kaum nennenswerten Prozentsatz erhöhen würde. Es wurden einige Fälle angeführt, wo Arbeiterinnen durchschnittlich 1 bis 2 M., ja sogar 2,50 M. wöchentlich für Garn und Nadeln ausgeben mußten. Dieser Uebelstand hat sich allgemein in den Wäschefabriken eingebürgert. Es soll deshalb ganz entschieden auf die Verringerung desselben hingearbeitet werden. Da wegen der genannten Forderung eine Einigung nicht herbeigeführt werden konnte, die Firma vielmehr bei der strikten Ablehnung beharrt, so haben die Rührerinnen — etwa die Hälfte der in der Fabrik beschäftigten — die Kündigung eingereicht. Zuzunehmen und Blätterinnen haben sich, obgleich sie selbst durch die Forderung betroffen werden, mit den Rührerinnen solidarisch erklärt, so daß 102 Arbeiter und Arbeiterinnen zurzeit in Kündigung stehen. Sie sind fest entschlossen, nach Ablauf der Kündigungsfrist — am 23. d. M. — die Arbeit niederzuliegen, falls die Firma bis dahin nicht nachgibt. Die geschäftliche Konjunktur ist so günstig, daß an einen Erfolg der Streikenden gar nicht zu denken ist. — Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sagt: „Die Versammlung protestiert gegen das allgemein eingebürgerte System der Bezahlung von Rohmaterial an die Fabrikanten. Sie erklärt sich in allen Fällen mit den Kolleginnen der Firma Gebr. Vorchardt solidarisch und erwartet, daß dort keine Rührerin Arbeit nimmt, ehe nicht die beklagten Forderungen bewilligt sind. Die Kolleginnen werden aufgefordert, überall dieselbe Forderung zu stellen.“

Aktion, Kohrleger und Hefler!

Die Differenzen bei der Firma Reubert, Friedrichstr. 23, sind beigelegt und sind die nachstehenden Vauten frei: Barbarossaplay 2/3 und Südende, Mittelstr. 10.

Aktion, Schlosser, Maschinenbauer und Kupferschmiede!

Bei der Firma F. Seifert u. Co., Köpenickerstr. 134a, welche Kohrleger und Hefler zu den Verbindungen der neu aufzustellenden Maschinen und sonstige Heizanlagen beschäftigt, haben die Kohrleger und Hefler wegen Nichtzahlung des Tarifs die Arbeit niedergelegt, erwarten daher, daß obige Kollegen sich nicht als Arbeitswillige erweisen werden.

Deutsches Reich.

Die Klemperer der Firma Graaf u. Co. in Neuruppin befinden sich im Streik. Die Firma, die erst kürzlich von Berlin nach Neuruppin übergesiedelt ist, fabriziert zur Hauptsache Feuerlöschapparate des Systems „Rinnmar“. In Berlin bekamen die Klemperer für jeden solchen Apparat 63 M. Akkordlohn. Mitte August hatte die Firma eine Teilarbeit eingeführt und dabei den Klemperern neue

Akkordpreise angeboten. Obwohl den Klemperern die Preise bei der veränderten Arbeitsmethode von vornherein zu niedrig erschienen, erklärten sie sich doch zu einer dreiwöchentlichen Probestarbeit bereit. Während dieser drei Wochen sahen sie ihre anfängliche Befürchtung, daß sie mit dem erzielten Verdienst nicht auskommen würden, nur zu sehr bestätigt. Sie konnten es nur auf 25 oder 26 M. Wochenlohn bringen, während ihnen 30 bis 35 M. versprochen waren. Sie wurden deshalb um eine entsprechende Lohnerhöhung vorstellig. In Abwesenheit des Chefs bewilligte auch der Direktor am Montag morgen die Forderung, zog jedoch die Bewilligung auf telegraphische Anweisung des Chefs am selben Abend wieder zurück. Daraufhin legten die Klemperer am Dienstag einmütig die Arbeit nieder. Zuzug ist fernzuzhalten. Bemerkenswert ist, daß die Firma bei 100 Arbeitern nicht weniger wie rund 850 Angestellte und Reisende beschäftigt.

In der Liegnitzer Gussfabrik (W. m. b. H.) vormals Klein u. Ko. befinden sich die organisierten Arbeiter im Streik. Die Ursache ist eine Lohnereduktion bis zu 50 Proz.

Der Kampf im Kölner Tischlergewerbe. Die Zahl der Ausständigen beläuft sich noch auf 600. Ein erheblicher Teil der Unverarbeiteten ist abgereist. Etwa 300 arbeiten bei 45 Unternehmern zu den neuen Bedingungen. Die Führer des „Christlichen“ Streikbrecherverbandes reisen im Rheinlande umher und lägen in Versammlungen das Blaue vom Himmel herunter, um den Zuzug von Streikbrechern nach Köln zu fördern. In einer Versammlung des Unternehmerverbandes wurde verhandelt, der Ausständigen werde zuzugestimmt, da der christliche Verband 600 Arbeitswillige nach Köln besorgen werde. Es ist dem Streikbrecherbunde aber nur gelungen, insgesamt 300 Menschen, meist junge Leute, zu finden, die sich zum feigen Berrat an ihren Arbeitsbrüdern hergeben. Eine Anzahl christlicher Mitglieder haben sich in Köln eines besseren belehren lassen und sind wieder abgereist. Eine erhebliche Menge christlicher Holzarbeiter sind in den Deutschen Holzarbeiterverband übergetreten. Von seiner Vertäterschmach wird sich das christliche Holzarbeiterverbände nicht mehr erholen. Die Unternehmer haben in ihren sämtlichen Versammlungen jede Verhandlung mit dem Holzarbeiterverbände abgelehnt; auch die Vermittlung des Gewerbegerichts vorstehenden haben sie zurückgewiesen. Vielleicht bestimmen sie sich jetzt, wo die christlichen Streikbrecher sowohl nach Zahl als insbesondere auch nach Qualität versagen, eines anderen. — Zuzug nach Köln, Kall und Mülheim a. Rh. ist streng fernzuzhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die sächsischen Landtags-Wahlen.

Privatdepeschen des „Vorwärts“.

Dresden, 14. September. In Dresden-Neustadt stiegten in allen elf Bezirken die sozialdemokratischen Wahlmänner.

Mittweida, 14. September. Im zehnten Wahlkreise Mittweida wurden familiäre sozialdemokratische Wahlmänner mit großer Mehrheit gewählt. In Gaißichen und Frankenberg wurden sechs sozialdemokratische und zwei nationalliberale Wahlmänner gewählt.

Das Kabinett Fejervard soll unter Anklage gestellt werden.

Budapest, 14. September. (W. T. B.) Heute wurde die Anklageschrift gegen die Mitglieder des Kabinetts Fejervard veröffentlicht, die morgen dem Abgeordnetenhaus unterbreitet werden soll. Die Anklage wird damit begründet, daß die Regierung ohne Bewilligung des Reichstages öffentliche Gelder verwandt, daß sie Handelsvertragsverhandlungen mit Bulgarien und der Schweiz geführt, daß sie ferner den Rechtskreis der autonomen Behörden vergrößert habe, indem sie deren Beschlüsse auf Nichtannahme freiwilliger Steuern lassierte. Die Anklage legt namentlich dem Ministerpräsidenten zur Last, daß er ein königliches Handschreiben gegenzeichnet habe, in welchem der König erklärt, er könne nicht mit Verurteilung ein Ministerium aus den Reihen der Majorität ernennen, da diese ein Programm vorgelegt habe, welches er nicht billigen könne. Die Anklageschrift erklärt, daß diese Handlungsweise verfassungswidrig sei, da der König nur das Recht der Sanction über der Verwerfung von Gesetzentwürfen habe; die Bildung eines Ministeriums, welches bei den Wahlen die Mehrheit erlangt habe, könne jedoch aus dem im Handschreiben angeführten Grunde rechtmäßig nicht verhindert werden. Baron Fejervard habe sich durch Gegenzeichnung dieses königlichen Handschreibens einer Verletzung der Verfassung und einer Erschütterung ihrer Garantien schuldig gemacht.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 14. September. (W. T. B.) Verschiedenen Bahnen ist gestattet worden, von der Feuerung mit Raphtha zur Feuerung mit Kohle überzugehen und ihren Kohlenbedarf über die baltischen Häfen aus England zu beziehen. Die Rissan-Ural-Bahn wird ihren Kohlenbedarf aus Schlesien beziehen. — Wie hiesigen Raphthafirmen aus Rischan-Kowgorod mitgeteilt wird, haben diese Fabriken und Mühlen wegen des Raphthamangels den Betrieb eingestellt; man befürchtet, daß die Raphthaverlagerungen in Brand gesteckt werden. — „Kascha Schin“ erzählt, es sei beschlossen worden, in Waka etwa 18 000 Mann Militär zusammenzuziehen, teilweise aus dem europäischen Rußland.

Oessingfors, 14. September. (W. T. B.) Gestern nachmittag um 5 Uhr fand hier in Feuerwehrgedäude eine Versammlung von 1000 Mitgliedern der konstitutionellen Partei des ganzen Landes statt. Um 8 Uhr traf ein Befehl des Generalgouverneurs ein, die Versammlung aufzulösen, anderenfalls Gewalt angewendet werden würde. Zugleich marschierte eine halbe Kompanie Militär in den Saal. Hierauf löste sich die Versammlung auf. Auf der Straße hatte gleichfalls eine Kompanie Auffstellung genommen.

Petersburg, 14. September. (W. T. B.) Ausständige Arbeiter versuchten in Waku, einen Straßenbahnwagen in die Luft zu sprengen, indem sie eine Bombe auf die Schienen legten, die jedoch noch rechtzeitig entdeckt wurde.

Baku, 13. September. Die englischen Raphtha-Gesellschaften sahen sich infolge der Drohungen der Revolutionäre gezwungen, den Betrieb wieder einzustellen. In einer Proklamation der Revolutionäre wird allen Petroleumquellenbesitzern, Direktoren und Betriebsleitern, welche weiter arbeiten lassen, der Tod angedroht. („Times“.)

Jalobhad (Hinnland), 14. September. (W. T. B.) Bei dem am vorigen Freitag in der Nähe gesunkenen Dampfer sind jetzt englische Schiffspapiere gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß das Schiff tatsächlich „John Crawford“ heißt und in London beheimatet ist. In dem Schiffe befinden sich noch Gewehre.

Wien, 14. September. (W. T. B.) Der Reichsrat ist zum 26. September einberufen.

Budapest, 14. September. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus wird, wie die Zeitungen melden, morgen bis zum 10. Oktober vertagt werden.

Paris, 14. September. (W. T. B.) Nach einem Bericht des Gouverneurs von Französisch-Guinea wird gegen den Verwaltungsbeamten Hubert, der in der Landschaft Foula-Djallon mehrere Eingeborenen ohne Urteil hingerichtet ließ, die gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden.

Die Cholera.

Breslau, 14. September. (W. T. B.) Ein cholerafrank gewesener, aus Fürstenberg auf der Oder in Breslau angekommener Schiffer ist zu weiterer Beobachtung im Hausischen Krankenhaus untergebracht worden. Anlässlich wird erklärt, daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen sind, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern und daß keinerlei Grund für Befürchtungen vorliegt.

Noch einmal die unmögliche Diskussion.

Von R. Kautsky.

1. Kleineres.

Der „Vorwärts“ hat eine Artikelserie gegen mich begonnen, deren Ende ich nicht abwarten kann, soll meine Entgegnung noch vor dem Parteitag in der „Neuen Zeit“ erscheinen. Ich antworte daher hier auf die ersten drei Artikel der Serie: „Debatten über Wenn und Aber“.

Leider muß ich wieder etwas ausführlicher werden, aber es handelt sich dabei auch um eine nicht geringe Sache: um die Frage, ob unser Zentralorgan den Aufgaben gewachsen sei, die ihm aus seiner Stellung zukommen.

In dem Artikel über den Massenstreik hatte ich als Beweise dafür, daß die heutige Redaktion unfähig ist, bei der Diskussion der inneren Parteifragen vertiefend und klärend voranzugehen, folgende Behauptungen aufgestellt und Fragen aufgeworfen:

1. Der „Vorwärts“ hat erst sehr verspätet in die Diskussion der Partei über den Massenstreik eingegriffen.

2. Er hat sich dabei in Widersprüche verwickelt.

3. Er hat den alten Unfug der Staatsanwälte wiederholt, wissenschaftliche Untersuchungen über die Revolution als „Drohen mit der Revolution“ zu denunzieren.

4. Er hat erklärt, wenn uns die Beschäftigten versperrt sei, werde die Stilllegung der Produktion Pflicht aller Staatsbürger, und in diesem Falle sei jedes Mittel des Kampfes gerechtfertigt.

5. Er hat die Schrift der Genossin Roland-Holtz gründlich mißverstanden.

Darauf entgegnet der „Vorwärts“ folgendes:

1. Er beantwortet einen Vorwurf, den ich nicht erhoben, indem er erklärt, er sei das erste Parteiorgan gewesen, das die Schrift der Genossin Roland-Holtz kritisch beleuchtete. Das habe ich nie geleugnet. Aber schon vor dem Erscheinen dieser Schrift war der Massenstreik in unserer Partei lebhaft diskutiert worden, namentlich im Anschluß an den Kölner Gewerkschaftskongreß. Will der „Vorwärts“ leugnen, daß er dabei den anderen Parteiorganen nachzusehnt ist?

2. Als einen seiner Widersprüche hatte ich die Tatsache hingestellt, daß der „Vorwärts“ am 8. Juni die Diskussion des Massenstreiks für eine Aufgabe erklärte, die nur die politische Partei angehe, am 25. Juni für eine Aufgabe, die, wenn sie überhaupt für uns von Interesse sei, nicht bloß der Partei, sondern auch den Gewerkschaften zufalle. Darauf antwortet der „Vorwärts“ einmal, daß sei kein Widerspruch, sondern nur eine „Nuance“, dann aber, seine Redakteure seien eben „selbständige Köpfe“, die nicht auf Kommando denken und umlernen.) Damit wird aber die Tatsache, daß Widersprüche in der Haltung des „Vorwärts“ vorkommen, nicht widerlegt, sondern nur erklärt. Diese Erklärung beweist aber bloß, daß entweder die selbständigen Köpfe in der Redaktion so uneinig sind, daß sie nicht vermögen, sich über eine Frage zu einigen wie die, welchen Organisationen die Diskussion des Massenstreiks zufalle, oder daß diese Frage ihnen zu unwichtig erscheine, eine Einigung darüber zu versuchen.

Nachdem der „Vorwärts“ aber das Lob seiner „selbständigen Köpfe“ gefungen, entrüstet er sich sehr über mich, daß ich mich mit „den internen Redaktionsverhältnissen“ des „Vorwärts“ beschäftige, was „ein ziviler Parteizank“ sei, wobei ich meine Urteile nicht „nach sachlichen Leistungen“, sondern „vermuleten Personen“ einrichte. Man sieht, die „selbständigen Köpfe“ im „Vorwärts“ sind sehr empfindlich. Ich habe in Wirklichkeit von den „internen Redaktionsverhältnissen“ des „Vorwärts“ nicht das mindeste enthüllt und keine einzige Person angegriffen. Meine Ausführungen über den „Vorwärts“ bezogen einzig auf seinen eigenen Artikel, die er selbst vor aller Welt veröffentlicht hat, die er also nicht zu den „internen Redaktionsverhältnissen“ rechnen wird, und ich weiß bis heute nicht, wer die Verfasser der einzelnen Artikel sind. Daß der eine von ihnen aus Verneinung Feder, des früheren Mitredakteurs der „Neuen Zeit“, stammt, mag Joe für ein glänzendes Argument gegen mich halten. Ernsthafte Leute werden darüber nur lächeln. Was ich tat, war nicht, Redaktionsinterna, die der Welt unbekannt waren, auszukramen und zu „enthüllen“, sondern zu versuchen, alle bekanntesten Tatsachen sachlich zu erklären. Es blieb dem „Vorwärts“ vorbehalten, daraus den Vorwurf der „ethischen und ästhetischen Verhüllung“ gegen eine bestimmte Person herauszulesen.)

3. Der „Vorwärts“ hatte sich nicht geschaut, dies zifrige Diskutieren des Massenstreiks als ein „Drohen mit der Revolution“ zu bezeichnen. Auf die Frage, wo bei dieser Diskussion eine derartige Drohung vorgekommen, antwortet er gar nicht, wiederholt aber, er halte das „verantwortungslose Drohen mit der Revolution, das billige Schwagen über sie für widerwärtig“. Er wiederholt also seine Verächtlichung, als ob die Genossin Roland-Holtz oder ich oder sonst jemand bei der Erörterung des Massenstreiks mit der Revolution gedroht oder billig darüber geschwätzt hätte. Ich fordere den „Vorwärts“ nochmals auf, klipp und klar meine Frage zu beantworten: Wer hat mit der Revolution gedroht?

Solange er diese Frage nicht beantwortet, bleibt der Vorwurf auf dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie sitzen, daß es sich in seiner Diskussion innerer Parteifragen alter Polizeizniffe bedient.)

4) Wir leugnen allerdings auch, daß über den Massenstreik lebhaft diskutiert worden sei und vermessen noch immer die von uns geforderten Beweise Kautskys.

5) Kautsky zitiert wieder ökonomisch, indem er die entscheidende Wendung unserer Ausführungen vergißt: daß es unmöglich sei, über „eine eben erst auftauchende Parteifrage“ in jedem Punkte und in allen Einzelheiten einer Meinung zu sein. Das ist allerdings immer noch unsere Auffassung.

6) Für Kautsky ist es also keine „interne“ Redaktionsangelegenheit, wenn er erzählt, daß es in der Redaktion schlimme ethisch-ästhetische und drabe ökonomisch-historische Redakteure gibt und dann zum Beweise für die erste Richtung bestimmte Artikel ansühlet. Er hat doch nicht die von ihm erwähnten Artikel um ihrer selbst willen kritisiert, sondern weil er voraussetzte, daß sie von den ethisch-ästhetischen kamen. Oder hätte er sie auch angeführt, wenn er vermutet hätte, daß seine Beweisstücke von den historisch-ökonomischen stammen? Es ist allerdings ein sehr lustiger Reinfußfall K's, daß er als glänzendes Beweisstück für seine neue Erfindung einen Artikel herausgriff, der von einem der ältesten, mit der Partei aufgewachsenen „Ökonomen“ stammt. Der matte Spatz hilft nicht über dieses unangenehme Mißgeschick hinweg. Da beiläufig kein einziger seiner Beweise vor der Kritik standhielt, wird K. uns nun den Gegenprozeß machen müssen, daß wir unsere Unschuld nachzuweisen hätten, weil er nun einmal nicht in der Lage ist, unsere Schuld zu erheben!

7) Daß wir uns „Polizeizniffe“ bedienen, gehört wohl auch zu den Protesten gegen ethisch-ästhetische Bestimmung. Wir haben allerdings bisher nicht gewußt, daß Kautskische „Wissenschaft“ sich dadurch von anderer Wissenschaft unterscheidet, daß sie nicht angewandt wird. Wozu sollen wir eigentlich den revolutionären Generalstreik studieren und diskutieren, als um die bürgerliche Gesellschaft darauf aufmerksam zu machen, daß wir entschlossen seien, uns nicht gutwilling erwidern zu lassen. Dieses „Drohen“ mit der Revolution, das doch nur der Sinn einer nicht bloß für die Studierlampe bestimmten Wissenschaft ist, muß an sich auch unser gutes Recht sein. Juristisch ist das „Drohen“ erlaubt, und Staatsanwälte haben schließlich niemals das bloße „Drohen“ als kriminel behandelt, sondern nur verurteilt, unmittelbare Unterlegen zu einer revolutionären Unternehmung zu erfinden. Tatsächlich haben wir in Tausenden von Versammlungen, haben unsere Redner

4. Auch auf die Fragen, was sich der „Vorwärts“ unter der Arbeitseinstellung „aller Staatsbürger“ denkt, und welches alle Mittel sind, die uns in äußersten Fällen neben dem Massenstreik zu Gebote stehen, antwortet er mit keinem Worte, wenn er auch viele Worte darüber macht. Oder ist das eine Antwort, wenn er erklärt: „Jedes Mittel ist dann anwendbar, sofern es tauglich ist, und nicht bloß der Generalstreik? Aber die Frage ist ja eben die, ob es noch andere taugliche Mittel gibt!“

Man sieht, auf alle meine Fragen weicht der „Vorwärts“ keine Antwort, und er sucht bloß über sie hinwegzureden.

Aber das alles waren nur Kleinigkeiten. Nun jedoch werden wir den Dingen auf den Grund kommen, wenn wir das eigentliche „große Mißverständnis“ behandeln, Nummer 5.

2. Endkampf und Klassenkampf.

Ich hatte dem „Vorwärts“ vorgeworfen, er habe das Buch der Genossin Roland-Holtz gründlich mißverstanden, indem er seinen Inhalt in folgender Weise darstellte:

„Der politische Streik wird (in dem Buche) aus einem unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akte der proletarischen Notwehr zur Methode des Klassenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges.“

Ich hatte ein Zitat vorgebracht, das das Gegenteil besagte; die Genossin Roland-Holtz selbst bestritt, daß die vom „Vorwärts“ wiedergegebene Anschauung die ihrige sei. Was weicht dieser zu erwidern?

„Unsere Kritik“, sagt er, „wie auf die Zweipoligkeit der Schrift der Genossin Roland-Holtz hin: Einmal der Massenstreik als auch ein Mittel zur Erzielung bedeutender politischer Veränderungen, und zweitens der Generalstreik als das einzige Kampfmittel in jenem politischen Endkonflikt, in dem sich die alle politischen Rechte raubende Bourgeoisie mit dem um die Eroberung der politischen Macht ringenden Proletariat mißt.“

Wo ist da die Methode des Klassenkampfes hingekommen? Kann ein einzelner Konflikt, sei es ein Endkonflikt oder ein anderer, jemals identifiziert werden mit dem Klassenkampf? Das scheint allen Ernstes die Meinung des „Vorwärts“ zu sein. Denn weiter unten führt er aus:

„Der realistische, revolutionäre Generalstreik, der in bestimmter Situation möglich ist, verflüchtigt sich bei der Genossin Roland-Holtz in den, wenn nicht utopischen, so doch spekulativen Generalstreik, des großen Zusammenbruchs, der Entscheidungsschlacht, der dann ebenso notwendig angewandt werden muß, wie der Endkonflikt selbst unvermeidlich ist. Damit aber wurde ein Mittel des Klassenkampfes zu dem Mittel des Klassenkampfes — das ist der lassende Widerspruch des Wertes.“

Wer das nicht begreift, dem ist nicht zu helfen. Da wir nicht erwarten dürfen, daß alle unsere Leser das Buch der Genossin Roland-Holtz kennen, wollen wir versuchen, ihnen seinen Gedankengang in einfachen Sätzen klarzulegen und zu zeigen, was hinter dem „realistisch-revolutionären“ und dem „wenn nicht utopischen, so doch spekulativen“ Generalstreik eigentlich steht.

Genossin Roland-Holtz untersucht in ihrem Buche zuerst die verschiedenen Arten von Streiks und dann Ziel und Formen e sowie Voraussetzungen des politischen Massenstreiks. Sie zeigt, daß diese Art Streik allerdings möglich ist, jedoch nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen. Ist er aber auch nötig? Das ist die Frage, die sie nun untersucht. Aus der fortschreitenden Verschärfung der Klassengegensätze schließt sie, daß in dem Maße, in dem das Proletariat an Kraft zunimmt und die demokratischen Rechte immer mehr zu Angriffswaffen gegen das Kapital zuspitzt, daß in demselben Maße in den herrschenden Klassen die Gerechtigkeit wächst, dem Proletariat diese demokratischen Rechte zu nehmen, und daß, wenn es so weit kommt, dem Proletariat als einziges letztes Mittel, diese Rechte zu verteidigen oder, wo sie verloren gegangen, wieder zu erobern, der politische Massenstreik bleibt.

Dies der Inhalt des Buches der Genossin Roland-Holtz. Man sollte meinen, es sei unmöglich, ihn mißzuverstehen, so einfach und klar ist er. Und ebenso sollte man annehmen, daß der Weg klar ist, auf dem allein man ihre Schlussfolgerungen widerlegen könnte. Wer das wollte, müßte nachweisen, entweder daß die Verschärfung der Klassengegensätze nicht eintritt oder daß dem Proletariat außer den demokratischen Rechten und dem Massenstreik noch andere Mittel des politischen Kampfes zu Gebote stehen.

Aber freilich, es dürfte etwas schwer fallen, diese Nachweise zu führen. Der „Vorwärts“ schlägt einen anderen Weg ein. Zunächst wird der Gedankengang des Buches etwas ins Lächerliche verzerrt. Er läßt die Genossin Roland-Holtz den Massenstreik als Waffe im „Endkonflikt“ mit der Bourgeoisie hinstellen und spricht von „ihrem revolutionären, universalen Endstreik“. Das richtig allerdings nach lächerlichem Utopismus: wer vermöchte auch über die Endkonflikte im proletarischen Klassenkampf etwas zu sagen? Aber ich kann mich nicht entsinnen, diese Worte im Roland-Holtz'schen Buche gesehen zu haben, konnte sie auch trotz eifrigsten Suchens nicht finden; sie widersprechen aber ganz dem Gedankengange der Verfasserin, die ausdrücklich den Massenstreik als eine Waffe bezeichnet, „die die Arbeiterschaft ihrem Ziele — der Eroberung der politischen Macht als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft — näher bringen kann.“ (S. 161.)

Das ist etwas ganz anderes als die Waffe im „Endkonflikt“, als der „universale Endstreik“.

Aber das ist nur Nebensache, die Hauptsache der „lassende Widerspruch“, den zu begreifen wir unmöglich war und auch heute noch unmöglich ist. Dieser Widerspruch wird auf folgende kunstvolle Art konstruiert: Das Buch untersucht zuerst die Möglichkeit, dann die Notwendigkeit des Massenstreiks. Diese Betrachtung derselben Art Streiks von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus verwandelt der „Vorwärts“ im Handumdrehen in zwei verschiedene Arten Streiks, denen er gleich höchst geläufige Namen beilegt: hier den „realistischen, revolutionären Generalstreik“, der in bestimmten Situationen möglich, und dort den „wenn nicht utopischen, so doch spekulativen Generalstreik“, der „eben notwendig ist wie der „Endkonflikt“. Daß das Buch diese beiden Arten Streiks einander gleichsetzt, darin soll der große, lassende Widerspruch liegen, der Grundfehler des ganzen Buches.

im Reichstag immer insofern mit der Revolution „gedroht“, daß wir allerdings den legalen Boden verlassen würden, wenn russische Justiz bei uns einträte. Das haben wir niemals „wissenschaftlich“ gemeint, sondern als sehr konkrete Möglichkeit — ohne daß irgend eine staatsanwaltschaftliche Phantasie sich erhitze. Das Recht zu drohen haben wir also und es ist gut, auch das gelegentlich auszusprechen. Eine politische „Wissenschaft“ aber, hinter der nicht die politische „Tat“ steht, ist in Wirklichkeit leeres Geschwätz. Und in diesem Sinne gerade, weil wir gar nichts „Staatsanwaltschaftliches“ hinter diesen wissenschaftlich-revolutionären Drohungen sehen, weil die Frage des Generalstreiks, wie sie von Kautsky erörtert wird, aus einem ersten aktuellen Problem zu einer vagen spekulativen Möglichkeit wird, haben wir aus revolutionärer Bestimmung heraus das unernte Schwagen darüber als unnötig provozierend abgelehnt. Auch das ist älteste Parteitradition. Wer die Parteitage-Protokolle studiert, der findet überall derlei „ethisch-ästhetische“ Stellen; man lese das überhaupt gerade heute sehr lebendig gewordene Erfurter Protokoll. — Die Kautskische Unterstellung, daß wir die Revolution verhöhnt hätten, weshalb ihm die Schamröte ins Gesicht geschlagen, ist in seiner Antwort völlig verschwunden. Schon das Schweigen ist ein annehmbares Geständnis des Unrechtes.

7) Würden wir ökonomisch wie Kautsky reden, so würden wir von „Polizeifragen“ K's reden. Unsere Antwort war, denken wir, deutlich genug. Redet man mit uns russisch, so antworten wir russisch. Und in Rußland ist der Generalstreik, wie man weiß, nur ein Mittel, vielleicht sogar nicht einmal das wirksamste.

die Ursache „der heillosen Verwirrung, die es hier und dort angerichtet hat“, wie der „Vorwärts“ sagt.

Ich bin der letzte, diese „heillosen Verwirrung“ zu bestreiten. Und ebensowenig will ich bestreiten, daß hier in der Tat ein „lassender Widerspruch“ vorhanden ist, wenn auch nicht im Buche, so doch in dem „selbständigen Kopfe“ seines Kritikers.

Der Widerspruch liegt darin, daß der Nachweis der Möglichkeit des Massenstreiks den „Vorwärts“ gar nicht geniert, daß ihn dagegen der Nachweis höchlichst empört, wie die Klassengegensätze sich immer mehr zuspitzen und die herrschenden Klassen infolge dessen dem Proletariat seine Rechte immer mehr verkümmern, so daß dieses nach neuen Kampfmitteln ausschauen muß, von denen nur eines Erfolg verspricht, der Massenstreik.

Dieser Nachweis der Notwendigkeit des Massenstreiks erbittert ihn; aber was kann er dagegen sagen? Widerlegen kann er ihn nicht. So muß er versuchen, die Methode dieses Nachweises zu verächtigen. Die theoretische Untersuchung der kommenden Entwicklung wird zuerst als „Drohung mit der Revolution“ gebremst, dann als „Träumerei und Spielerei“, dann als Gerede von „Wenn und Aber“, als „mythische Realthe-matik“, als „Verkoppelung der Idee des Generalstreiks mit der Zusammenbruchstheorie“ verhöhnt, bis schließlich der „selbständige Kopf“ sich in den samosen Satz verrennt: „Die spekulative, wie immer aus dem Boden der wissenschaftlichen Erkenntnis über Entwicklungen der Dinge erwachsene Tatsache stellt sich lauter Un-denkbareiten vor.“

Weiter kann man den „philosophischen“ Galimatias nicht mehr treiben.)

In Wirklichkeit ist gerade das, was dem „Vorwärts“ als „Träumerei und Spielerei“ und „mythische Realthe-matik“ erscheint, dasjenige, was dem Massenstreik heute seine Bedeutung gibt. Die Möglichkeit des politischen Massenstreiks in bestimmten Fällen ist seit einem Dutzend Jahren, seit dem belgischen Beispiel erwiesen. Allgemeine Bedeutung hat aber seine Theorie und Praxis erst in den letzten Jahren erlangt, seitdem die Anzeichen sich häuften, daß die Klassengegensätze sich zuspitzen und die Aussichten auf eine friedliche Entwicklung sich immer mehr verbüßern.

Eine Diskussion des Massenstreiks wäre heute ganz unzulänglich, sie würde aller sicheren Grundlage entbehren, baute sie sich nicht auf den Nachweis der Zuspitzung der Klassengegensätze und deren Konsequenzen auf. Von diesem logischen und notwendigen Zusammenhang hat freilich der „Vorwärts“ keine Ahnung, der es fertig bringt, ihn als eine äußerliche und überflüssige „Verkoppelung“ zweier Ideen, die gar nicht zusammengehören, hinzustellen. Es ist charakteristisch für ihn, daß er dabei die Theorie der Verschärfung der Klassengegensätze nach revisionistischer Ansicht als „Zusammenbruchstheorie“ bezeichnet. Die Revisionisten haben nämlich diese Theorie in einer lächerlichen Form dargestellt, die sie Zusammenbruchstheorie taufen und uns in die Schuße schoben.

Schlimm genug, wenn unser Zentralorgan für Untersuchungen über den Zusammenhang von Massenstreik und Verschärfung der Klassengegensätze nichts übrig hat, als Widerwille und Verständnislosigkeit. Die Methode, die es dabei so arg verhöhnt, ist keine andere als die im „kommunistischen Manifest“ begründete. Wer die Schrift der Genossin Roland-Holtz so auffaßt wie der „Vorwärts“, kann das „kommunistische Manifest“ und seine Methode nie begriffen haben.

Das erhellt aber auch deutlich aus der Art und Weise, wie der „Vorwärts“ schließlich beweist, daß für die Genossin Roland-Holtz trotz ihres Protestes dagegen der Massenstreik „die Methode des Klassenkampfes“ ist. Er schreibt:

„Gerade in diesem revolutionären, universalen Endstreik gipfelt die Tendenz des Buches. Und das ist auch ganz konsequent. Kommt es notwendig und überall zu gewaltsamen Entscheidungskämpfen, so ist eben der politische Streik das Mittel, die Form des Klassenkampfes, und alles andere, wie zum Beispiel der Parlamentarismus, verflüchtigt sich zu einer Bedeutungslosigkeit — er verschwindet, sobald er ernsthaft wird —, daß man tatsächlich dann zu der anarchischen Konsequenz gedrängt werden kann, ob es überhaupt lohne, diesen mühsamen und nutzlosen Umweg zu machen, ob sich der Weg nicht abkürzen lasse durch die direkte Aktion.“

So zu lesen im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Aber freilich, daran ist nicht zu zweifeln. Aus den Voraussetzungen der Genossin Roland-Holtz, daß die Klassengegensätze sich verschärfen, daß die demokratischen Rechte immer gefährdeter sind, immer drohender die Notwendigkeit des Massenstreiks auftaucht — aus diesen Voraussetzungen kann man sich gedrängt fühlen, anarchische Konsequenzen zu ziehen, aber nur dann, wenn man keine Ahnung von ökonomisch-materialistischem oder, wenn man lieber will, marxistischem Denken hat.

Für uns Marxisten ist der Massenstreik wie jene andere Form des Kampfes an bestimmte historische Voraussetzungen geknüpft, die in letzter Linie in den ökonomischen Verhältnissen wurzeln. Ohne diese Voraussetzungen ist seine erfolgreiche Anwendung unmöglich, und Suche der wissenschaftlichen Forschung und der Parteidiskussion ist es eben, herauszufinden, wann diese Voraussetzungen gegeben und zu erwarten sind. Wer auf diesem Standpunkt steht, kann sich unmöglich „zu der Konsequenz gedrängt fühlen“, den Weg der notwendigen Entwicklung dieser Voraussetzungen nach eigenem Belieben abzukürzen, der kann auch unmöglich den Weg dieser Entwicklung für einen „mühsamen und nutzlosen Umweg“ halten, der weiß ganz gut, daß gerade die eifrigste Ausnutzung der jetzigen politischen Rechte durch das Proletariat einer der wichtigsten unter jenen Faktoren ist, die erst die Voraussetzungen des Massenstreiks schaffen.

Man muß völlig bar sein jeder Denkweise, die im „kommunistischen Manifest“ begründet ist, wenn man behauptet, die Voraussetzungen der Genossin Roland-Holtz könnten zu anarchischen Konsequenzen drängen oder, wie der „Vorwärts“ früher sagte, die „Schrift nähert sich auf halbem Wege der anarchischen Auffassung des Generalstreiks“.

8) Wenn Kautsky so freundlich gewesen wäre, die dem angeführten Satz vorhergehenden und nachfolgenden Sätze mitzuteilen, wäre er über den Galimatias nicht gestolpert; denn er hätte sofort den Sinn dieses ganz augenscheinlich durch einen Druckfehler korrumpierten Satzes ergründen können. Es muß richtig heißen: „Die spekulative, wie immer aus dem Boden der wissenschaftlichen Erkenntnis über Entwicklungen der Dinge erwachsene Tatsache (nämlich des Kautskischen Endstreiks) stellt sich lauter Un-denkbareiten vor.“ Dieser formell allerdings etwas kontrahierte Satz bedeutet, mehr auseinandergefaltet: Wer aus der wissenschaftlichen Erkenntnis über die Tendenzen der Entwicklungen spekulativ zugleich auch das taktische Mittel des Kautskischen Generalstreiks als notwendig folgert und annimmt, der erkennt, bei dem Durchdenken dieses Mittels, die weiterhin ausgeführten „Un-denkbareiten“. Im Zusammenhang ist, wie gesagt, der Gedanke ganz klar. Welche Ökonomie im Kampfe mit uns! Selbst ein für jeden erkennbarer Druckfehler ist für Kautsky eine triumphierende Waffe. Im übrigen können wir die Leser nur bitten, unsere Ausführungen im Zusammenhang zu lesen — sie mögen dann entscheiden, bei wem die Klarheit der Problemstellung ist: Ob bei uns, die wir eine fruchtbare Diskussion des Generalstreiks nur unter dem Gesichtspunkt für denkbar halten, daß wir die Möglichkeit des Mittels für unsere drängende aktuelle politische Situation erwägen, oder ob bei Kautsky, der die berechnete dumme Notwendigkeit aus der Zuspitzungstheorie ableitet. Und scheinen die Verhältnisse schon heute gerade genug zugespitzt, und wir brauchen wahrhaftig nicht in weite Fernen zu schweifen, um die beabsichtigte Möglichkeit gegen eine spekulative Notwendigkeit einzuhandeln.

Indem der „Vorwärts“ diese Konsequenz zieht und immer wieder hervorhebt, beweist er damit nur, wie nahe ihm jene Denkweise liegt, die diese „anarchistischen“ Konsequenzen und Auffassungen erzeugt. Und in der Tat, wenn man näher zuseht, so wird man finden, daß die ethisch-ästhetische Denkweise der „selbständigen Köpfe“ des „Vorwärts“, die sich von „Marx'schem Dogmatismus“ frei zu halten gewünscht, verteilte Ähnlichkeit hat mit der Anschauung Friedeberg's von dem psychischen Antrieb, den psychischen Einwirkungen, die Friedeberg als selbständige Macht neben die ökonomische Entwicklung setzt.

Daraus erhellt aber auch die Aktualität unserer Diskussion und ihre sachliche Bedeutung. Wenn es Friedeberg gelingt, in der Berliner Arbeiterschaft einen so starken Resonanzboden zu finden, so wird es eine sehr praktische Frage, ob der „Vorwärts“ in seiner jetzigen Gestalt das richtige Mittel ist, ihm entgegenzuwirken.

Nicht etwa, daß ich nun meinerseits den „Vorwärts“ beschuldigen wollte, er huldige „anarchistischen Tendenzen“ und ziehe „anarchistische Konsequenzen“. Nicht im entferntesten. Aber wenn wir Friedeberg's Erfolge verstehen wollen, müssen wir zweierlei unterscheiden: einmal ein revolutionäres Temperament, das einem tiefgehenden revolutionären Drange der Arbeitermassen entspricht, der aus den Verhältnissen entspringt, daher unausrottbar ist, sich immer mehr verästelt und dann seine theoretische Konfusion, die die Notwendigkeit der Zusammenhänge zwischen Politik und Ökonomie nicht begriffen und glaubt, sie durch die Kraft seines psychischen Antriebs überspringen zu können.

Tritt man Friedeberg's revolutionärem Drange entgegen, wird man nie mit ihm fertig, schafft man ihm nur Triumph. Dagegen ist es keineswegs aussichtslos, dem Proletariat die theoretische Konfusion klar zu machen, an der Friedeberg leidet. Das ist aber eine mühsame Arbeit, die nur von Köpfen geleistet werden kann, die sich in unsere Theorie völlig eingelebt haben und imstande sind, die Klarheit, die sie selbst erreicht haben, auch anderen mitzuteilen.

Im „Vorwärts“ aber herrscht die Abneigung gegen den revolutionären Drang, Friedeberg's starke Seite, und dafür Uebereinstimmung mit ihm in der Denkweise, in der Ueberschätzung des „psychischen“ oder „ethischen“ Faktors, also Uebereinstimmung mit ihm in der Grundlage der theoretischen Konfusion, seiner schwachen Seite. Mögen die „selbständigen Köpfe“ des „Vorwärts“ noch so viel über Friedeberg's Konfusion geteilt, sie können sie nicht ausreichend widerlegen, weil sie in demselben Grunde wurzelt wie ihre eigene Denkweise. Sie werden Friedeberg stets am unrichtigen Ende anpacken und die revolutionären Massen nie von der Irrigkeit seiner Anschauungen überzeugen.)

3. Mein Anarchismus.

Nachdem der „Vorwärts“ aus der Schrift der Genossin Roland-Goltz glücklich zu anarchistischen Konsequenzen gelangt, vollzieht er das gleiche Experiment im nächsten Artikel an mir. Hier hört er auf, in der Defensive zu bleiben, läßt ergerweise die Offensive und erklärt mich für einen Parteischädling. Er preist es „als ein wirkliches Glück für die Partei, daß die „Neue Zeit“ nicht entfernt den Einfluß auf die Massen hat, den sie von Rechts wegen haben sollte“. Denn meine „rehabilitierten“ Auffassungen könnten, wenn sie in der Partei Beachtung finden würden, logisch nur zu zweierlei Richtungen führen: „links zu den „antiparlamentarischen Anarchisten“, rechts zu den „Kurgewerkschaftlern“. So säe ich „Verwirrung und Schädigung“.

Diese wutschäumende Philippika hat mich nun nicht etwa mit gleicher Wut erfüllt, sondern ich habe sie als ein mühsames, aufklärendes Gewitter empfunden. Nach diesen Ausführungen ist es dem „Vorwärts“, wenn er ein bißchen auf Logik hält, nicht mehr möglich, zu erklären, wie er seit Jahr und Tag tut: zwischen uns befänden keine sachlichen Gegensätze, sondern nur persönliche Reibereien. Hier hat der „Vorwärts“ selbst aufgedeckt, daß zwischen ihm und mir — und ich darf wohl sagen uns Marxisten — ein massender Widerspruch existiert, sachliche Differenzen von der größten Bedeutung. Hat der „Vorwärts“ recht, dann ist er nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet, solche Parteischädlinge, wie wir Marxisten insofern unserer verwandten und irreführenden Anschauungen sind, auf das entschiedenste zu bekämpfen, den Parteischädlingen selbst aber muß das Recht und die Möglichkeit entzogen werden, im Namen der Partei zu sprechen.

Hat aber der „Vorwärts“ unrecht, sind alle seine so schweren Beschuldigungen unbegründet, dann beruhen sie bloß auf der Unfähigkeit, mich zu verstehen. Doch das Urteil über den „Vorwärts“ überlasse ich am besten den Genossen.

Stimme ich nun dem „Vorwärts“ darin zu, daß ich mit ihm tiefgehende sachliche Gegensätze zwischen uns sehe, so weiche ich doch gleich darin ab, daß ich diese Gegensätze ganz wo anders suche als er.

Er will „Wandlungen“ bei mir erdacht haben, die mich den Anarchisten nähern und ihnen Vorschub leisten. Ein schwerer Vorwurf, den unser Zentralorgan sicher nicht wagen wird ohne ein erdrückendes Beweismaterial.

Benignitätsqualitativ erdrückend, denn quantitativ ist es etwas spärlich. Es enthält nur eine einzige Tatsache. Aber freilich eine gewichtige: — meine „Kompaniarbeit“ mit dem Halb-anarchisten Labriola ließ schon merkwürdige Wandlungen ahnen.

Du ahnungsvoller Engel du! Da nicht alle Parteigenossen imstande sein werden, zu „ahnen“, welche Bedrücktheit ich mit dem „Halbanarchisten“ ausgeübt, sei sie hier enthüllt:

Artur Labriola, Mitglied unserer italienischen Bruderpartei, bereitete für deren Kongreß im Frühjahr 1904 eine Resolution vor, die er mir zur Begutachtung übersandte. Ich besaß nicht eine Abschrift meiner Antwort, erzwang mich nur so viel, daß ich ihm riet, einige Stellen, die anarchistisch klangen, im sozialdemokratischen Sinne zu ändern.

Das ist es, was die „selbständigen Köpfe“ des „Vorwärts“ eine „Kompaniarbeit“ mit einem „Halbanarchisten“ zu nennen beliebten. Basilio hätte die Benennung nicht seiner erfinden können.) Dafür

7) Wer hat vom „Marx'schen Dogmatismus“ gesprochen? Das ist — Kautsky würde sagen — wieder ein Polizeijunk.

8) Der „Vorwärts“ hat drei Artikel über den Anarchismus veröffentlicht — alle drei von der e. a. -Mittlung. Wäre es nicht besser, wenn Kautsky statt seiner allgemeinen Spekulation über die ihm jetzt unympathischen Redaktionsfiguren an diesen drei praktischen Beispielen, die ihm vorliegen, den Beweis für unsere Abweisung des „revolutionären Dranges“ und die Hinneigung zur „theoretischen Konfusion“ zu versuchen!

9) Das haben wir nie behauptet. Wir haben ja gerade des öfteren die Abirrungen Kautsky's zu unseren bisherigen Auffassungen zu korrigieren gesucht, so seine seltsame Anwendung, daß in der Monarchie (deutscher Stil) der Klassenkampf verschleierter sei als in der demokratischen Republik.

10) Basilio ist der Typus eines schamhaften und niedrigen Verleumders. So beliebt Kautsky uns zu benennen, weil wir ihn der Mitarbeit oder Kompaniarbeit am Labriola'schen Programm „beschuldigt“ haben. Was darin Verleumdendes läge, selbst wenn wir uns geirrt hätten, vermögen wir nicht zu ergründen. Aber Kautsky selbst gibt ja diese Mitarbeit zu. Er hat „nur“ ein paar anarchistisch klingende Sätze aus dem Entwurf zu entfernen geraten. Welchen Wert hat nun diese Mitarbeit Kautsky's? Im „Vorwärts“ vom 8. April 1904 berichtete unser römischer Korrespondent: Labriola habe seine in Brezcia angenommene Tagesordnung „auf Anregung des Genossen Karl Kautsky in mehreren Punkten modifiziert“. Daraus ist zu schließen, daß die von Kautsky, weil „anarchistisch klingend“, beanstandeten Stellen entfernt worden sind, so daß die in Bologna glänzend durchgefallene Resolution Kautsky's gegen hatte. Diese von Kautsky modifizierte Resolution aber ist für unsere deutschen sozialdemokratischen Ohren immer noch anarchistisch klingend, zumal sie den Parlamentarismus nur als Agitations- und Demonstrationsmittel auffaßt, von dem Appell an die Gewalt ganz abgesehen. Es ist ja charakteristisch, daß diese Labriola'sche, von Kautsky redigierte Resolution bei unserer italienischen Bruderpartei, auch bei ihrem radikalsten marxistischen Flügel, keinerlei Anhang fand. Kautsky mag die Erinnerung an diese verlorene Liebesmühe unangenehm sein — aber wer ist nun Basilio?

hat aber auch K. E. einen sehr erbaulichen Sermon im „Vorwärts“ über guten Ton und schlechte Logik veröffentlicht, in dem er sehr eindringlich von den verheerenden Wirkungen der Verleumdungsfreiheit zu handeln wußte.

Was der „Vorwärts“ sonst noch vorbringt, um meine Verwerrenheit und Schädlichkeit darzutun, ist eine Deutung eines einzigen Satzes. Darous wird folgende Anklage formuliert:

„Was der „Vorwärts“ um das neue — sollen wir bloß sagen Diskussions Thema — Kampfmittel des Generalstreiks zu empfehlen, verdunkelt er den elementaren Wert politischer Rechte. Es ist wahrhaft empörend, mit welcher kalkulatorischen Ruhe Kautsky (Nr. 42 der „Neuen Zeit“) von den Wahlrechtsintendanten in Hamburg und Lübeck spricht. Er hält es für die größte Torheit, „wollte man heute in Hamburg zur Verteidigung des dortigen Wahlrechts einen Massenstreik inszenieren! Den Massenstreik für eine einzelne Stadt; das Aufgebot der letzten und schärfsten Waffe des Proletariats, die seine vollste Hingebung und seinen höchsten Opfermut erfordert, bloß zu dem Zweck, um das jetzige, schon miserable Klassenwahlrecht gegen weitere Verschlechterungen zu schützen!“

Diese meine Worte, deren letzte der „Vorwärts“ mit fettem Druck hervorhebt, entstellen nun einen Wasserfall ethischer Entrüstung über mein unglückliches Haupt, das „kaufmännisch kalkuliert“ und „buchmäßig rechnet“, statt mit „Löwenstimme“ zu brüllen.

Ich kann's dem „Vorwärts“ eben nie recht machen. Eben wirft er mir Trohnen mit der Revolution und reichliches Reden vor, dann wieder trämmerhaften Opportunismus.

Ich werde meinen Gedankengang und dann den des „Vorwärts“ wiedergeben. Wir sehen da so klar wie noch nie den Gegensatz der materialistischen und der ethischen Denkweise.

Der „Vorwärts“ wirft mir vor, ich hätte, um den Generalstreik zu empfehlen, den Wert der politischen Rechte verdunkelt und mit Gleichgültigkeit von den Wahlrechtsintendanten in Hamburg und Lübeck gesprochen. In Wirklichkeit habe ich keine Silbe gesagt, die den Wert der politischen Rechte verdunkeln konnte, schon deswegen, weil ich von diesem Wert gar nicht sprach. Der Satz, den der „Vorwärts“ mir vorwirft, erhält einen ganz anderen Sinn, als er mir unterscheidet, wenn man ihn im Zusammenhänge liest. Ich erkläre:

„Unter den besonderen politischen Verhältnissen Deutschlands ist ein erfolgreicher Massenstreik nur denkbar in einer revolutionären Situation, und wäre es darum aussichtslos, ja verderblich, wollte man ihn anwenden in einer Situation, die zu einer revolutionären nicht werden kann. Es wäre zum Beispiel die größte Torheit, wollte man heute in Hamburg zur Verteidigung des dortigen Wahlrechts einen Massenstreik inszenieren“ usw.

Ich frage, wo ist da ein Wort, das geeignet wäre, den Wert der politischen Rechte zu verdunkeln? Sage ich, das Hamburger Wahlrecht sei eine gleichgültige Sache? Ich untersuche den Wert des Wahlrechts gar nicht, spreche nicht davon, nicht, weil er mir geringfügig erscheint, sondern weil es mir überflüssig erschien, über eine selbstverständliche Sache zu reden. Ich untersuchte also nur, was zweifelhaft, die Aussichten eines Massenstreiks, um das Hamburger Wahlrecht zu retten. Und da fand ich nach „kaufmännischem“ Abwägen, daß er eine Torheit wäre, denn unter den heutigen Verhältnissen Deutschlands kann nicht in einer einzelnen Stadt der Massenstreik siegen, ohne ein Eingreifen der Reichsregierung nach sich zu ziehen. Der Kampfpreis sei aber, bei aller Bedeutung des Wahlrechts, doch kein solcher, daß man um seinetwillen eine sichere Niederlage riskieren dürfe.

Das war meine „empörende“, „buchmäßige“, „kaufmännische“, materialistische Kalkulation.

Ganz anders der „Vorwärts“. Hören wir seinen ethischen Wasserfall dröhnen:

„Reicht das die Arbeiter politisch und theoretisch aufzuklären, wenn man die hanseatische Wahlrechtsfrage lediglich unter dem Gesichtspunkt eines opportunistischen Krämers betrachtet, ob das künftige Wahlrecht gegenüber dem bestehenden einen mehr oder minder großen Nachteil leidet, ja ob vielleicht bei der Endrechnung noch ein kleiner Ueberschuss herausgewirtschaftet werden könnte? Ganz abgesehen davon, daß es sich ja nicht um den Schutz des bestehenden, sondern um den Kampf für das in unserem Programm geforderte Wahlrecht handelt, wie darf ein wissenschaftlicher Führer der Sozialdemokratie die politischen Rechte als eine kaufmännische Kalkulation behandeln, statt dem Proletariat mit Löwenstimme den ersten Grundfah seiner geschichtlichen Aufgabe immer wieder aufs neue ins Gewissen zu rufen: Es gibt keine größere Verletzung der Würde der Proletarier, als politische Rechte zu rauben, als politische Entrechtung sich gefallen zu lassen. Ein unsühndes Kapitalverbrechen an dem Proletariat ist der Wahlrechtsraub in den Hansestädten, er ist eine scharfe Verhöhnung des Proletariats... Die in Hamburg... Lübeck eingeführte Methode des kontingierten Wahlrechts ist eine Politik gegen — Ausfähige. Kautsky aber findet den Vorgang kaum eines Wortes der Empörung wert... Wir verstehen unter dem Studium des politischen Streiks, daß eine Dreimillionenpartei im Kampfe um politische Rechte nicht buchmäßig rechnen und nicht in die Ferne spekulieren dürfe, sondern daß sie, wenn es gilt, auch Niederlagen wagen müsse. Richtswürdig ist das Volk, das nicht sein Alles setzt in seine Rechte“ usw.

Also vorwärts, los, wer wird noch in feigem Opportunismus buchmäßig rechnen. Wir müssen Niederlagen wagen, wollen wir uns nicht der ärgsten Nichtswürdigkeit schuldig machen! Drauf und dran zur Aktion!

Gemach, gemacht, so ist die ethische Entrüstung nicht gemeint: „Wir reden kein Wort darüber“, sagt der „Vorwärts“ in demselben Artikel, „ob man in Hamburg und Lübeck hätte einen Generalstreik machen sollen.“ Darüber, über die Hauptsache, kein Wort! Aber wunderle, um mit Löwenstimme sich zu entrüsten. Und dieses sich Entrüsten mit Löwenstimme gilt als die Hauptaufgabe eines „wissenschaftlichen Führers der Sozialdemokratie“ bei dem „Studium des politischen Streiks“. Eine Untersuchung darüber, ob und wie eine Aktion möglich sei, wird als erbärmliches, empörendes kaufmännisches Kalkulieren bezeichnet. Auf das Handeln kommt es dem Ethiker nicht an, nur auf das moralische Verurteilen. Die Hauptaufgabe ist, große Worte prägen, an denen man sich berauschen kann. Dann hat man seine Pflicht getan und geht ruhig schlafen. Nachdem der Wasserfall gehörig gedonnert und Schaumbblasen geworfen, plätschert man wohlgeruhet im alten Sumpfe weiter. Und wenn ein Mann kommt wie Friedeberg, der den Wasserfall mit seinem Donnern und Schäumen erst nimmt und zum Treiben einer Mühle einrichten will, wird man wieder einmal moralisch entrüsten und schreit mit der bekannten Löwenstimme: hinaus mit dem Ruhestörer! Für praktische Zwecke ist unser ethisches Gewässer nicht da.)

Hier hat die ethische Methode der selbständigen Köpfe des „Vorwärts“ sich in klassischer Gestalt gezeigt, und darum war es wohl am Platze, sie eingehender zu charakterisieren. Deutlicher konnte es nicht zutage treten, wie absolut unfähig diese Methode ist, unsere, die materialistische, mit der „empörenden kalkulatorischen Ruhe“, zu begreifen.

Soll ich nach alledem noch weiter mich gegen den Vorwurf unseres Zentralorgans verteidigen, daß ich mich im anarchistischen Sinne gewandelt habe?

Soll ich ausführlicher darlegen, daß ich nie eine Zeile geschrieben, um die Notwendigkeit und Bedeutung der politischen Rechte zu verkleinern, daß das, was der „Vorwärts“ als solches ansieht, nichts ist als eine Erklärung des tatsächlichen Nieder-

11) Wir können nur wieder bitten, unsere Darlegungen nachzulesen. Man wird dabei gewahren, daß Kautsky die Hauptfah abermals vergrät — nämlich unseren Hinweis, daß er, so viel an ihm lag, die ganze Generalstreiks-Debatte entwertet hat, weil er der wichtigsten Zweck, den sie hat, die Sicherung des Reichstags-Wahlrechts, im voraus dreiviertel tot schlug.

ganges und der tatsächlichen Nachsichtigkeit des deutschen Reichstags?

Soll ich darauf hinweisen, daß Marx in diesem Sinne noch viel „anarchistischer“ gewirkt, der das Wort vom parlamentarischen Kreinismus prägte und zum Beispiel im Jahre 1848 der Frankfurter Nationalversammlung, namentlich ihre Linke, aufs grausamste wegen ihrer Impotenz verhöhnte? Soll ich auf Engels verweisen, der 1891 beifällig Liebknecht's Worte zitierte, daß der deutsche Reichstag nichts sei als das Feigenblatt des Absolutismus? Soll ich daran erinnern, daß K. E. vor einem Jahre dieselben Vorwürfe wie gegen mich gegen Jules Guesde richtete, von dem er behauptete, „Guesde's Konsequenz ist der völlige Verzicht auf den Parlamentarismus“, Guesde müßte sich, wäre er in Deutschland, unter „anarchistischen Eingängern“ verlieren? Soll ich daran erinnern, daß Guesde's Auffassung der bürgerlichen Republik, die K. E. so empörte, jene Auffassung ist, die Marx 1848 nach der Junischlacht bekannte, dann wiederholt aussprach und die seitdem zur Gesamtaufassung der Marxisten geworden ist?

Nein, ich glaube, wie immer man über meine Leistungen denken mag, ich habe es nicht notwendig, auf solche Argumente solchen Kritikern gegenüber noch lange auseinanderzusetzen, welche Bedeutung ich den politischen Rechten für den Emanzipationskampf des Proletariats beimesse.

Aber ich verüble es den „selbständigen Köpfen“ des „Vorwärts“ nicht, wenn sie mir anarchistische Wandlungen vorwerfen. Sie leben an der Verwunderung der demokratischen Formen und vermögen ihre proletarische von ihrer bürgerlichen Art nicht scharf zu scheiden. So erscheint ihnen alles „anarchistisch“, was Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus, der bürgerlichen Demokratie, der bürgerlichen Republik bedeutet. So müssen sie gerade in den entschiedensten Marxisten mehr oder weniger anarchistische Elemente sehen, einmal in Guesde, dann in der Genossin Roland-Goltz, jetzt in mir, morgen vielleicht in der Genossin Jeklin.

So wenig ich ihnen das verüble, so sehr stimme ich ihnen darin zu, daß ein „Klassenwiderpruch“ zwischen uns besteht, der sich durch nichts verkleinern, durch nichts überbrücken läßt.

Aber es ist unmöglich, daß zwischen den beiden Zentralorganen der Partei ständig ein so tiefer Gegensatz bestehen bleibt. Die Partei müßte darunter aufs schwerste geschädigt werden. Sie leidet heute schon unter ihm. Ihn zu beseitigen ist dringend notwendig. An der Partei ist es daher, sich jetzt zu entscheiden für die materialistische oder die ethische Methode.

Wir haben uns begnügt, nur ein paar sachliche Richtigstellungen in Fußnoten hinzuzufügen. Wir reden an einander vorbei. Ein Antrag ist bei dieser Diskussion daher unanwendbar. Wenn aber Kautsky die Partei schließlich auf die Schanzen ruft, um sich zu entscheiden, ob sie unsere „ethische“ oder die „materialistische“ Methode der „Neuen Zeit“ wählen wolle, so find wir nicht so unbescheiden, von Kautsky zu verlangen, daß er durchaus unsere Methode befolgen müsse, von der wir überzeugt sind, daß sie die bisherige Methode der Partei ist. Wir sind schon zufrieden, wenn er uns nur gelegentlich richtig zitiert!

Soziales.

Wie die Landflauen Oelbiens geliebt werden.

In dem Dorfe Reibnitz, Kreis Hirschberg in Schlesien, sollte die Stieftochter eines Schlossermeisters in eine Zwangsverziehungsanstalt gebracht werden. Zu diesem Zwecke machte sich der Amtsvorsteher des Ortes, Rittergutsbesitzer Kellner, nebst dem Amtsdienner und zwei polnischen Arbeitern, die mit Striden bewaffnet waren, auf den Weg, um das Mädchen abzuholen. Auf erfolglos Klopfen wurde die Haustür geöffnet, als der Schlossermeister aber den vom Amtsvorsteher verübten Aufzug sah, geriet er begreiflicherweise in große Erregung. Er meinte, der Amtsvorsteher habe doch auch Kinder und könne es ihm auch noch einmal so gehen, wie er jetzt die Leute ins Unglück bringe. Wegen dieser „Veleidigung“ wollte der Amtsvorsteher den Schlossermeister verhaften und abführen lassen. Letzterer weigerte sich mitzugeben und nun gab der Ortsvorsteher den polnischen Arbeitern den Befehl, ihn mit den Striden zu binden. Von den Arbeitern wurde ihm dabei ziemlich übel mitgespielt; man drückte ihm die Kehle zu, daß ihm ganz schwarz vor den Augen wurde. Erst als die Frau des Schlossermeisters dazu kam und inständig für ihren Mann bat, wurde von dem Binden und Abführen Abstand genommen. Die Fortschaffung des Mädchens ging dann ohne weitere Zwischenfälle vonstatten. Der Amtsvorsteher stellte jedoch Strafantrag wegen Veleidigung, so daß sich das Schöffengericht in Hirschberg nunmehr mit dem Vorfall zu beschäftigen hatte. Der Amtsvorsteher gab hier als Zeuge an, er habe die beiden Arbeiter mit Striden deshalb mitgenommen, weil der Schlossermeister sich dahin ausgelassen habe, er werde auf ihn schießen. Daß der Angeklagte wirklich im Widerstand geleistet habe, konnte der Amtsvorsteher selbst nicht behaupten. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Schlossermeister wegen der Veleidigung eine Geldstrafe von zehn Mark. Das Gericht erkannte auf fünf Mark Geldstrafe, indem es dem Angeklagten die berechtigte Erregung über das unangemessene Verhalten des Amtsvorstehers zugute rechnete. Und was geschieht mit dem Amtsvorsteher?

Ein Wunsch. Von sachverständiger Seite schreibt man uns: Wenn, wie Sie berichteten, der Reichsanwalt eine Umfrage bei den Landesbehörden über die gesundheitschädlichen Wirkungen der Chromate in den Chromatgerbereien angeordnet hat, so wäre sehr zu wünschen, daß diese Untersuchungen nicht auf die in den Chromatgerbereien vorkommenden Gesundheitschädigungen beschränkt bleiben, sondern auch auf die in Walkereien und Färbereien durch die Verwendung von Alkaldichromaten verursachten Gesundheitschädigungen der Arbeiter ausgedehnt werden, die sich bei diesen Arbeitern noch weit häufiger und in weit stärkerem Grade zeigen, als bei den Gerbern, wie aus den letzten Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten der Aufsichtsbezirke Potsdam, Frankfurt a. O., Berlin, Uecknig, Schleswig, Köln, Düsseldorf und Aachen mit größter Deutlichkeit hervorgeht.

Unfallfolge oder Ausdang einer Krankheit.

Die Witwe R. beanspruchte von der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft eine Hinterbliebenenrente, indem sie geltend machte, ihr Mann sei an den Folgen eines Betriebsunfalles verstorben. Fünf Tage vor seinem Tode sei er von einem rollenden Baumstamme erfaßt worden und müsse dabei eine innere Verletzung erlitten haben. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Rentenverweigerung ab, weil der Nachweis eines Betriebsunfalles fehle. Das zuständige Schiedsgericht erhob dann auf den Antrag der Frau Verweis. Der Werkmeister des Verstorbenen hat nach seiner Aussage am fraglichen Tage gesehen, wie R., einen Hebebaum in der Hand, rücklings auf einen Baumstamm gefallen sei. Zu einem anderen Zeugen hat R. eine Stunde später gesagt, er fühle sich krank, er müge nach Hause gehen. Der Zeuge hat auch bemerkt, daß der Mann gekümmert gegangen sei. Ein weiterer Zeuge meinte, er habe von einem Unfall nichts gesehen, aber gehört, daß R. sagte, ihm tue alles weh, er werde nach Hause gehen. — Der am kritischen Tage hinzugezogene Arzt erklärte bei seiner vier Monate später erfolgten Vernehmung, bei der Untersuchung seien nirgends Zeichen einer Verletzung festzustellen gewesen, dagegen habe die Untersuchung unzweifelhaft die typischen Merkmale einer Lungenentzündung ergeben. Sein Gutachten ergab dahin, daß nicht infolge eines Unfalles, sondern infolge von Erkältung Lungenentzündung eingetreten sei, die zum Tode geführt habe. — Das Schiedsgericht verwarf darauf die Verurteilung der Frau und das Reichsversicherungsamt wies ihren Rekurs ebenfalls ab. Es führte aus, es könne dahingestellt bleiben, ob nicht doch ein Unfall passiert sei, wie der Werkmeister angegeben habe; denn auf jeden Fall sei nicht erwiesen, daß der Tod R.'s damit ursächlich zusammenhänge. Schon deshalb wäre der Rentenanspruch hinfällig.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.
1491. Rein. — W. N. 30. Ja. — H. R. Der Vertrag ist gegen Sie gültig. — **Vorsheim.** 1. Der Strafantrag ist innerhalb drei Monaten zu stellen. Wie hoch eine Strafe ausfallen wird läßt sich nicht voraussetzen. 2. Rein. 3. Ja. — **C. P. Wöhlerstraße.** Die Direktion ist zum vollen Schadenersatz für den abhanden gekommenen Schirm verpflichtet; Sie müssen aber den Nachweis der Abgabe des Schirmes liefern. — **H. R.** Der Inhalt des uns nicht mitgeteilten Vertrages ist entscheidend. — **W. P. 4.** Die Krankenkasse ist zur Rückzahlung nicht verpflichtet. — **R. L. 8.** Auch ein Präsident hat die Eidesformel zu sprechen. — **H. R.** Nach der maßgebenden Ansicht des Oberverwaltungsgerichts war die Auflösung berechtigt. Sie hätten vor Eintritt der Vollzeitsunde die Versammlung in eine nichtöffentliche umwandeln sollen, in der nicht geschäftlich wird. — **H. 99. Rein.** — **W. N. 39.** Eine Einsicht liegt nicht vor. — **999 Adam.** In vier Jahren vom Ablauf des Jahres ab, in dem sie erwachsen sind, verfahren in Preußen Gerichtslosten. — **Woh.** 1. Der Lohn ist unter Abzug des Krankengeldes zu zahlen. 2. Rein. 3. Ja. Über in dem Vertrag ist eine bestimmte Arbeitszeit nicht vereinbart. Daher liegt Ueberstundenarbeit nicht vor. — **S. D. 41.** 1. Das ist möglich. 2. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte der gesetzlichen Portion. — **Otto 153.** 1. Mit Ablauf des 31. Dezember 1905. 2. In der Regel nein. 3. Ja. — **G. Z.** 1. Kürzung des Gehalts um das Krankengeld ist Handlungsgeld gegenüber nicht zulässig. 2. Es ist angemessene (eventuell vom Gericht festzusetzende) Zeit zu gewähren. — **W. 2. 3. 9.** 1. Der Strafantrag gegen einen wirt gegen beide. 2. In drei Monaten nach der Scheidung. — **H. D. Rein.** **P. 3. 100.** Wiederholt haben wir erlucht, statt allgemeiner Fragen den Sachverhalt zu schildern und an diese Schilderung die Frage, an deren Beantwortung Ihnen liegt, zu knüpfen. Die Beantwortung einer allgemeinen Frage insbesondere aus dem Ehe- und Erbrecht verschiedener Länder würde den Raum des „Vorwärts“ vollkommen nutzlos in Anspruch nehmen. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Darlegung, wo und wann die beiden Ehen geschlossen sind und des sonstigen Sachverhalts. Ob und inwiefern eine verallgemeinernde Antwort zweckdienlich ist, müssen Sie uns überlassen. — **H. D. 83.** Der gesetzliche Pflichtteil beträgt die Hälfte der gesetzlichen Portion. Da Sie nicht mitteilen, wer (Eltern? Kinder?) in Frage kommt und wie viel Erben vorhanden sind, ist eine Berechnung des Pflichtteils unmöglich. — **Wuttenhauserstraße.** 1. Rein. 2. Ja.

Witterung überblick vom 11. September 1905, morgens 8 Uhr

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. n. C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. n. C.
Wilmanns- damm	766	SW	1	13	Haparanda	758	S	4	bedeckt
Berlin	767	SW	1	13	Vetersburg	767	SW	1	bedeckt
Frankfurt	766	W	2	12	Seibitz	771	SW	4	bedeckt
München	764	SW	1	13	Übersee	769	SW	2	bedeckt
					Paris	767	SW	2	wolkig

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. September 1905.
 Hiemlich kühl, vorwiegend trübe und regnerisch bei schwachen nordwestlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Seefisch-Kochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fornsprecher: Amt III, 8804.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
 (am Moritzplatz). (im Schlessischen Bahnhof). (der Kürzenstr. gegenüber).

Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Seefische — Volksnahrung!

Wir notieren die **billigsten Tagespreise** für **Schellfische** in allen Größen, **Cabliau, Seelachs**, sowie für die übrigen Sorten Seefische.

Ferner sehr empfehlenswert: Unsere **Marinaden** aus **eigener Marinier-Anstalt** (Fischcotelettes, Bratschelfische etc.) **sehr preiswert!**

Achtung! Fliesenleger u. Hilfsarbeiter! Achtung!

Freitag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72:

Gemeinsame Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Der jetzige Stand der Lohnbewegung der Fliesenleger-Hilfsarbeiter. 2. Diskussion.
 Das Erscheinen aller Fliesenleger und Hilfsarbeiter ist dringend notwendig.
Die Lohnkommission. S. A.: G. Puttlich.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, H. I. — Telefon: Amt III, Nr. 5028.

Sonntag, den 17. September 1905, vormittags 10 Uhr, in den Industriejalen, Reutischstraße 20:

Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vereins-Angelegenheiten. 2. Wandlungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und die Stellung unserer Organisation zu den letzten Ereignissen. Referent: Kamerad **Albert Juppenthalz.** 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. S. A.: Albert Juppenthalz.

Tischler-Verein zu Berlin.

G. S. Nr. 89.

Sonabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, Reischtorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
 Vortrag und Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Ausgabe der Mitteil. zum 34. Stiftungsfest in „Sonsouci“ am Sonnabend, den 28. Oktober.
Der Vorstand.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die

Branchen-Versammlungen

an folgenden Tagen stattfinden:
Geschirrbrauerei: Mittwoch, den 20. September.
Treibriemenbauerei: Sonnabend, den 16. September.
Taschen-, Koffer- und Galanteriebauerei: Donnerstag, den 21. September.
Linoleum- und Teppichnäher: Donnerstag, den 21. September.
Wagenbauerei: Mittwoch, den 20. September.
Eisenmöbelbauerei: Mittwoch, den 20. September.
Sektion Charlottenburg: Dienstag, den 19. September.
 Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sonabend, den 14. Oktober, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Feier des 17. Stiftungs-Festes.

Auffreten von Horsts Norddeutschen Humoristen und Quartettänglern. — Konzert. — Reigenfahren, ausgeführt v. Mitgl. d. Berl. Arb.-Abt.-Vereins **Großer Ball.** Daran teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach. Anfang präzis 8 1/2 Uhr. **Das Vergütungskomitee.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Zahlstelle Rixdorf.

Sonabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, in Thiels Festjalen, Bergstraße 151/152:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Fritz Käfer.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Montag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, in Graumann Festjalen, Raunynstraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schriftführers **Herrn H. M. Baago** über „Entwicklungsgeschichte des Weltalls und der Erde“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste, auch Frauen, willkommen.
 Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Gau 9. Bezirk 10. Gau 9.

Der **Arbeiter-Radfahrer-Verein Zehdenick** veranstaltet in den Räumen des Herrn **C. Buchholz** am 17. September sein **erstes Bezirks-Fest**, wozu wir den Bezirk I, wie die umliegenden Bundes-Vereine freundlichst einladen.

Bundesgenossen, es ist hier die Reanimation des „Freiheit“-Bundes zu besprechen und bitten wir, unmöglichst großen Besuch. Es soll eine Agitation für unseren Bund sein.
Nachmittags 3 Uhr: Korso durch die Stadt.
Das Komitee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9079. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3953.

Sonntag, den 17. September 1905, vormittags 10 Uhr, **Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher** im großen Saal des „Vereins Berliner Musiker“ (E. Glöner), Kaiser Wilhelm-Straße 15m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Weltanschauung und Taktik des Proletariats“. Referent: **Dr. R. Friedeberg.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um unseren Kollegen Gelegenheit zu geben, diesen durch Versammlungsbeschluss festgesetzten Vortrag mit anzuhören, hat die Branchenkommission beschlossen, daß für diese Versammlung das Mitgliedsbuch legitimiert, da aller Wahrscheinlichkeit nach der Besuch ein sehr starker sein wird. Die Kollegen werden daher im eigenen Interesse ersucht, sich rechtzeitig mit ihrem Mitgliedsbuche einzufinden.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
Bibliothek ist von heute ab geöffnet.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rohrer. Achtung!

Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, bei **Patt, Dragonerstr. 15:**

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Endgültige Beschlußfassung über den neuen Affordlarif. 2. Wahl einer Lohnkommission. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht sämtlicher organisierter Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Marmor-Arbeiter!

Freitag, 15. September, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Wie stellen wir uns zu den Beschlüssen die den Tarif nicht bewilligen? 3. Gewerkschaftliches.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Montag, den 18. September, 8 Uhr abends:

General-Versammlung

im Alten Schützenhause, Lützenstr. 5.

Tages-Ordnung:
 1. Vorstands- und Kassenericht.
 2. Bericht der Pres- und Lokalkommission.
 3. Parte- und Vereins-Angelegenheiten.
 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.
 Sonntag, den 17. September 1905, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Wahl der Hilfskassierer.
 2. Vortrag des Herrn **Dr. Christeller.**
 3. Verschiedenes.
NB. Das Bureau befindet sich vom 1. 10. 05 ab Zimmer 8.
Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonabend, den 16. September cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Pfeffer, Rosenthalerstr. 57:**

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher.

Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zur Bürstenmacher-Konferenz.
 2. Kommissionsbericht. 3. Wahl des Obmannes.
 4. Branchenangelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen notwendig.
Die Branchenkommission.

Zur Beachtung! Die Eröffnung der Zahlstelle 57 findet am Sonnabend, den 16. Sept., bei **Döring, Stralauer Allee 31b**, statt. Derselbst werden Sonnabends von 8—10 Uhr Beiträge entgegengenommen.

Stiftungs-Fest

Sonabend, den 23. September:

Konzert

ausgeführt vom Neuen Tonkünstler-Orchester. (Dirigent: Herr Franz Hollfelder.)
 Mitwirkende: **Mrl. Vera Goldberg** (Sopran), **Violoncellist Herr Alfred Wittenberg**, **Berl. Männer-Chor 1905.** (H. d. H.-S.-B.)
 Während des Konzerts im oberen Saale: **TANZ.**

Nach dem Konzert im großen Saale: **„BALL“**
Entree 50 Pf. Tanz frei.
 Auf den Zahlstellen werden an diesem Sonnabend von 7—9 Uhr Beiträge entgegengenommen. (02/14)

Zentral-Verband der Dachdecker.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 17. September, vorm. 10 Uhr, bei **Feind, Weinstr. 11:**

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses. Referent: Gewerkschaftssekretär **G. Bräuner.** 2. Verhandlungsangelegenheiten.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 15. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Lohengrin. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Neues. Ein Sommernachtstraum. Wesen. Die Fledermaus. Thalia. Bis früh um fünf! Kleines. Die Laune des Verliebten. Der zerbrochene Krug.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater). Der G'wissenswurm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufel'sches Theater). Die Logenbrüder.
Festung. Der Silberpelz.
Residenz. Die Höhle des Löwen.
Central. Die Waise.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Carl Weiß. Weltumsegler wider Willen.
Belle-Alliance. Den All Beg.
Pulver. Das Lumpengesindel.
Deutsch Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Kasino. Der Adelsnarr.
Metropol. Auf ins Metropol!
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Tanzel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Herrnfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Lote Fuller. Spezialitäten.
Berliner Prater-Theater. Der rechte Weg.
Passage. Gold Augustin. Herr Tachau. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tausendstr. 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr:
Lustspielhaus. Der Familientag.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Sonntag u. folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Wieder-Eröffnung.
Freitag, den 15. September 1905:
Zum ersten Male:
„Die Laune des Verliebten.“
Hierauf zum erstenmal:
„Der zerbrochene Krug.“
Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Lumpengesindel.
Sonntag: Die Kinder der Exzellenz.
Sonntag nachmittag: Der jüngste Leutnant. Abends: Fiasco.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.
Satirisches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Gleichschüt.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Täglich:
10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Ringel-Tanzel
Vorher: Hochzeitsabend und das große September-Spezialitäten-Programm.
Ab Sonntag, den 1. Oktober cr.: Jeden Sonntag nachmittag 8 Uhr: Große Extra-Vorstellung zu halben Preisen.
Lustspielhaus.
Abends 8 1/2 Uhr.
Der Familientag.
Täglich: Der Familientag.
Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: Geschlossen.
Sonntag, den 17. September 1905:
Pette
Vorstellung in der Sommer-Salton.
Der Fluch des Goldes.
Außerdem die großartigen Spezialitäten.
Entree 30 Pf. Nummer Platz 50 Pf. Sperrplatz 75 Pf.

Urania Tausendstr. 48/49
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S ANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Joël's Traum!
Im Restaurationssaal:
„D'Rocheesee'r.“
Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Szenen.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater
Präzise 8 Uhr
zum 7. Male:
! Auf in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Walden a. D. x Miss Clifford a. D.
Bendor x Giampietro
Josephi x Frid-Frid x Massary
Max Steidl x Behrens-Linke.
Bauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater
Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.
Vorher: Die Zauberperle von Offenbach.
Original Ränbier Compagnie
zum 1. Male in Berlin Duo Serdan.
Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwan in 3 Akten v. R. Demarequin und G. Wilhaud.
Sonntag nachmittag 8 Uhr: Seine Kammerzele.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Weltumsegler wider Willen.
Welterleuchtete Gasse mit Gesang und Ballett in 6 Bildern von G. Rader.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagabend 8 Uhr: Gastspiel der fälsch. wälschen Hofschaupielerin Hedwig Cornet; Maria Stuart.
Sonntag und folgende Tage: Die Weltumsegler wider Willen.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonntag, den 16. September cr.:
Eröffnung der Winter-Spielzeit.
Vorgang resp. Familienarien hierzu sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften sowie im Theater v. 9 bis 11 Uhr unentgeltlich zu haben.
Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Täglich das großartige September-Programm u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Gasse mit Gesang. Großer Lacherfolg.

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren.
Eigene Tischlerei. [43132] NW., Turmstr. 45. Eigene Werkstatt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: **Der G'wissenswurm.** Bauernkomödie mit Gesang in 4 Aufz. von Ludwig Angenbruber.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der G'wissenswurm.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Räuber.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Hofgunst.**
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.). Freitag, abends 8 Uhr: **Die Logenbrüder.** Schwan in 3 Akten von Carl Laufs und Kurt Kraag.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Nora.** (Ein Puppenheim).
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Fahrman Henschel.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**

Zirkus 34/16
Albert Schumann.
Sonntag, 16. September, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
Sonntag, den 17. d. M.:
Zwei Vorstellungen
nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
Billetvorverkauf an der Zirkuskasse täglich von 10 Uhr vormittags ab.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Zum 145. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in 3 Akten mit den Kuloren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-9 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 118.
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch: **Konzert, Theater, Spezialitäten.**
Sonntag, den 17. September: **Große Extra-Vorstellung u. Tanz. Durch Klippen und Wellen.**
Vollständig mit Gesang von Richter.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 24, Eingang Wolfgangstraße, vis-a-vis d. Börse, 2. Min. v. Hof. Börse. Das phänomenale Eliteprogramm.
12 Kunstnummern 1. Ranges.
Nur das Beste vom Besten!
Per Rohrpost.
Schwan in einem Akt v. R. Reichardt. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Familientarife sind in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Deutsch-Amerikan. Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Jed. Abend 8 Uhr, Gastp. Nr. Philipp.
Der erste Schlag
der Saison
Aber Herr Herzog.
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3. Wochent. 5 Uhr.
Poldi Augustin
die festsche Soubrette.
Herr Tacianu
Damen-Imitator.
Das glänzende September-Programm.

Theater Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Lindenstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Eröffnung
Sonntag, 16. September, abends 8 Uhr.
Zum erstenmal:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorverkauf an der Theaterkasse.

Sanssouci
Kollnauerstr. 4a. Stat. der Hochbahn.
Direkt.: Wilhelm Reimer.
Sonnt. Mont., Donnerst.: Im glänzend renov. und elektr. beleucht. Stadthaus.
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr. Nachmittags 8 Uhr.
Dienstag u. Mittwoch: Theaterabend. Gastspiel des Löwe-Ensembles.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Freitag, den 15. September, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung. Japanische Infanterie.
Ausgesuchte Repräsentanten der Armee des Mikado. Die Helden von Yalu und Port Arthur in ihren militärischen Exerziten.
4 Sisters Athletes, Kraftproduktionen. Mr. Price und Revost, amerikan. Exzentriks. Mr. Rabusa, dressierte Tiere. Clown Revelly. Die englische Reiterfamilie Sloan. Eine Springpferde-Konkurrenz zwischen den 3 Springpferden 1. „Spa“, Halbblut, Siegerin im Concours hippique im Hochspringen im Jahre 1903 in Spa. Reiter Herr Bohne. 2. „Frohn“, Hochsprung bis 2 Meter. Reiter Mons. Le Dantec. 3. „Chips“, Vollblut, Weitespringen bis über sechs Pferde. Reiterin Friulein Shampani. Quadrille excentrique, geritten auf zwölf Schulpferden von 6 Damen und 6 Herren. Die neuesten Freiheitsdressuren des Herrn Ernst Schumann. „Pinto Monte duro“, Lippizaner Vollblut-Hengst, für die hohe Schule dressiert und geritten von Herrn Burkhardt-Footitt. Zwergolohn Francois mit dem Zwergpferd und die vorzüglichen Programmnummern.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louise Biet Parisor Sängerin.
4 Luokons amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobatinnen.
Kapitän Woodward dress. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Edith Helena amerik. Sängerin.
Die Trombottas italien. Duett.
Paul Spadoni Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Heute:
Der rechte Weg.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten.
The Kieffers Pantomime.
Mizzi u. Göza Variat-Duett.
Pantomime, Spezialitäten. Ball.
Schluss der Saison.
Freitag, 15. September.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reiz mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni???
Entree 20 Pf.

Stuhlflecht-
rohr in vorzüglicher Qualität.
Stuhlflechter Wallstr. 16.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.
ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritte v. 35 erstklassigen Intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Bundes „Zollbarität“
Touren am Sonntag, 17. Sept.:
1. Abt. früh 8 Uhr nach Richtenau. 1 1/2 Uhr nach Hirschgarten (Sohlwein). Start Eilensstr. 59.
2. Abt. mitt. 1 Uhr nach Finkenkrug (Sohlmeister). Start Uebanstr. 1.
3. Abt. früh 7 Uhr nach Walterhausen-Erdner, mitt. 1 Uhr nach Erhar (Gefellshaus). Start Karliamenpark.
4. Abt. früh 6 1/2 Uhr nach Storfow, mitt. 1 Uhr nach Schandow (Roaf). Start Andreasplatz.
5. Abt. mitt. 1 1/2 Uhr nach Dafenfelde (Vollgarten). Start Elysum.
6. Abt. Sonntagabend 8 Uhr nach Bernau. Start Elysum.
Um Anschlag von den anderen Abteilungen wird gebeten. Sonntag mittag 1 Uhr Seckurg. Start Oberbergerstr. 30 (Genossenschaft).
7. Abt. früh 7 Uhr nach Benthend, mitt. 2 Uhr nach Delligen. Start Köstner Hof. Pflanztour früh zu belegen.
8. Abt. früh 5 Uhr nach Rathenow. Hierzu werden noch Genossen gebeten, mitzuführen. Mitt. 1 Uhr Franz-Buchholz (Röhne). Start Waldstr. 8.
9. Abt. mitt. 1 Uhr Start bei Bente, Schillingstr. 22. Tour wird dort bekannt gemacht. 26/15

Vorwärts-Buchhandlung
SW. Lindenstraße 69, Laden.

Parteitags-Protokolle.
Anlässlich des bevorstehenden Parteitagess empfehlen wir den Parteigenossen die Protokolle der früheren Parteitage. Diefelben bieten reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Grundsätze, Kämpfe und Taktik. Wir heben nachstehend die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung hervor:
Galle. 1890. Reorganisation. Programmred. Liebknecht; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersehung mit den „Unabhängigen“. 50 Pf.
Erfurt. 1891. Festsetzung des Programms; Programmänderung; Abschluss der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. 50 Pf.
Berlin. 1892. Vergriffen.
Köln. 1893. Gewerkschaftsbewegung; Antifemilismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. 40 Pf.
Frankfurt. 1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Trübs; Ringe und Kartelle. 25 Pf.
Breslau. 1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. 30 Pf.; gebd. 50 Pf.
Gotha. 1896. Vergriffen.
Hamburg. 1897. Preuss. Landtagswahlen; Militarismus. 25 Pf.
Stuttgart. 1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterfrage; Preuss. Landtagswahlen; Holz- und Handelspolitik. 25 Pf.; gebd. 50 Pf.
Hannover. 1899. Vermittlung-Debatte; Juchhausbildung; Militarfrage. 50 Pf.
Mains. 1900. Weltpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Einhang; Bericht über die Frauenkonferenz. 50 Pf.
Büdes. 1901. Vergriffen.
München. 1902. Vergriffen.
Dresden. 1903. Vergriffen.
Bremen. 1904. Kaiser, Antikerbamer Kongress; Organisationsfrage; Ball Schappel; dritte Frauenkonferenz. 25 Pf.; gebd. 1 M.
Ferner empfehlen wir die Schrift der Genossen Roland-Doll über „Generalfreie und Sozialdemokratie“ mit Wortort von Kautsky zur Aufklärung, da die Frage des Generalfreie auf dem Parteitag zu Gena zu lebhaften Debatten führen und vorliegende Schrift Gegenstand eingehender Erörterung sein dürfte. Der Preis beträgt 1,20 M. 265/1*

Sonntag, 17. September, in der „Neuen Welt“
Matinee zum Besten der russischen Freiheitskämpfer
arrangiert von den Parteigenossen Rixdorfs.
Mitwirkende: Musikverein „Einigkeit“ * Rixdorfer Männerchor * Berliner Ulk-Trio. ||| Entree 20 Pfennig. Anfang präzise 12 Uhr.
Beratig. Redakteur: Paul Wätner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Ulfke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Frauen- und Mädchenverein zu Schöneberg und Umgegend hielt am 11. September seine diesjährige Generalversammlung im Klubhause ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Vorsitzenden. 2. Bericht der Kassiererin. 3. Wahl des gesamten Vorstandes und Verschiedenes. Die Vorsitzende leitete die Versammlung ein und gab alsdann den Bericht. Wir hatten im vergangenen Jahre abwechselnd Doktorvorträge, wissenschaftliche und auch wirtschaftliche Vorträge. Alle Vorträge waren sehr lehrreich und wurden von der Versammlung mit reichem Beifall entgegengenommen. Hierauf gab die Kassiererin den Kassenbericht. Auf die Berichtigung der Revisorin wurde der Kassiererin Entlastung erteilt. Alsdann erfolgte die Wahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: als erste Vorsitzende Frau Wifert, zweite Vorsitzende Frau Hermann; erste Kassiererin Frau Lehner, zweite Kassiererin Frau Krndt; Schriftführerin Frau Knieper; Revisorin Frau Knieper, Frau Mittmüller; Beisitzerinnen Frau Höder, Frau Stenzel; Bibliothekarin: Frau Säger; Bücherrevisorinnen Frau Ehler und Frau Drachmann. — Einige Mitglieder deuteten in kurzen Worten darauf hin, daß es Pflicht eines jeden Mitglieds sei, den Verein zu fördern, damit er weiter wachse und gedeihe wie bisher. — Die Vorsitzende gab alsdann zum Schluß noch bekannt, daß am 4. November in Obits Festfällen ein Vergnügen stattfindet und ebenfalls am dritten Weihnachtstage ein Weihnachtsvergnügen. Alles Nähere hierüber wird in der nächsten Versammlung bekanntgegeben. Die Versammlung wurde hierauf geschlossen.

Adlershof. Montag, den 11. September, hielt der Verein für Frauen und Mädchen seine Mitgliederversammlung bei Böttstein ab. Der Vortrag von Herrn Paul Jahn über: „Das menschliche Glück und die soziale Frage“ war sehr interessant und lehrreich und erntete großen Beifall. In der Ergänzungswahl wurde Frau Klingler als zweite Vorsitzende und Frau Lott als Revisorin gewählt.

Vermischtes.

Die Cholera.

Für den Kreis Niederbarnim ist die allgemeine Anzeigepflicht bei Choleraverdächtigen Erkrankungen amtlich angeordnet worden. — Außerdem sind auf Veranlassung des Landratsamtes weitgehende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. In Bernau ist eine Parade aufgestellt, um event. Choleraverdächtige Personen aufzunehmen. Regierungsassessor v. Ruppert und Kreisbauinspektor Wrau haben eine Besichtigung der Anlage vorgenommen.

Eine weitere Cholerastation vor den Toren Berlins wird am Müggelsee errichtet, woselbst die Gemeinde Friedrichshagen eine Beobachtungsbaracke erbauen läßt. Auch diese Parade wird vorwiegend in Rücksicht auf den starken Schiffsverkehr auf der Spree eingerichtet. Das auf der Spree an der Langen Brücke in Köpenick verankerte Lazarettsschiff ist bisher noch nicht in Gebrauch genommen.

An neueren Meldungen liegen folgende vor: Schwerin, 14. September. Hinsichtlich der Choleraerkrankungen in Dömitz an der Elbe wird von zuständiger Seite weiter berichtet: Die endgültige bakteriologische Untersuchung im Hygienischen Institut der Landesuniversität Rostock hat ergeben, daß die in Dömitz am 11. September verstorbenen Arbeiterfrau an asiatischer Cholera gestorben ist. Der Regierungsbezirk Königsberg ist amtlich für seuchenfrei erklärt worden. — Nach den „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ ist bei einem Fischer in Pletewitz Cholera festgestellt worden, ebenso bei einem Kinde in Stieglitz, Kreis Flatow, und bei einer als erkrankt gemeldeten weiblichen Person in Graudenz. Dagegen hat sich bei einer anderen Frau in Graudenz der Choleraverdacht nicht bestätigt. Unter cholera-

verdächtigen Erscheinungen ist in Stieglitz, Kreis Flatow, ein Fischer und in Ramin, in demselben Kreise, ein Arbeiter gestorben. In Weihenberg, Kreis Stuhm, ist ein Dohnerarbeiter unter Choleraverdacht erkrankt. — Die „Östpreussische Presse“ meldet: In Labischin ist ein Kind an Cholera gestorben, bei der Schwester des Kindes ist Cholera festgestellt worden, die Mutter ist ebenfalls an Cholera erkrankt. Denselben Mitternacht zufolge ist die Posen Provinzial-Lehrerversammlung, die vom 4. bis 6. Oktober in Bromberg stattfinden sollte, wegen der Cholera abgesagt worden.

Aus Rastenburg wird berichtet: Von 23 in der Cholera-Baracke in Rastenburg internierten Personen wurden 20 heute als gesund entlassen. Der Arbeiter Duddy, sein Kind und das Kind einer Arbeiterin Lange sind vorläufig noch zurückgehalten worden. Choleraverdächtige Neuerkrankungen werden nicht gemeldet. Infolge choleraverdächtiger Erkrankungen sind gestorben: Eine Frau in Rastenburg, ein Arbeiter in Wargowitz, eine Frau und deren Tochter in Labischin. In Labischin ist eine Arbeiterin und ein Schiffsgeselle unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Bei einer in Ufch verstorbenen Arbeiterwitwe ist Cholera festgestellt worden. Bei einem Fischer in Polichyn-Sauland, dessen Frau an Cholera gestorben ist, und einem Erkrankten in Wargowitz konnte Cholera nicht festgestellt werden.

Hinsichtlich der Choleraerkrankungen in Dömitz an der Elbe, wird von zuständiger Seite weiter berichtet: Die endgültige bakteriologische Untersuchung im Hygienischen Institut der Landes-Universität Rostock hat ergeben, daß die in Dömitz am 11. September verstorbenen Arbeiterfrau an asiatischer Cholera gestorben ist. — Krakau, 14. September. In Podgorze sind zwei Schüler des dortigen Staatsgymnasiums unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Alle jantären Vorkehrungsmaßnahmen sind getroffen.

Szernowit, 14. September. Amtlich wird bekannt gegeben, daß weder hier noch sonstwo in der Bukowina ein Cholerafall vorgekommen ist; die gegenteiligen Mittermeldungen sind unbegründet.

Der Bodenfall in Hamburg. Den „Altonaer Nachrichten“ wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß es sich bei dem am Dienstag vorgekommenen Bodenfall um eine leichte podenartige Erkrankung handelt, alle Isolierungsmaßnahmen sind auf das sorgfältigste getroffen worden.

Neue Erbhöhe in Italien.

Rom, 14. September. Das Zentral-Bureau für Meteorologie und Geodynamik teilt mit, daß heute vormittag 10 Uhr 10 Min. ein ziemlich starker Erdstöß in Radicena, Rejjina, Reggio di Calabria und Pinea verspürt und von allen Beobachtungsstationen in Italien gemeldet wurde. Ein anderer ziemlich starker Stoß wurde um 12 Uhr 33 Min. aus Reggio di Calabria gemeldet.

Tödlicher Autozusammenstoß. Aus Paris, 14. September, wird gemeldet: Der Rabinettsdirektor des Handelsministers Jules Juret ist gestern Abend bei einer Fahrt durch die Gasse des Felder infolge Zusammenstoßes mit einem aus einer Nebenstraße kommenden Automobil getötet worden.

Ein angeschossener Torpedobootszerstörer. Aus London, 14. September, wird telegraphiert: Bei einer Übung wurde der Torpedobootszerstörer „Gallebarde“ von einem Torpedo getroffen. Trotz eines großen Leckes konnte die Besatzung gerettet und das Fahrzeug in den Hafen gebracht werden.

Ueber das Unglück auf der New Yorker Hochbahn wird noch gemeldet: Die Bahn ist auf eisernen Säulen aufgedaut und läuft in verschiedenen Höhen durch die Straßen. An einigen Stellen läuft sie in gleicher Höhe mit dem zweiten Stockwerk, an anderen Stellen geht sie hoch über die Dächer der Häuser hinweg. Sie gilt als veraltet und wird allmählich durch Untergrundbahnen ersetzt. Als am Montag morgen um 7 Uhr fünf Korridorwagen mit einer Geschwindigkeit von 32 Kilometer in der Stunde durch die Straße

führen, machte ein Weichensteller den Fehler, den Zug auf ein falsches Gleise zu lenken. Als der erste Wagen bereits in das falsche Gleise eingetreten war, bemerkte der Mann seinen Fehler und versuchte, ihn wieder gut zu machen. Die Folge davon war, daß der Zug in zwei Teile gerissen wurde. Der vordere Wagen entgleiste und fuhr in das zweite Stockwerk eines Logierhauses, wo er, zum Teil in der Luft schwebend, zwischen dem Eisenbahnbau und dem Mauerwerk des Gebäudes hängen blieb. Der zweite Wagen entgleiste ebenfalls und stürzte 50 Fuß tief mit fürchterlichem Getöse auf die Straße hinunter. Das Bild der Unglücksstelle war ein schreckliches. Die Verletzten jammerten herzzerreißend und als die Toten, Sterbenden und Verwundeten aus den Trümmern herausgezogen wurden, fielen mehrere Frauen in der schnell sich sammelnden Zuschauermenge in Ohnmacht. Die Straße war glücklicherweise in dem Augenblick des Sturzes unbesetzt, so daß nur ein Neger durch den fallenden Wagen erschlagen wurde. Die toten Passagiere hatten alle in dem vorderen Ende des Wagens, das zuerst aufschlug, gesessen. Der in der Luft schwebende Wagen enthielt etwa 100 Passagiere, die sich durch das Logierhaus zu retten vermochten. Die Eienteile des zertrümmerten Wagens hatten einen Kontakt hergestellt, so daß noch 10 Minuten nach dem Unfall elektrische Mische und Funken aufsprühten. Die Besitzerin eines Logierhauses dicht neben der Unglücksstelle beobachtete das Vorkommnis und äußerte sich sehr entsetzt über das Verhalten der männlichen Passagiere des Wagens, der in das Nebenhaus hineingefahren war. Trotzdem für die Insassen dieses Wagens keine Gefahr vorhanden zu sein schien, benahmten sich die Männer in ihrer Furcht sehr feige. Sie warfen die Frauen beiseite und suchten sich zuerst in Sicherheit zu bringen. Ein Mann, der aus einem Fenster des stürzenden Wagens sprang, entkam merkwürdigerweise ohne jede Verletzung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-69 pr. 100 Pfund, IIa 66-69, IIIa 50-58, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 84-88, IIa 76-84, IIIa 64-70. Hammelfleisch Ia 68-75, IIa 66-68, Schweinefleisch 66-71. Kaninchen Stück 60-90 Pf. Rotwild, Pfund 45-55 Pf. Rehhasen, junge 0,70-0,90, alte 0,65-0,75; Gänser, alte 1,20-3,00, junge 0,40-1,50 das Stück. Gänse, junge 0,50-0,58 das Pfund. Hühner, 95-104 pr. 100 Pfund, Schote 117-124, Kalk 77, Kapfen -, Kack 125-137, Scheffische 22-25, Hühner -, schottische Vollhühner (gelassen) 36-38. Aebste, unsort., Schod 5, -, Eier, Schod 3,00-3,20. Butter, pr. 100 Pfund Ia 124-129, IIa 118-122, IIIa 113-116, abfallende 105-110. Kartoffeln, pr. 100 Pf. neue rote 1,75-2,25, neue Kolen 1,50-1,75, neue blaue 2,00-2,25, runde weiße neue 1,75-2,00. Nattohl, Schod 3,00-5,00, Holländer 7,00-7,50, Weiztohl 2,00-5,00, Weiztohl 2,00-5,00; neue saure Gurken, Schod 2,-.



Sunlight-Seife

bietet die beste Garantie gegen vorzeitige Abnützung der Wäsche. Absolut frei von scharfen Bestandteilen, hergestellt aus den besten Grundstoffen nach dem vollkommensten Fabrikationsprozesse, unerreicht an Milde und Reinigungskraft ist sie der beste Freund der sorgsamem Hausfrau. Sunlight-Seife schützt den Schatz des Hauses — den Wäschebestand. Die Hände der Waschfrau bleiben unverfehrt und weich. Im Gebrauch sparsam, in der Wirkung wunderbar, ist sie die billigste Haushaltungsseife.

H. Zimmermann Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206 Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung. 4122L* Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur. Streng reell. — Billigste Preise.

Luisenstädtisches Klubhaus, Annen-Saal, 3 Festlichkeiten. Landrösches Beldier, Lagerbier. Bekannt vorzügliche Küche. Vereinszimmer frei

Blitz = Schnell kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt: 1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für forpulsante Herren passend. Dieselben sind von seinen Anschließern und Bekannten, die nur einen Monat ihre Garderobe taugen. 39982* Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Einsegnungs-Anzüge in den neuesten Fassons Tuckkammgarn, Ripkammgarn u. Cheviot, reichhaltigste Auswahl, gute Verarbeitung zu den billigsten Preisen empfiehlt Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141. Ecke Fruchtstraße. 4230L* Größtes Etablissement des Ostens, Nordostens u. Südostens. Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle.

Purgolade enth. Dihydroxyphthalophonon. 4147L* Abführende Pralines von vorzüglichem Geschmack. Überall zu haben.

Ein Riesenposten Mocketplüsch 130 Cmr. Meter, von 4 85 breit, à Meter, Mk. 4,50 halbarster buntfarbiger Möbelstoff. Reste spottbillig! Proben franko. Teppichhaus Emil Lefèvre, BERLIN S. Oranienstr. 158.

Gänse-Ausschlachterei. Oderbrucher Folt-Gänse, Pfund 70 Pf., treffen von jetzt ab täglich ein. Gänsekeln 80, Stückentisch Pfund 65 Pf. Junge Enten, Hühner, Tauben stets frisch geschlachtet. Junge Rebhühner 75 u. 100, Rehrücken, Kaulen, Bällter empfiehl Gustav Paulat 3, Große Frankfurterstraße 3. Telefon: Amt 7, Nr. 1100. Kranz- u. Blumenbinderei von H. Bekert, 93, Nicolai-Strasse 93.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. In Nowawes-Neuendorf feiert der Ring- und Sportklub „Jugendkraft“ am 16. September in der Turnhalle sein Stiftungsfest.

Berliner Nachrichten.

Die Vororte gegen Berlin — Berlin gegen die Vororte!

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wurde am Donnerstag während auf die Vororte losgepaukt. Man weiß, daß die Beziehungen zwischen der Stadt Berlin und den Nachbargemeinden schon seit langem nicht die besten sind.

In diesem Streit hat Weissensee als erste Gemeinde vor dem Oberverwaltungsgericht einen Sieg davongetragen, und Berlin muß nun zahlen. Aber was die vorortfeindlichen Hausagrarier der Berliner Stadtverordneten-Versammlung samt ihrem ganzen Anhang so sehr in Harnisch brachte, das waren nicht die 26 000 Mark, die an Weissensee zu zahlen sind und deren Bewilligung der Magistrat beantragte, sondern die Befürchtung und ziemlich sichere Aussicht, daß nun all die anderen Vorortgemeinden, die auf den Ausgang dieses Streites nur gemartet haben, gleichfalls ihre Rechnung präsentieren werden.

Herr Wallach hatte den Antrag eingebracht, dem Magistrat die Einsetzung einer gemischten Deputation vorzuschlagen, die darüber beraten solle, wie man die Forderungen der Vororte abweisen und sie in ihren bekümmerten Folgen für Berlin unschädlich machen könne.

Die Kleinlich beschränkten Anschauungen dieses hausagrarischen Richtungspolitikers geistelte unser Genosse Singer, indem er seinerseits die Vorortfrage vom Standpunkt eines Groß-Berliners aus beleuchtete, der Berlin mit seinen Vororten als wirtschaftliche Einheit ansieht.

Die Frage der Eingemeindung und der Interessengemeinschaft beherrschte dann die weitere Debatte, die Ausführungen der Herren Preuß (Sozial-Fortschrittler), Cassel (Alte Linke) und Haberland (Alte Linke). Cassel behauptete, nicht am Magistrat, sondern an der Regierung habe es gelegen, daß die Eingemeindung nicht zustande kam, doch wies Singer sofort nach, daß der Plan durch die fiskalischen Bedenken des Magistrats zum Scheitern gebracht wurde.

Die von Wallach vorgeschlagene Einsetzung einer gemischten Deputation fand in der Abstimmung den Beifall fast des gesamten Freisinn, und man darf annehmen, daß auch der Magistrat sich damit einverstanden erklären wird.

Einer unserer älteren Parteigenossen, der Restaurateur Paul Hilpert, ist gestern im 51. Lebensjahre in seiner Heimat Altenburg gestorben. Seit längerer Zeit kränklich, mußte er seine Gastwirtschaft in Salenke, die vielen Parteigenossen bekannt sein wird, vor einigen Monaten verkaufen; er hoffte im Privatleben Erholung zu finden, doch wurde ihm diese nicht zu teil.

bohlotts her bekannt sein; damals war er einer der Leiter der Brauereigerwerkschaft, und der Erfolg, der sich nach langen Kämpfen einstellte, ist nicht zum wenigsten seiner regen Wirksamkeit zu danken. Unglückliche Familienverhältnisse hinderten ihn später an ähnlich aktiver Tätigkeit, bis er im Jahre 1901 von den Wilmerdorfer Parteigenossen als Kandidat zur Gemeindevorstellung aufgestellt und gemeinsam mit zwei anderen Genossen auch gewählt wurde.

Wunderliche Schranken

über Gleichberechtigung, staatsbürgerliche Rechte und anderes faules Zeug gibt der Redakteur Erdmannsdorfer in der „Morgenpost“ zum besten. Er ist, um seiner Berufspflicht zu genügen, vor dem Hause Kochstr. 67 auf und ab gegangen und ist dann prompt nach der Polizeiwache gebracht worden, weil er der Befehung des Schutzmanns, nicht mehr auf und ab zu gehen, sich nicht fügte.

Herrn Erdmannsdorfer ist dies alles nagelneu. Er schreibt in der „Morgenpost“:

Die neueste Praxis der Polizei auf dem Gebiete des Streifenpostens ist die: das Streifenpostensuchen kann an und für sich nicht verhindert werden, weil die Arbeiter ein Recht dazu haben. Wir müssen es dulden, so lange alles dabei ruhig bleibt.

Wenn wir dem erschrockenen Herrn Erdmannsdorfer versichern, daß er der Arbeiterschaft mit diesem Klagegedicht nichts Neues vorbringt, dann begreift er vielleicht dunkel, warum die Arbeiter den ihnen von bürgerlicher Seite gegebenen Rat, doch endlich zum Staat der Sozialreform Vertrauen zu fassen, als bitteren Hohn betrachten, warum sie nichts schuldlicher anstreben müssen als die Befreiung, die Erlösung von diesem Staat.

In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums für das städtische Fach- und Fortbildungsschulwesen unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Gerstenberg wurden die Bestimmungen zu der dem Magistrat zugewiesenen Stiftung des verstorbenen Ratsmourenmeisters Rappes beraten. Dieser hat dem Magistrat 300 000 M. hinterlassen mit der Bestimmung, daß ein Drittel des Zinsbetrages zu Studienzwecken der Lehrer an den Handwerker- und höheren Handelsschulen, ein weiteres Drittel zu Stipendien für Schüler an den beiden Handwerker- und das letzte Drittel zu Anschaffungen für diese Schulen verwandt wird.

Propaganda der Tat. Ein Parteigenosse erfuhr vor einigen Monaten, daß in Berlin eine anarchistische Zeitschrift erscheint, welche es der Sozialdemokratie und ihren Führern ordentlich gibt. In seiner Wühlgewalt abnommierte er auf das Blatt; als er es aber ein Vierteljahr gelesen hatte, beglich er das Abonnement und bestellte die Zeitschrift ab. Trotzdem wurde sie ihm weiter zugesandt. Auf einer Postkarte ersuchte unser Parteigenosse darauf die Expedition des Blattes, doch fortan von der Zusendung abzusehen; er habe sich nur orientieren wollen, und sei jetzt gesättigt, vom Anarchismus.

Sehr erfreut war unser Parteigenosse, als er vorgestern, nachdem sechs Wochen verfloßen waren, einen Schreibbrief folgenden Inhalts erhielt:

Herr Herr! Im Besitze Ihrer Karte vom vorigen Monat beissen wir uns, Ihnen mitzuteilen, das wir hocherfreut waren zu lesen, das ein halbjähriges Studium der anarchistischen Presse genügt hat um Ihren anscheinend zerrütteten Geisteszustand wieder zu realisieren. Durch den Satz „Das Sie von unserer Presse jey genug haben“, lassen Sie uns ein Lob zu teil werden, welches wir kaum verdienen. Sollte dessen ungeachtet wie es der Fall zu sein scheint, irgend eine Gese in Ihrem Schädel noch nicht völlig gesund, so empfehlen wir Ihnen noch einen halbjährigen Aufenthalt in Herzberge zu nehmen.

In der Berliner Journalistik mag diese Zustiftung einzig dastehen. Originalität im Stil ist der Redaktion des „Anarchist“ aber doch nicht eigen, denn jenseits der großen Wasserwüste erscheint ihr offen-

bares Vorbild, der „Arizona Rider“. Dessen Redaktion unterscheidet sich von der des „Anarchist“ allerdings insoweit, als sie nicht allein in der Schlagfertigkeit, sondern auch in der Orthographie ihren Mann steht.

Zur Fleischnot. Die Berliner Fleischernung hat in ihrer gestrigen Versammlung beschlossen, an den Reichsminister eine Eingabe zu richten, in welcher dargelegt wird, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage sei, Deutschland genügend mit Schlachtvieh zu versorgen, daß die schlimme Lage der Bevölkerung Deutschlands in bezug auf Fleischnahrung offensichtlich sei und daß Fleischgewerbe seinen Untergang vor Augen sehe.

Zum Wohnungswechsel. Mit Bezug auf die Polizeiverordnung vom 26. März 1870, betreffend die Umzugsstermine beim Wohnungswechsel, wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß beim bevorstehenden Quartalswechsel der Umzug erst am 2. Oktober beginnt, da der 1. Oktober auf einen Sonntag fällt, an dem nach § 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1834 (G. S. S. 92) die Umzugsfrist ruht.

Eine neue Bankspende. An die Spende für die hungernden Indier, die der Kaiser mit dem Telegramm „Mut ist wider wie Wasser“ begleitete, erinnert eine Summe von 120 000 Lire, welche das Haus Weichröder, die Bank für Handel und Industrie, die Berliner Handelsgesellschaft, die Diskontogesellschaft und die Dresdner Bank den Opfern des Erdbebens in Italien gegeben haben.

Die Einführung des Sechshuhr-Ladenschlusses in den Engros-geschäften macht weitere Fortschritte. Der Verband der Großhändler der Samt- und Seidenwarenbranche hat die Einführung des Sechshuhr-Ladenschlusses vom 1. Oktober d. J. ab beschlossen.

Selbstmord eines Studenten. In der Nacht zum Mittwoch hat sich der 25 Jahre alte Kandidat der Medizin Ernst Sühling, der Sohn eines Rentiers aus dem Westen der Stadt, erschossen. Der junge Mann bewohnte seit 3 1/2 Monaten in der Schumannstr. 2 ein möbliertes Zimmer. Er klagte ständig über Geldmangel und machte bei seiner Wirtin und anderen Leuten Schulden.

Ein Norddraufsch. Eine sonderbare Ausflärung hat der schwere Erzech vor Gericht gefunden, über den wir kürzlich berichteten. Der Schlosser Willi Kerlich war kürzlich von der Strafkammer des Landgerichts II zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden und gab bei Verurteilung des Urteils zu einer wüsten Szene im Gerichtssaale Anlaß. Schon während der Verhandlung fiel Kerlich durch seine eigentümlich fallende Sprechweise und sein freches Betragen auf. Rummehr hat sich herausgestellt, daß der Anlaß hierzu in der vollständigen Angetrunkenheit des Angeklagten zu suchen war.

Die Bluttat in der Hofenheide scheint ebenfalls aufgeklärt werden zu sollen wie etliche andere Kapitalverbrechen. Dem der verfolgte Richter Hermann Richter ist noch nicht ergriffen, und man hat auch noch keine Spur von ihm ermittelt. Die Behörde rechnet auch mit dem Umstand, daß sich Richter das Leben genommen hat. Selbstverständlich werden die Bemühungen, den Verbleib des Mörders zu ermitteln, mit emsigem Eifer fortgesetzt.

Der Selbstmordversuch eines 13jährigen Knaben verursachte gestern morgen in dem Hause Reichenderstr. 103 große Aufregung. Er ist eine Folge jener oft beklagten Kaufereien unter Schulkindern, die zuweilen zu wahren Schlägerkämpfen ausarten. Wie solchen Prügeln beteiligt sich hervorstechend der 13 Jahre alte Sohn Willi des Gastwirts Winterfeldt aus der Reichenderstr. 103. Der Rektor der Gemeindefschule in der Blogauerstrasse, die der Knabe besucht, schrieb auf die Klagen, die bei ihm angebracht wurden, an die Eltern und bat sie, den Jungen etwas mehr im Zaum zu halten. Die Leute machten nun ihrem Sohne ernste Vorhaltungen, ohne ihn zu schlagen, wie sie versichern. Gestern morgen wiederholten sie ihre Ermahnungen. Der Knabe aber fühlte sich beleidigt, tat zwar so, als ob er zur Schule ginge, holte sich jedoch unter dem Vorwande, daß er für seine Eltern etwas zu besorgen habe, von einer Frau aus dem Hause den Bodenklüssel und stürzte sich aus dem Bodensfenster auf den asphaltierten Hof hinab, wo er mit geschwungenen Beinen beinahe los liegen blieb. Sein Vater brachte ihn mit einer Drofsäcke nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof und

von dort nach dem Krankenhaus am Urban. Die Ärzte stellten außer den Rücken heider Beine auch noch schwere innere Verletzungen fest, so daß das Schlimmste zu besorgen ist. Auf eine Treppenstufe hatte der Anabe mit Kreide geschrieben: Leb wohl, liebe Eltern, vergeißt mich!

Ein rätselhafter Selbstmord, der bei dem Kloster Chorin verübt wurde, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Dort wurde vor einigen Tagen unweit der Villa Naag und der Reuen Klosterkirche die Leiche eines gutgekleideten Fremden auf einer Bank liegend aufgefunden, der sich, wie die nähere Untersuchung ergab, durch einen Revolverbeschuss in den Kopf getötet hatte. Die Persönlichkeit des Lebensmüden ist nunmehr durch die seitens der Gerichtskommission beantragte photographische Aufnahme der Leiche festgestellt worden. Es handelt sich um den 78jährigen Ingenieur Konstantin Scheide aus Berlin. In den Aktenbüchern des Toten fand man nur ein Pfand- und ein Zweifelhafte, sonstige Wertobjekte hatte er nicht bei sich. Noch kurz vor dem Selbstmord hatte Scheide in einem Choriner Gasthause vorgeschrien, wo er ein Logis mieten wollte; er entfernte sich aber wieder und machte bald darauf in der Nähe seinem Leben ein Ende. Das Motiv ist unbekannt, doch werden wohl den Kreis Nahrungsgorgen und Lebensüberdruß in den Tod getrieben haben.

Am Hochzeitsabend wahnsinnig geworden. Ein bitteres Mißgeschick ist dem Schloffer Adler aus der Christianiastr. 125 widerfahren. Der Unglückliche ist am Abend seines Hochzeitsabends vom Verstand befallen worden. Er ließ gestern am Vormittag auf dem Standesamt in der Badstraße seine eheliche Verbindung vollziehen. Am Nachmittag tanzte das junge Ehepaar in einem Lokal, kehrte gegen Abend zurück und begab sich gegen 9 Uhr zur Ruhe. Kurz nach 9 Uhr hörten die Bewohner des Hauses Hilferufe. Aus dem Hinterhause rante eine Frau nur notdürftig bekleidet über den Hof nach dem Seitentügel in wilder Flucht. Unmittelbar hinter ihr folgte der junge Ehemann. Im Seitentügel holte er seine Frau ein und verleihte ihr heftige Schläge. Nachdem Hausbewohner zur Hilfe geeilt, begab sich der Mann unter den wirren Reden, wie „Am 12 Uhr geht die Welt unter!“ und mit den Drohungen, daß er seine Frau erschließen würde, in die Wohnung. Von der Wache des 9. Regiments in der Grünhaldenstraße kamen dann zwei Schulze. Sie öffneten mit Gewalt die Tür der im Vorderer gelegenen Wohnung und führten dann den Vermissten nach der Wache, wo er vom Kreisärzte untersucht wurde.

Beim Fensterputzen abgestürzt. In der Handelsstraße Westalliance hat sich gestern ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Der 16jährige Fensterputzer Karl Siedow, Elisabethstr. 16 wohnhaft, war am Eingange zur Friedrichstraße in der zweiten Etage mit dem Reinigen von Fensterrahmen beschäftigt. Der junge Mann verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe hinab. Mit schweren inneren Verletzungen, Arm- und Beinbrüchen blieb er auf dem Bürgersteige liegen. In der Unfallstation am Tempelhofer Ufer ward dem Bedauernswerten die erste Hilfe zuteil. Im Urban-Krankenhaus, wo S. Aufnahme fand, liegt er in bedenklichem Zustande danieder. Außerdem werden uns noch zwei weitere Unfälle während der Arbeit vom gestrigen Tage gemeldet. Der auf dem Reubau Ransenstr. 37 tätige gewesene Steinträger Gustav Galling, Kaiser Friedrichstraße 96, wollte eine Mauer mit Mauersteinen nach dem Bau hinauftragen. Er glitt auf dem schlüpfrigen Straßenpflaster aus und zerstückelte sich beim Sturz die linke Kniekehle. — Als der in der Vereinsbrauerei angestellte Vierfahrer Franz Kauer aus der Hermannstraße 40 in der Krausenstraße ein Faß Bier vom Wagen herunterhob, fiel es ihm mit solcher Gewalt gegen den Unterschenkel, daß die Kniekehle ausgedrückt wurde.

Wegen fahrlässiger Tötung ist gegen den 13 Jahre alten Gemeindegärtner Georg W., dem Sohn eines Arbeiters aus der Soldinerstraße, ein Strafverfahren eingeleitet worden. Wie schon kurz mitgeteilt wurde, warf der Anabe am vergangenen Sonnabend aus dem vierten Stock des Neubaus Soldinerstr. 28 einen Kieselstein hinab. Dieser traf seinen Spielfameraden, den sechs Jahre alten Sohn Wilhelm des Arbeiters Kuleid aus der Soldinerstr. 38 auf den Kopf, so daß er betäubt nach dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus getragen werden mußte. Hier ist der Verunglückte an einem Schädelbruch gestorben. Hossentlich geschieht nicht auch noch das Unglück, daß der Anabe, auf dem der Tod des Kindes schon schwer genug lastet, wegen seiner Fahrlässigkeit ins Gefängnis wandern muß und dort auf immer moralisch zugrunde gerichtet wird.

Dr. Lippmanns Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten Wolkestr. 40a, die ein Jahr lang geschlossen war, ist seit dem 1. Juli 1905 wieder eröffnet und wird wochentäglich von 9—10 Uhr vormittags abgehalten.

Die Poliklinik für Magen- und Darmkrankh., Karlstr. 20a, ist nach der Rückkehr ihres Leiters wieder von 10—11 Uhr für Unbemittelte geöffnet.

Im wissenschaftlichen Theater der Krania in der Taubensstraße wird der Vortrag „Die deutsche Nordsee Küste“ am Sonnabend zum letztenmal wiederholt werden. Am Sonntag findet die Erstaufführung des Vortrags „Im Lande der Ritterschiffahrt“ statt, dessen erster Teil den Zuschauer von der Nordküste von Christiansand bis Wolde führt und dessen zweiter Teil das Nordland von Dronheim bis zum Nordkap behandelt. Der Vortrag ist mit zahlreichen farbigen Bildern ausgestattet.

Theater. Im Theater des Westens wird die Operette „Der Opernball“ von Richard Heuberger zum erstenmal am Sonnabend den 16. September zur Aufführung gelangen. Der Wiener Komponist Richard Heuberger hat sein Erscheinen zur Premiere seines Werkes zugesagt. — Im Lützen-Theater wird heute Wolzogens „Das Lumpenkindel“ aufgeführt; die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Hüstel, Viel, Müller, und der Herren Wald, Hinkel, Kerker, Gänger.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Abschlägig beschieden hat der Minister des Innern das Ersuchen des Rixdorfer Magistrats um Errichtung einer staatlichen Obduktionshalle für polizeilich beschlagnahmte Leichen in Rixdorf. Der abweisende Bescheid bestreitet, daß ein Bedürfnis für eine derartige Einrichtung vorliege, und stellt gleichzeitig eine Revision der Gebührenordnung für den Transport von Leichen in Aussicht.

Witz.

In der am Dienstag abgehaltenen Versammlung des Wahlvereins Witz hielt zunächst Genosse Baerge einen leicht verständlichen Vortrag über das Thema: Entschleunigung und Abstimmung des Menschen. Hieraus erlittete Genosse Weimann den Verzicht von der Kreisgeneralversammlung. In Vereinsangelegenheiten erfolgte die Neuaufnahme von 14 Mitgliedern.

Genosse Wraß erwiderte die Versammelten, mehr wie bisher dafür Sorge zu tragen, daß unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, eine immer weitere Verbreitung unter der Arbeiterklasse finde. Verschämend sei es, daß es noch Parteigenossen gäbe, welche, obgleich politisch organisiert, gar kein Blatt, oder was noch schlimmer sei, gegnerische Blätter lesen. Ferner macht der Vorsitzende auf die Matinee aufmerksam, welche am 17. September in der Reuen Welt zum Besten der russischen Freiheitskämpfer stattfindet, und ersucht um regen Absatz dieser Billette.

Dichtenberg.

Ein entsetzlicher Verkehrsunfall trug sich gestern nachmittags in der Maschinenfabrik von Große in Dichtenberg zu.

Dort geriet der 15jährige Schlosserlehrling Fritz Hampf, anscheinend durch eigene Schuld, mit dem Oberkörper zwischen Riemen und Scheibe einer Maschine und wurde in des Wortes wahrster Bedeutung gerädert und tolgewerft. Der von der nächsten Unfallstation sofort hinzugerufene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Adlershof.

Der Unternehmer Eheren-Düffelhof hat für den Entwässerungsverband die Wasserleitungsdröhren irrtümlich in den neugepflasterten Damm der Auguste Viktoriastraße verlegt, während festgelegt ist, daß dieselben in den beiden Bürgersteigen zu verlegen sind, um das Aufreißen des Straßenpflasters zu vermeiden. Die am Mittwoch stattgefundene Gemeindevertreterversammlung beschloß deshalb, dem Unternehmer aufzugeben, die Dröhren wieder herauszunehmen und nach Zeichnung zu verlegen, den Damm aber nicht vor Herbst 1906 umzupflastern und eine entsprechende Sicherheit zu stellen. Zur Ausführung der Kanalisationsanschlüsse waren die am Ort ansässigen fünf Unternehmer zur Abgabe von Offerten aufgefordert, aber nur drei derselben hatten solche eingereicht. Als Höchstfordernde war die Firma Förstner, der Mindestfordernde Ruff. Der Zuschlag wurde dem weitestgehenden Herrn Ruffe mit 13 355 M. erteilt. Von mehreren Anliegern der Kaiser Friedrichstraße war gegen die Festsetzung der Wasserleitungsdröhren Einspruch erhoben worden und wurde dementsprechend beschloffen, die Vorgärten statt auf vier Meter auf drei Meter festzusetzen.

Alt-Glienide.

Den Genossen und Arbeitern zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 14. d. M., eine fliegende Barbierstube bei Herrn Joh. Alt-Glienide, errichtet worden ist. Bekanntlich hat sich von den drei Barbiergehästehabern niemand gefunden, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfenchaft bewilligt hat.

Gleichzeitig geben wir hiermit bekannt, daß die fliegende Barbierstube bei Herrn Gastwirt Randsdorf, Adlershof (Adlergestell) aufgehoben ist.

Der Ausschuß des Gewerkschaftsartells Adlershof und Umgegend.

Pankow.

Ein unbekanntes Mädchen im Alter von etwa fünf Jahren ist in Schönherde hinter Pankow aufgefunden worden. Das Kind stammt anscheinend aus Berlin, hat dunkles Haar und trägt ein dunkelrot kariertes Kleid und Schürchen. Ihre Wohnung weiß die Kleine nicht anzugeben. Sie meint Hedwig zu heißen und nennt einen Familiennamen Kolluschinski oder ähnlich.

Mariendorf.

Auffehen erregt hier die gestern morgen erfolgte Verhaftung des dortselbst wohnenden 75 Jahre alten Rentiers, früheren Vätermeisters Arschamer, der beschuldigt wird, sich gegen Kinder unethisch verhalten zu haben. Der Greis gestand im Moment der Verhaftung ein, daß er ein fünfjähriges Mädchen in seiner Wohnung gehabt und an demselben ein Verbrechen verübt habe. Weitere ihm zur Last gelegte Vergehen bestreitet er jedoch mit aller Entschiedenheit.

Tegel.

Wegen die Fleischnot. Auf Antrag unseres Genossen Rodeike beschloß die Gemeindevertretung eine Petition an den Reichskanzler, in welcher um Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischnot ersucht wird.

Potsdam.

Die Leichen eines jugendlichen Liebespaars wurden am Mittwoch in einer dichten Schonung der Potsdamer Forst in der Nähe der neuen Arbeiterkolonie „Cecilienhöhe“ aufgefunden und alsbald als der 24jährige Geizer Wilhelm Störp, Sohn des Arbeiters Störp aus Cecilienhöhe 20, und dessen Braut, die 23jährige Meta Raduhn aus Reptow an der Tollense relognosziert.

Zum Zeuthener Mord.

Während es gestern gelungen ist, die Mordaffäre in der Hafenhöhe aufzuklären, schwebt über dem schweren Verbrechen in der Hoflammerforst noch immer tiefes Dunkel. Die Polizeibehörde verfolgt wohl zwei bestimmte Spuren, doch ist es noch fraglich, ob es auch tatsächlich die richtigen sind. Die verschiedenen bisherigen Verhaftungen sind alle hinfällig geworden. Die Nachforschungen nach dem Täter erschweren sich von Tag zu Tag, da die Spuren immer mehr verwischt werden. — Gestern nachmittags um 5 Uhr erfolgte auf dem Gemeinde-Friedhof in Zeuthen die Beisetzung der ermordeten Frau Schürm. Wohl selten ist ein Leoter in Zeuthen unter solch zahlreicher Beteiligung beerdigt worden, als dies gestern bei der Schlofferfrau der Fall war. Der Sarg verschwand unter einem Berge von Kranzpenden. Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren fast vollständig erschienen und ebenso waren die Arbeiterkameraden des tiefgebeugten Ehemanns, der mit seinen drei Kindern hinter dem Sarge schritt, anwesend.

Mahlsdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale von Bernke, Hönowerstr. 6, statt. Genosse Gohiau wird einen Vortrag halten über „Religion und Sozialdemokratie“. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Liebe und Ehe.

Eine Eheirrtung absonderlicher Art lag der Anklage wegen Betruges zugrunde, welche den Kaufmann Martin Kaminski gestern vor die vierte Ferienkammer des Landgerichts I führte. Der junge Mann, der bis dahin in einem Herren-Konfektionsgeschäft angestellt war, hatte die Sehnsucht, selbständig zu werden und sah als einziges Mittel, zu diesem Ziele zu gelangen, eine reiche Heirat an. Er hatte zwar ein zartes Verhältnis mit einer Konfektionseuse, Fräulein D., dieser ging aber doch eine wesentliche Charaktereigenschaft ab, die nach seiner Meinung einer Ehefrau inne wohnen mußte: sie hatte kein Geld. So blieb ihm denn nichts übrig, als in den lauten Appl zu beifügen, und er wandte sich an ein Schachden weiblichen Geschlechts mit der Bitte, ihm gegen übliche Provision eine Frau mit einer anständigen Mitgift zu verschaffen. Die Heiratsmittlerin offerierte ihm auch bald eine Jungfrau, Fräulein J., die ihm angeblich eine Mitgift von 25 000 M. bar mit in die Ehe bringen sollte. Die jungen Leute lernten sich kennen, es schien alles zu klappen, und die Verlobung lag zuhause. Als der Angeklagte seinem Liebchen Mitteilung von seiner Heiratsabsicht machte, da meinte sie sehr, sie war aber so vernünftig, sich in ih. Schicksal zu fügen. Der Liebesgram machte sie aber bald krank, sie drückte dem Angeklagten brieflich ihre Sehnsucht aus, und so kam es, daß dieser drei Wochen nach seiner Verlobung schon wieder Zusammenkünfte mit seiner Geliebten hatte. In die Weihnachtszeit sollte es zur Hochzeit gehen, die in London gefeiert werden sollte, da der Angeklagte naturhistorischer Engländer ist und Schwierigkeiten wegen der Beschaffung seiner Papiere befürchtete. Zugleich wurde seine Heiratslust immer mehr gedämpft. Die Mitgift von 25 000 M. bar, die die Schwiegermutter in feste Aussicht gestellt hatte, schwand auf die Hälfte zusammen, da die andere Hälfte nur in hypothekarischen Eintragungen bestand, dann wurde eine Summe von 10 000 M. bar daraus, und auch diese sollte ihm anfänglich vorenthalten werden, so daß dem Angeklagten nach und nach vor der ganzen Sache „mies“ wurde, wie der Berliner zu sagen pflegt. Er hielt schließlich aber die 10 000 M. doch auch nicht ganz über, sorgte aber dafür, daß dieses Geld wenige Tage vor der Hochzeit auf der Bank, wo es

deponiert war, auf seinen Namen überschrieben wurde. Er nahm davon 3000 M. und verbrauchte davon etwa 1800 M. für die Hochzeit, die unter Teilnahme verschiedener Verwandten in London gefeiert wurde. Dann kehrte das junge Paar nach Berlin zurück, und der junge Ehemann trat sofort wieder mit seiner Geliebten in Verbindung. Fünf Tage nach der Hochzeit irrte die junge Frau mit betrockneten Augen von Pontius zu Pilatus: ihr Mann war plötzlich verschwunden und blieb verschwunden! Die angestellten Nachforschungen ergaben, daß gleichzeitig auch seine Geliebte sich aus Berlin entfernt hatte und daß von der auf der Bank deponierten Mitgift eine Summe abgehoben worden war. Nun witterte man Unrat und betrieb die Verfolgung des flüchtigen Pärchens. Ein Bruder der verlassenen jungen Frau nahm die Verfolgung in die Hand, er fand zunächst Spuren, die nach Heidelberg führten, und es gelang ihm schließlich, die Durchbrenner in Zürich, wo sie in einem Hotel als „Herr und Frau S.“ logierten, zu ermitteln. Er holte Polizei herbei und ließ zunächst den Angeklagten verhaften; dieser übergab in dem Augenblick seiner Verhaftung seiner Geliebten ein Paket mit 600 M., welches ihr aber abgenommen wurde. Auch Fräulein D. hatte das Vergnügen, in Haft genommen zu werden, sie wurde aber nach vier Tagen wieder entlassen, da ihr nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie von einem betrügerischen Vorgehen des Angeklagten Kenntnis hatte. Letzterer wurde nach den üblichen diplomatischen Verhandlungen wegen Betruges hierher ausgeliefert und sitzt seitdem in Unterjüngerschaft. Auf Grund der Strafanzeige der Schwiegermutter nimmt die Anklagebehörde an, daß er die Ehe nur zu dem unaufrichtiger Zweck geschlossen habe, um in den Besitz der Mitgift zu gelangen und dann mit seiner Geliebten das Weite zu suchen. Der Angeklagte bestritt dies und gab nur zu, höchst unfair gehandelt zu haben. Er hat sofort darauf verwiesen, daß, wenn er hätte fliehen wollen, er doch das Mitgiftgeld nicht in Berlin gelassen hätte. Den von ihm abgehobenen Betrag hatte er nämlich auf einer anderen Bank deponiert und nach seiner Verhaftung alles der Schwiegermutter zur Verfügung gestellt. Im übrigen behauptete er, daß er nur aus dem Grunde nach Zürich gereist sei, um dort den Versuch zu machen, ein Geschäft zu begründen. Das Fräulein D. habe er mitgenommen, weil diese sehr geschäftstüchtig sei und er ihr nach dem Herzenskummer, den er ihr bereitet, eine kleine Erholungs- und Vergnügungskreise gegnnt habe. — Der Rückfluß des Geldes hat inzwischen verhältnismäßig auf Schwiegermutter und Tochter gewirkt: erstere machte den unzulässigen Versuch, den Strafanzug zurückzugeben, und beide Jungfrauen verweigerten gestern ihre Aussage. Die Vernehmung mit dem Angeklagten ist inzwischen perfekt geworden. — Staatsanwaltschaftsrat Heilig behandelte den Angeklagten als Heiratsbetrüger, der allerdings den Anspruch auf Originalität erheben könne. Sein ganzes Verfahren könne für das gesunde und unbefangene Empfinden jedes denkenden Menschen nur zu dem Schlusse führen, daß er von Anfang an eine betrügerische Absicht verfolgt habe. Er beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer gab dem Staatsanwalt nur zu, daß der Angeklagte äußerst frivol und verwerflich gehandelt habe, bestritt aber das Vorliegen eines Betruges aus juristischen und tatsächlichen Gründen. Er illustrierte in launiger Weise die ganzen hier obwaltenden Verhältnisse und kam zu dem Schlusse, daß der Angeklagte am liebsten wohl alle beide Damen geheiratet hätte: die eine ihrer körperlichen Vorzüge, die andere ihres Geldes wegen. Da er sich mit Rücksicht auf das letztere für das Fräulein J. entschlossen habe, habe er törichterweise es als eine Art Pflicht erachtet, seiner bisherigen Geliebten ein Pfändchen auf die Herzenswunde zu legen, indem er sie auf die Schweizer Reise mitnahm. Er habe nicht nur pro forma die Ehe geschlossen und sei bereit, als zeitiger Sünder zu seiner ihm angetrauten Frau zurückzukehren. — Der Gerichtshof hielt die Kriterien des Betruges nicht für vorliegend und erkannte auf Freisprechung, indem der Vorsitzende betonte, daß sich der Angeklagte das Mißgeschick seiner Verhaftung durch sein Vorgehen selbst zuschreiben habe.

Nach einem Sündenbock für einen Eisenbahnunfall wurde gestern von der zehnten Ferienkammer des Landgerichts I in einer bis zum Spätnachmittag sich hinziehenden Tagesitzung eifrig gefacht. Die Anklage lautete auf Gefährdung eines Eisenbahntransports und richtete sich gegen einen Lokomotivführer sowie zwei Bremser bzw. Schaffner. Den Vorst führte Landgerichtsrat Reumann, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Kretz, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Dr. Herbert Franke, Justizrat Dr. Helle und Dr. Alexander Kay, Rechtsanwalt Dr. Varnau und Heller. Auf der Ringbahnunterstraße zwischen Moabit und Wedding stießen am 20. Januar ca. abends gegen 1/8 Uhr zwei Güterzüge zusammen. Der eine Zug kam vom Bahnhof Wedding, der andere vom Bahnhof Putzstraße. Zu jener Zeit fanden dort Brückenbauarbeiten statt, ein Zug war außer Betrieb gesetzt und die Züge hatten daher an der Baustelle nur ein freies Gleis zur Verfügung. Um die gedachte Zeit fuhr der von dem angeklagten Lokomotivführer geleitete Güterzug dem von Moabit kommenden in die Flanke. Eine Maschine wurde aus dem Gleis gehoben und fiel um und der dahinter angekoppelte, mit feu beladene Wagen geriet in Brand, so daß die Flammen turmhoch in die Höhe schossen und die Feuerwehre große Mühe hatte, den Brand zu löschen. Der durch den Zusammenstoß angerichtete Schaden berechnete sich auf 8000 M. Für den Unfall glaubte die Anklagebehörde die 5 Angeklagten verantwortlich machen zu sollen. Unter dem 17. Januar war den Bahnangestellten eine den baulichen Verhältnissen auf jener Strecke angepaßte Fahrordnung gegeben worden und gegen diese soll der angeklagte Lokomotivführer gefehlt haben. Es wurde angenommen, daß, obgleich das Vor- und Hauptsignal für den vom Wedding kommenden Zug Nr. 8960 „Halt“ gestellt gewesen, der Lokomotivführer doch mit großer Gewissandigkeit weiter gefahren sei und das letzte Signal überfahren habe. Den übrigen Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß sie nicht, wie es die Dienstvorschriften gebieten, in einer gefährlichen Situation, die sie hätten wahrnehmen müssen, selbständig die Schutzvorrichtungen, Bremsen usw. vorgenommen haben. Die Angeklagten bestritten sämtlich ihre Schuld, die sie in erster Reihe darauf schoben, daß an der kritischen Bahnstelle eine Unübersichtlichkeit der Signale vorherrsche, durch die jemand, der die Strecke noch nicht lange befahre, leicht in Verwirrung geraten könne. Nach der Befundung des angeklagten Lokomotivführers hat er sein Vorzeichen irrtümlich für das Ausfahrtsignal der Station Wedding angesehen. Er habe das Hauptsignal gesucht und es anfangs nicht finden können, da es von einem Signal der Personenzuggleise verdeckt gewesen sei. Als er schließlich sein Hauptsignal gesehen, habe er sofort das Rostsignal und Waggendampf gegeben; es sei aber schon zu spät gewesen. Die umfangreiche Beweisaufnahme erstreckte sich ausschließlich auf technische Fragen: Lage der einzelnen Signale, die Art ihrer Bedienung, die Möglichkeit, daß in einer gewissen Entfernung das ein Signal durch das andere verdeckt erscheint usw. Zu diesen technischen Fragen wurden Geheimrat Raurat Meyer, Eisenbahndirektor Callmann und pensionierter Lokomotivführer Kettmann als Sachverständige vernommen. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung der sämtlichen Angeklagten. Der Staatsanwalt hatte nur ganz geringe Geldstrafen in Antrag gebracht.

Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Freitag, den 15. September, abends 8^{1/2} Uhr, bei Wille, Baumstr. 188: Defensitive Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Jodel: „Der notwendige Kampf der Arbeiterklasse gegen die Leben und Gesundheit zerstörende Heberarbeit und Hausarbeit.“ (Siehe Inserat in geistiger Nummer.)

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzlarbeiter. G. v. 29. Hamburg. Illale Berlin 4: Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 16. September, bei Reckow, Andreestr. 26. Tagesordnung: Rassenbericht und Verschiedenes. — Illale Berlin 6: Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 16. September, abends 8^{1/2} Uhr, bei Wilschlag, Adlerstr. 123. — Illale Berlin 7: Mitgliederversammlung am Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, bei Postmann, Vossallee 3. Tagesordnung: Rassenbericht, Aufnahme der Frauen in die Sterbefälle, Verschiedenes. — Illale Kummelsburg: Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 16. September, abends 8^{1/2} Uhr, bei Gustav Tempel, Boghagen, Ecke der neuen Bahnhofsstraße.